



Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen

Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen



Impressum

Herausgeber:



Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50

80538 München

Telefon: +49 (0) 89 / 12 76 400 02

Telefax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09

E-Mail: info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

Erstellt von:



ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

Poschingerstr. 5

81679 München

Zarges, Lara

Garnitz, Johanna

von Maltzan, Annette

Dr. Wohlrabe, Klaus

© Stiftung Familienunternehmen, München 2023

Titelbild: Brian A Jackson | Shutterstock

Abdruck und Auszug mit Quellenangabe

ISBN: 978-3-948850-45-6

Zitat (Vollbeleg):

Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen – Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen, erstellt vom ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V., München 2023, www.familienunternehmen.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	V
A. Einführung	1
I. Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland.....	2
II. Künstliche Intelligenz im Unternehmenskontext.....	5
B. Unternehmensbefragung: Methodik und Teilnehmer	9
C. Unternehmensbefragung: Ergebnisse und Einordnung	13
I. Investitionsstandort Deutschland	13
1. Bewertung des Standortes	13
2. Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit im Inland	16
3. Verteilung des Investitionsvolumens auf In- und Ausland.....	21
II. Investitionsstandorte im Ausland	28
1. Potenzielle Verlagerung von Arbeitsplätzen	34
2. Hauptgründe für Auslandsinvestitionen.....	38
3. Pläne für Rückverlagerung von Investitionen nach Deutschland.....	41
III. Investitionen in Künstliche Intelligenz.....	42
1. Nutzung von Künstlicher Intelligenz.....	42
2. Investitionsvolumen in Künstliche Intelligenz nach Funktionsbereichen.....	47
D. Diskussion	51
I. Analyse der Bürokratiebelastung der Unternehmen	51
II. Betrachtung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft	56
E. Fazit	61
F. Anhang	63
I. Stichprobenziehung.....	63
II. Gewichtungskriterien	64
III. Top 500 Familienunternehmen und Kontrollgruppe	65
IV. Teilnehmende Unternehmen und Gewichtung.....	66
1. Sektoren	67

2. Größenklassen	70
3. Rechtsformen.....	71
V. Fragebogen.....	75
Tabellenverzeichnis	77
Abbildungsverzeichnis	79
Abkürzungsverzeichnis.....	81
Literaturverzeichnis	83

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Im langfristigen Durchschnitt sind Unternehmen in Deutschland für 60 Prozent der Gesamtinvestitionen verantwortlich.¹ Ihnen kommt in diesem Zusammenhang *die* bedeutende Rolle zu, wegweisende Impulse für die dringend nötige Modernisierung sowie den Umbau des Kapitalstocks zur Treibhausgasneutralität der deutschen Volkswirtschaft zu setzen. Doch wie willig sind deutsche Unternehmen, diese Rolle weiterhin wahrzunehmen und auch zukünftig schwerpunktmäßig in Deutschland zu investieren? Und welchen Stellenwert haben dabei gegenwärtig Investitionen in KI? Diese Fragestellungen beleuchtet der Jahresmonitor 2023.

Die Investitionsfreude der Unternehmen ist im Jahr 2023 getrübt, dem Investitionsstandort Deutschland wird eine deutlich gesunkene Attraktivität bescheinigt. Abzulesen ist dies im Gesamturteil: 62,3 Prozent der befragten Familienunternehmen vergeben die Schulnoten ausreichend, mangelhaft und ungenügend. Die Note drei geben 25,8 Prozent.²

Der Umfang der Investitionshemmung wird insbesondere im Vergleich mit den Ergebnissen des Jahresmonitors aus dem Jahr 2017³ deutlich: Während die Unternehmen in der damaligen Befragung dem Standort Deutschland viele investitionsanreizende Einflüsse bescheinigten, hat sich das Bild in nur sechs Jahren umfassend zum Schlechteren gewendet. Beweis dafür ist, dass einheitlich alle relevanten Einflussfaktoren von den diesjährig befragten Unternehmen im Mittelwert als dämpfend auf ihre Investitionstätigkeit eingestuft werden:

- Die aktuellen Ergebnisse des Jahresmonitors 2023 zeigen, dass Regulierungsdichte und Bürokratie von 89,8 Prozent der Unternehmen mit Abstand als am stärksten investitionshemmend empfunden werden, dicht gefolgt von den Energiekosten.
- Auch Hemmnisse aus dem Personalbereich dämpfen die Investitionsneigung am Standort Deutschland: Das sind zum einen die Arbeits-/Lohnkosten (79,0 Prozent), zum anderen das Fachkräfteangebot (78,9 Prozent).⁴
- Im Vergleich wirken die Finanzierungsmöglichkeiten (47,4 Prozent) sowie die Infrastruktur (45,8 Prozent) weniger bremsend auf die unternehmerische Investitionstätigkeit.

Obwohl Deutschland für 68,2 Prozent aller befragten Unternehmen zunächst Hauptinvestitionsstandort bleibt, möchte die Hälfte der Unternehmen, welche sowohl im In- wie auch

*Familienunternehmen
geben dem deutschen
Investitionsstandort
überwiegend
schlechte Noten*

*Investitionsstimmung
in den letzten
6 Jahren gesunken*

1 Statistisches Bundesamt: Der langfristige jährlicher Mittelwert der Unternehmensinvestitionen am BIP (für den Zeitraum von 1999-2022) liegt bei 60,4 Prozent.

2 Vgl. Abb. 4 des Jahresmonitors 2023, S. 14.

3 Vgl. Rathje und Wohlrabe (2017).

4 Vgl. Abb. 6 des Jahresmonitors 2023, S. 16.

Die Hälfte der auch im Ausland investierenden Unternehmen will ihren Anteil in Deutschland verringern

Polen derzeit auf Rang 2 der Befragung

im Ausland investieren, in den kommenden Jahren ihren Investitionsanteil in Deutschland verringern.

- Besonders die Investitionen deutscher Unternehmen in die USA dürften davon profitieren: Unter den Hauptinvestitionszielen der Unternehmen im Ausland belegen die Vereinigten Staaten fortdauernd den ersten Platz (im Jahr 2023 für 19,1 Prozent der Unternehmen, für die kommenden fünf Jahre planen gar 26,2 Prozent der Unternehmen in den USA zu investieren).
- Am zweithäufigsten wird als Hauptinvestitionszielland im laufenden Jahr Polen genannt (11,5 Prozent), gefolgt von China (7,1 Prozent).
- In den kommenden fünf Jahren dürfte jedoch Indien China vom dritten Platz als Hauptinvestitionszielland verdrängen (7,9 Prozent der Unternehmen nennen Indien als Hauptinvestitionsland für die kommenden fünf Jahre, China wird dagegen nur noch von 6,1 Prozent der Unternehmen genannt).
- Spannend ist in diesem Kontext, dass Subventionen als Hauptmotiv für Auslandsinvestitionen nur für 11,7 Prozent der Unternehmen eine wichtige Rolle spielen, bei den Familienunternehmen sogar nur für 9,9 Prozent.
- Deutlich häufiger werden neben der Erschließung neuer Märkte (53,4 Prozent) geringere staatliche Regulierung sowie die Senkung von Lohnkosten (44,5 Prozent) und niedrigere Energiekosten als Investitionsmotive für das Ausland genannt.
- Das Fachkräfteangebot wird mit 27,7 Prozent der Unternehmen (26,7 Prozent für Familienunternehmen) von vergleichsweise wenigen Unternehmen als ausschlaggebend für Auslandsinvestitionen genannt.
- Beinahe jedes dritte Unternehmen (30,1 Prozent aller Befragten), welches Investitionen im Ausland plant, sieht in diesem Kontext auch eine Verlagerung von inländischen Arbeitsplätzen vor. In der Befragung des Jahresmonitors 2017 wurde die mögliche Arbeitsplatzverlagerung noch sehr deutlich verneint.⁵
- Die Unternehmen halten an ihrer globalen Aufstellung fest: An eine Rückverlagerung bestehender Auslandsinvestitionen nach Deutschland wird nur von 2,1 Prozent der gesamten Befragten gedacht.

Um die Attraktivität des Investitionsstandortes Deutschland zu erhöhen ist den Ergebnissen des Jahresmonitors 2023 zufolge das weitere Vorantreiben des Bürokratieabbaus ein zentraler Hebel. Verwaltungsleistungen aller Ebenen sollten für Unternehmen zügig digitalisiert werden.

⁵ Vgl. Rathje und Wohlrabe (2017).

Innerhalb der Unternehmen schreitet die Digitalisierung voran, wie das Stimmungsbild zur aktuellen Nutzung von KI in Unternehmen, das sich aus den Befragungsergebnissen erstellen lässt, zeigt.

- Im Vergleich zu den Daten aus dem Mannheimer Innovationspanel 2021⁶ dürfte sich den Befragungsergebnissen zufolge der Anteil KI nutzender Unternehmen über die vergangenen beiden Jahre verdoppelt haben: Knapp jedes fünfte Unternehmen wendet derzeit KI an.
- Im Durchschnitt werden bereits ungefähr 7 Prozent des unternehmerischen Investitionsvolumens für KI veranlagt.
- Unternehmen im Informations- und Kommunikationsbereich nutzen KI am stärksten. Sie gehören in Abbildung 23 zu den übrigen Dienstleistern, so wie auch die Versicherungs- und Finanzbranche. Sie liegen insgesamt mit 25 Prozent an der Spitze bei der KI-Nutzung. Innerhalb der Gruppe der übrigen Dienstleister beträgt der Anteil des Informations- und Kommunikationsbereichs 51 Prozent, während die Versicherungs- und Finanzbranche bei 30,5 Prozent liegt.
- Im Bereich Marketing/Vertrieb (10,7 Prozent) ist das Investitionsvolumen der Unternehmen in KI hoch, gefolgt von KI-Investitionen in das Kundenmanagement (8,0 Prozent) und in die Verwaltung/Administration (7,8 Prozent).
- Es ergeben sich Schwerpunkte je nach Branche: Industrieunternehmen investieren am meisten in der Produktion in die Anwendungen von KI, während der Handel und das Gastgewerbe die höchsten KI-Investitionen in Marketing und Vertrieb fließen lassen.

6 Vgl. Rammer (2022).

A. Einführung

Investitionen sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft, ihre Durchführung heute sichert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes morgen. Zusätzlich zur Corona-Pandemie, welche die deutsche Investitionstätigkeit nachdrücklich geschwächt hatte, haben auch die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine die Investitionen zuletzt gehemmt. Dabei ist das Ziel der deutschen Klimaneutralität bis 2045 ohne ein hohes Investitionstempo unerreichbar (McKinsey 2021). Für die ökologische Transformation der Wirtschaft sind Investitionen insbesondere der Unternehmen unerlässlich, ebenso erfordern die Digitalisierung sowie die Herausforderung des demografischen Wandels vielzählige Investitionen. Der vorliegende Bericht untersucht, welche Faktoren die unternehmerische Investitionstätigkeit am Standort Deutschland hemmen. Zusätzlich werden die Nutzung von KI in der Industrie, sowie die damit einhergehenden Investitionen analysiert.

In der folgenden Studie liegt außerdem ein besonderer Fokus auf Unterschieden zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen. Familienunternehmen werden üblicherweise dadurch charakterisiert, dass eine oder mehrere miteinander verbundene Familien mehrheitlich (bzgl. der Stimmrechte) am Unternehmen beteiligt ist/sind. Familienunternehmen prägen den Wirtschaftsstandort Deutschland. Laut einer aktuellen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und des Instituts für Mittelstandsforschung (ifm) waren Ende des Jahres 2022 neun von zehn deutschen Unternehmen familienkontrolliert.⁷ Zusammen erwirtschafteten sie 55 Prozent des Gesamtumsatzes in Deutschland und beschäftigten rund 16,9 Millionen Menschen, was einem Anteil von 57 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entsprach. Familienunternehmen sind damit eine wichtige Stütze der inländischen Beschäftigung. Ebenso spielen sie für die gesamte Investitionstätigkeit eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn die privaten Investitionen machen im langfristigen Mittel knapp 90 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Investitionen aus. Während ein Drittel der privaten Investitionen dabei von den Haushalten im Wohnungsbau getätigt wird, geht der Großteil des privatwirtschaftlichen Investitionsvolumens, die übrigen zwei Drittel, auf Unternehmen zurück.

Um die aktuelle Entwicklung der Investitionen besser einordnen zu können, wird im Folgenden zunächst der Verlauf der Investitionstätigkeit in Deutschland über die vergangenen Jahrzehnte beschrieben. Dabei liegt der Fokus auf den Unternehmensinvestitionen.



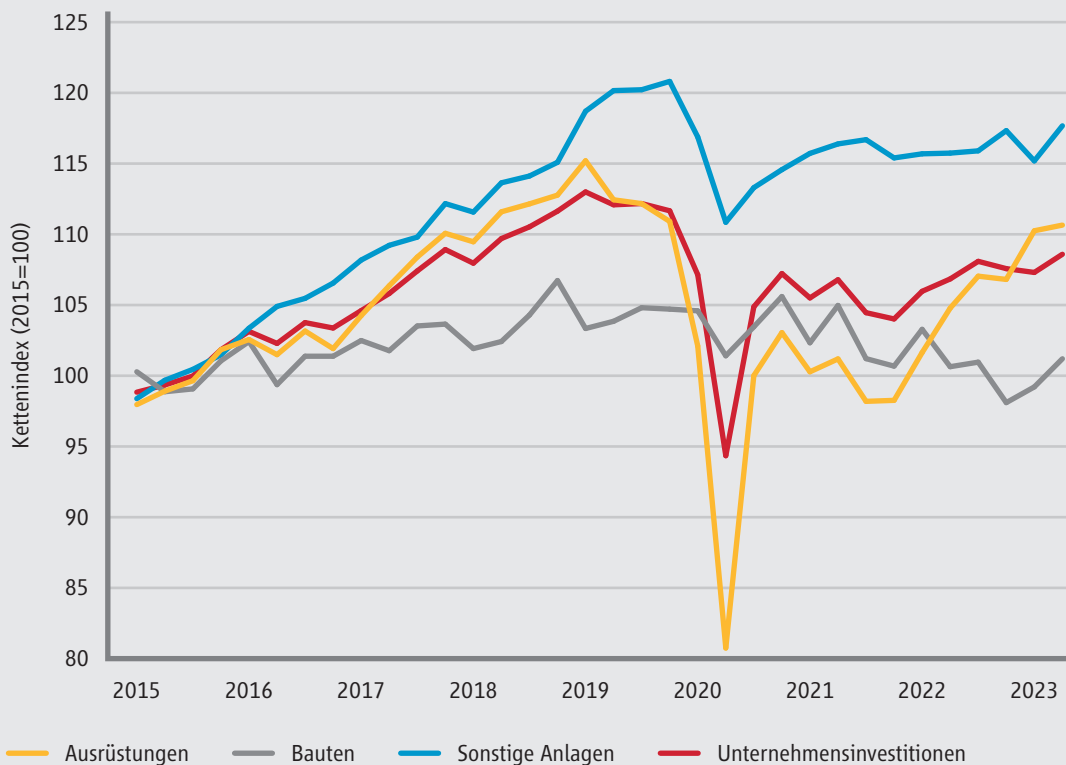
Studie „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen, 6. Auflage und Schwerpunkt „Ausbildungsengagement““ (2023)

7 Vgl. Gottschalk et al. (2023).

I. Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland

Unternehmensinvestitionen setzen sich zusammen aus gewerblichen Investitionen in Ausrüstungen und Bauten sowie in sonstige Anlagen, zu denen beispielsweise Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Investitionen in Software und Datenbanken zählen. Seit Einführung des Euros weisen die Unternehmensinvestitionen preisbereinigt insgesamt einen positiven Wachstumstrend auf. Allerdings konnten die Unternehmensinvestitionen bis zuletzt noch nicht zu ihrem Niveau von 2019 aufschließen: So hatten sich insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen nach der Pandemie zunächst nur schwach entwickelt. Seit Beginn des Jahres 2022 haben sie wieder an Fahrt aufgenommen, siehe Abbildung 1.

Abbildung 1: Unternehmensinvestitionen nach Anlagegütern

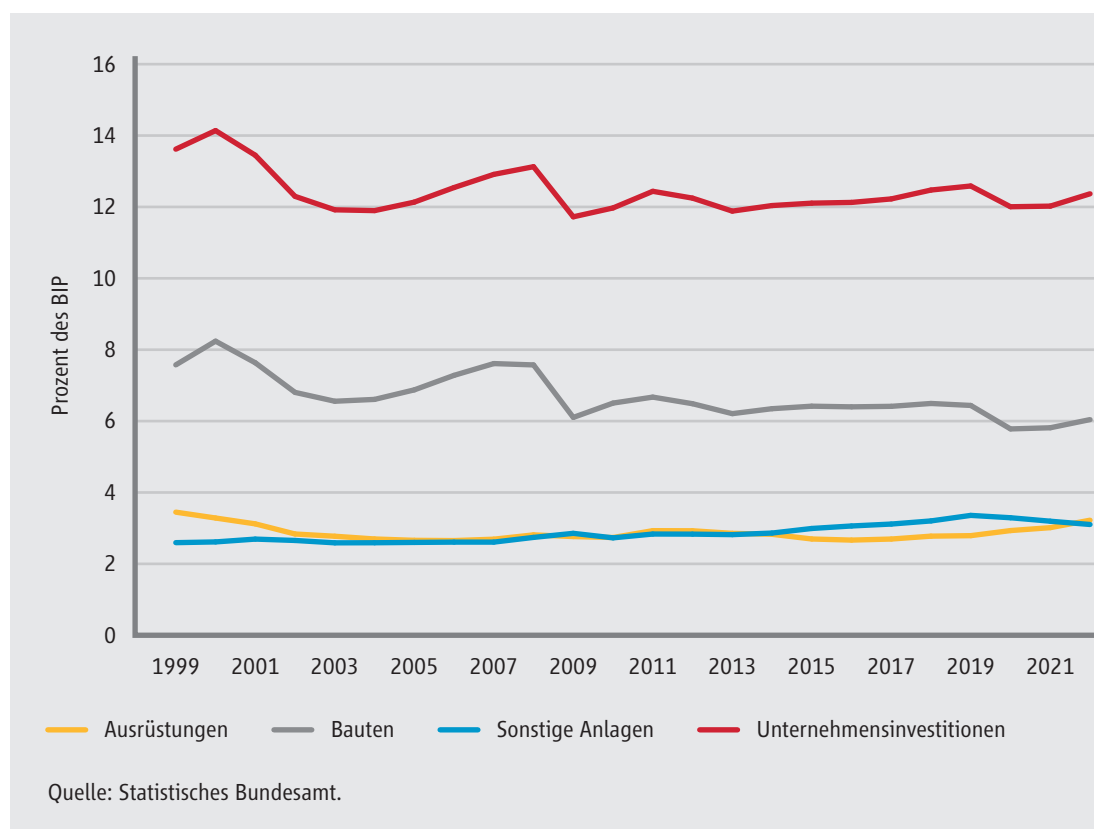


Quelle: Statistisches Bundesamt.

Betrachtet man Abbildung 2, so zeigt sich allerdings, dass die Unternehmensinvestitionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) über den gleichen Zeitraum einem negativen Trend folgen. Die unternehmerischen Investitionen konnten dementsprechend nicht mit dem Wirtschaftswachstum Schritt halten. Im Jahr 2022 betrug der Anteil der Unternehmensinvestitionen am BIP 12,4 Prozent und entsprach damit genau dem Durchschnitt des abgebildeten Zeitraums.

Disaggregiert nach Anlagegütern betrachtet fällt in diesem Zusammenhang auf, dass besonders die Investitionen in Ausrüstungen gemessen am BIP gesunken sind. Dagegen konnte die Zunahme der Investitionen in sonstige Anlagen die gesamtwirtschaftliche Wachstumsdynamik übertreffen. Im Zeitraum von 2015 bis 2021 lag der Anteil der sonstigen Unternehmensinvestitionen sogar über dem Anteil der gewerblichen Bauinvestitionen. Im Zuge des technologischen Fortschritts scheint somit die Bedeutung der immateriellen Investitionen für den unternehmerischen Kapitalstock über die vergangenen Jahrzehnte, zulasten der Investitionen in Sachkapital, zugenommen zu haben. Diese Verschiebung von materiellen hin zu immateriellen Investitionen dürfte die zunehmende Wichtigkeit neuer digitaler Technologien und anderer wissensbasierten Geschäftsmodellen für Unternehmen andeuten.

Abbildung 2: Unternehmensinvestitionsquoten nach Anlagegütern

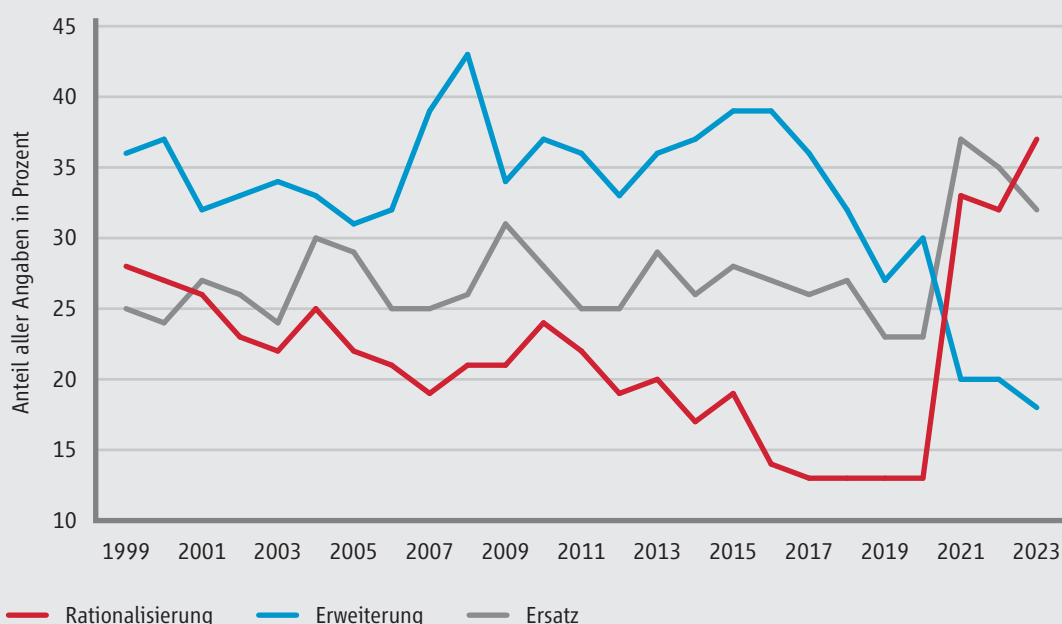


Eine weitere Verschiebung innerhalb der unternehmerischen Investitionstätigkeit ist in Abbildung 3 ersichtlich, welche die wichtigsten Investitionszwecke der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe für das jeweilige Jahr angibt.⁸ Seit der Pandemie hat sich der Anteil der Unternehmen, die Investitionen hauptsächlich zu Rationalisierungszwecken (Investitionen zur Verbesserung bzw. Modernisierung der Anlagen mit dem Ziel einer effizienteren Produktion

8 Daten aus dem Business and Consumer Survey der Europäischen Kommission; gefragt wird jeweils im November nach den wichtigsten Investitionszielen. Die Antwortmöglichkeiten (unter Mehrfachnennung) lauten: Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen, Kapazitätsausweitung, Rationalisierung, andere Investitionszwecke.

und damit einhergehenden Kostensenkung) durchführen, mehr als verdoppelt. Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren gestiegenen Energiepreise erscheint dies wenig überraschend. Obwohl die Modernisierung sowie der Ersatz von Anlagen in vielen Fällen Produktivitäts- sowie Kapazitätssteigerungen impliziert (und eine klare Abgrenzung zwischen Kapazitätserweiterungs- und Ersatz- oder Rationalisierungsinvestitionen somit nur schwer möglich ist), ist der Rückgang der Investitionen mit dem Hauptziel der Kapazitätsausweitung seit dem Jahr 2016 allerdings beachtlich. Die Umfrageergebnisse des Jahresmonitors 2017 hatten nahegelegt, dass Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen hauptsächlich im Inland durchgeführt werden, während Kapazitätserweiterungsinvestitionen zunehmend im Ausland stattfinden.

Abbildung 3: Investitionszwecke der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Europäische Kommission.

Für Aufsehen hatte zuletzt gesorgt, dass der Nettoabfluss an Investitionen ins Ausland im Jahr 2022 mit 132 Milliarden Dollar einen historischen Höchststand verzeichnete (Rusche 2023). Während deutsche Firmen Direktinvestitionen in Höhe von 143 Milliarden Dollar im Ausland tätigten, haben ausländische Unternehmen nur 11 Milliarden Dollar in Deutschland investiert (OECD 2023). Dies hat eine Debatte über wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Investitionsstandortes Deutschland angefacht.⁹

⁹ Vgl. u. a. Höltschi (2023).

Die Befragungsergebnisse der vorliegenden Studie, welche unternehmerische Investitionshemmnisse in Deutschland identifizieren, sowie Abwanderungstendenzen und die zugrunde liegenden Faktoren quantifizieren, sind in diesem Kontext von besonderem Interesse.

Aufgrund der zuvor beschriebenen wachsenden Bedeutung immaterieller Investitionen liegt ein weiterer Schwerpunkt der Studie auf dem Ausmaß unternehmerischer Investitionen in KI. Um einen Überblick zu erhalten, warum letztere wohl bereits in naher Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen werden, fasst der folgende Abschnitt zunächst die Potenziale von KI für Unternehmen zusammen.

II. Künstliche Intelligenz im Unternehmenskontext

Um die aktuelle Relevanz von KI im Unternehmenskontext untersuchen zu können, ist es zunächst notwendig, den Begriff zu definieren. Laut Europäischem Parlament versteht man unter KI *„die Fähigkeit einer Maschine, menschliche Fähigkeiten wie logisches Denken, Lernen, Planen und Kreativität zu imitieren. KI ermöglicht es technischen Systemen, ihre Umwelt wahrzunehmen, mit dem Wahrgenommenen umzugehen und Probleme zu lösen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. [...] KI-Systeme sind in der Lage, ihr Handeln anzupassen, indem sie die Folgen früherer Aktionen analysieren und autonom arbeiten.“*¹⁰

Technisch gesehen ist die KI ein Teilgebiet der Informatik, welches Methoden umfasst, die auf die Automatisierung von Entscheidungsvorgängen abzielen. Eines ihrer zentralen Werkzeuge ist das maschinelle Lernen, welches mithilfe von Algorithmen große Datenmengen analysiert und aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen fundierte Entscheidungen trifft.

In der Literatur wird zwischen zwei übergeordneten Bereichen, der sogenannten schwachen und der starken KI unterschieden (Abdelkafi et al. 2019). Zur schwachen KI zählen intelligente Systeme, die sich mit konkreten Anwendungsproblemen beschäftigen, wie beispielweise Navigationssysteme oder digitale Assistenzsysteme wie Alexa oder Siri. Starke KI ist hingegen nicht auf ein bestimmtes Aufgabengebiet limitiert, sondern hat das Ziel, eine allgemeine Intelligenz zu schaffen, die mindestens die intellektuellen Fähigkeiten eines Menschen aufweist. Eine starke KI soll somit ihre Handlungen flexibel an sich verändernde Umstände anpassen können. Die Realisierung einer starken KI ist derzeit noch nicht in greifbarer Nähe.

Der Treibstoff für KI sind Daten. Große Mengen davon werden benötigt, um KI-Systeme mit selbstständigen Lösungskompetenzen und/oder guter Vorhersagekraft zu entwickeln. Da KI-Systeme nur so gut sein können, wie die zum Training benutzten Daten, kommt dem

10 Europäisches Parlament (2023a).

Datenmanagement, welches Daten für die KI-Analyse zugänglich macht und gleichzeitig deren Qualität überprüft, eine wichtige Rolle zu (Keim und Sattler 2020).

Im Folgenden wird mit KI die Nutzung verschiedenster Ausprägungen des maschinellen Lernens, wie beispielsweise Regressionsmethoden oder Deep Learning zur Entscheidungsfindung verstanden. Da mithilfe dieser Instrumente Routineaufgaben automatisiert und Entscheidungsfindungen gemäß der Datenverfügbarkeit erleichtert und weniger kostspielig¹¹ werden können, bietet ihr Einsatz großes Potenzial zur Produktivitätssteigerung in Unternehmen. Zu beachten ist, dass durch die Nutzung von KI-modifizierten Entscheidungsfindungsstrukturen auch Unternehmenshierarchien nachhaltig verändert werden können (Abdelkafi et al. 2019).

Innovation durch KI-Einsatz ist besonders in den folgenden drei Unternehmensbereichen erreichbar: Zum einen dürften KI-Anwendungen, die in Echtzeit Kundendaten zur Produktnutzung etc. auswerten, zu Produktinnovationen und sogar neuen Geschäftsmodellen führen. Zum anderen können mithilfe von KI-Anwendungen Produktions- sowie Liefer- und Administrationsprozesse immer weiter automatisiert werden. Zuletzt birgt KI aufgrund der Nutzung großer Datensets und entsprechender Algorithmen auch für Forschung und Entwicklung innerhalb eines Unternehmens viel innovatives Potenzial (Rammer et al. 2020).

Analysen haben gezeigt, dass der Einsatz von KI hohes Potenzial für Produktivitätswachstum mit sich bringt (Autor et al. 2019, Damioli et al. 2021). Neben höherer Produktivität finden empirische Studien außerdem, dass KI-einsetzende Unternehmen durchschnittlich innovativer sind (Cockburn et al. 2019, Rammer et al. 2022). KI-Nutzung dürfte außerdem die Profitabilität von Unternehmen steigern: In einer Umfrage¹² aus dem vergangenen Jahr gaben 92 Prozent großer nordamerikanischer Unternehmen an, mit ihren Daten- und KI-Investitionen Gewinn zu erzielen (im Jahr 2017 waren es noch 48 Prozent gewesen). Der Einsatz von KI scheint laut einer weiteren Studie ebenso nicht-monetäre Vorteile für Firmen zu bieten: So gaben 58 Prozent aller Befragten, die bereits an einer KI-Implementation in ihrem Unternehmen teilgenommen hatten, an, dass die KI-Anwendungen die Effektivität sowie die Entscheidungsfindung innerhalb ihres Teams verbesserte (Ransbotham et al. 2021).

Gemäß Gentsch (2019) lassen sich Unternehmen anhand ihres KI-Einsatzes in derzeit drei verschiedene KI-Reifegrade unterteilen. Am unteren Ende dieses Spektrums stehen dabei die „Non-automated-Enterprises“, die kaum KI-Bezug aufweisen und deren Geschäftsprozesse nur

11 Agrawal et al. (2018) beschreiben ein ökonomisches Framework, welches KI als signifikantes Kostensenkungswerkzeug für Prognosen innerhalb eines Entscheidungsprozesses interpretiert. Infolgedessen werden die zur Prognose komplementären Aspekte einer Entscheidungsfindung (die zugehörigen Daten, die Evaluierung der Vorhersagen sowie die Fähigkeit entsprechend tätig zu werden) wertvoller.

12 NewVantage Partners (2022).

wenig datengetrieben sind. Nach den sogenannten „Semi-automated-Enterprises“ folgen am anderen Ende die „Automated-Enterprises“, bei denen beispielsweise die Datenerhebung und Datenanalyse als Teil des Geschäftsprozesses einer festgelegten KI-Strategie folgt.

Die Nutzung von KI in der deutschen Wirtschaft entwickelte sich zuletzt sehr dynamisch. Im Jahr 2021 gaben 10 Prozent der deutschen Unternehmen an, KI zu nutzen, was einer Verdopplung zum Jahr 2019 entsprach (Rammer 2022). Nur in jedem siebten Unternehmen stellte KI im Jahr 2021 die Grundlage für das Geschäftsmodell des Unternehmens dar (Rammer 2022). Die Erhebung deutet außerdem an, dass 90 Prozent aller KI-aktiven Unternehmen zu verschiedenen Aspekten des Themas KI, wie beispielsweise der Entwicklung von Anwendungen, aber auch der Pflege von Dateninfrastruktur mit Dritten zusammenarbeiten. Für eine effektive Nutzung von KI findet die Studie außerdem bestimmte interne Voraussetzungen. So verfügen Unternehmen mit hohem KI-Reifegrad beispielsweise in der Regel über ein spezifisch für KI-Themen verantwortliches Team sowie über eine Geschäftsführung, die das Thema KI vorantreibt. Außerdem investieren sie häufiger in KI-bezogene Kompetenzen ihrer Mitarbeiter und die Entwicklung einer Datenstrategie.

Der noch hohe Anteil an Non-automated-Enterprises dürfte bei einem Teil dieser Unternehmen auf die Art ihrer Geschäftstätigkeit zurückgehen. Bei vielen Unternehmen könnten Geschäftsprozesse und -modelle allerdings durch KI-Nutzung verbessert werden, außerdem könnten Unternehmen, die KI bereits einsetzen, diese noch effektiver nutzen (Rammer 2020). Laut den Ergebnissen einer Befragung unter jungen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland im Jahr 2021 hemmen zum einen eine nicht leistungsfähige IT-Infrastruktur, zum anderen aber auch die fehlende Aufgeschlossenheit der Gesellschaft gegenüber KI vor dem Einstieg in die KI-Nutzung. Unternehmen, die KI bereits anwenden, bemängeln besonders fehlende KI-Fachkräfte sowie die in Deutschland eingeschränkte Datenverfügbarkeit von externen Daten (Rammer 2022).

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie aktualisieren das Bild der KI-Nutzung von deutschen Unternehmen und zeigen außerdem, in welchen Unternehmensbereichen die Nutzung besonders fortgeschritten ist. Zunächst werden die methodischen Aspekte, welche mit der Durchführung der Unternehmensbefragung, der Stichprobenziehung sowie der statistischen Auswertung einhergehen, besprochen. Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse vorgestellt und diskutiert, wobei zunächst die Umfrageergebnisse zu den Standortbedingungen und im Anschluss die Antworten zum Ausmaß der KI-Investitionen erläutert werden. In der anschließenden Diskussion werden Maßnahmen zur Gestaltung attraktiverer Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland aufgezeigt, wobei im Detail auf den Bürokratieabbau eingegangen wird. Außerdem wird das Potenzial von KI zur Produktivitätssteigerung in der deutschen Volkswirtschaft genauer analysiert. Zuletzt wird ein Fazit gezogen.

B. Unternehmensbefragung: Methodik und Teilnehmer

Der vorliegende Bericht basiert auf einer Unternehmensbefragung, die im August 2023 durchgeführt wurde. Er stellt die siebte Auflage der Reihe „Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“ dar. Im Fokus der Befragung stand neben der Attraktivität des Investitionsstandortes Deutschland auch das Ausmaß der Nutzung von KI. Insgesamt konnten 1.525 Unternehmen für die diesjährige Befragung gewonnen werden, von denen sich 1.228 Unternehmen als Familienunternehmen einstufen. Die verbleibenden 297 Unternehmen ordneten sich als Nicht-Familienunternehmen ein. Hierbei ist zu betonen, dass die Zuordnung der Unternehmen zu Familienunternehmen auf Selbstidentifikation beruht.

Der Einladung zur Umfrage kamen zum einen Unternehmen nach, die bereits in den vergangenen Jahren an der Befragung teilgenommen und ihre Bereitschaft zur Panel-Teilnahme geäußert hatten. Zum anderen wurden durch postalische Einladungen im Rahmen der diesjährigen Stichprobenziehung weitere Teilnehmer gewonnen. Dafür wurden aus einem Bestand von mehr als einer Million wirtschaftsaktiver Unternehmen, welche in der Orbis-Datenbank¹³ erfasst sind, eine geschichtete Stichprobe über die Rechtsform, die Größenklasse und den Wirtschaftszweig gezogen. Eine detaillierte Beschreibung des Prozesses der Stichprobenziehung findet sich in Abschnitt F.I.

Da die Verteilung der befragten Unternehmen über die Größenklassen und die Branchen nicht exakt mit der Verteilung der deutschen Volkswirtschaft übereinstimmt, werden Korrekturfaktoren zur Berechnung von repräsentativen Ergebnissen eingesetzt. Die Soll-Werte für die Branchen (und Größenklassen) orientieren sich an den Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Branche (und Größenklasse), welche im Unternehmensregister des Statistischen Bundesamtes publiziert werden (Destatis 2022). Jedes teilnehmende Unternehmen wird einer Klasse von Branche und Beschäftigtenzahl zugeordnet und geht so entsprechend dem volkswirtschaftlichen Gewicht dieser Klasse in die Berechnung der Ergebnisse ein. Damit wird die Repräsentativität der Umfrageergebnisse für die deutsche Wirtschaft auf aggregierter Ebene sichergestellt.

Aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung der Familien- und Nicht-Familienunternehmen über Branchen und Größenklassen wird der Gewichtungprozess jeweils für die Gruppe der Familien- und Nicht-Familienunternehmen separat vorgenommen. Somit dürften die Unterschiede zwischen den Unternehmensformen (Familien- versus Nicht-Familienunternehmen)

13 Datenbank der Firma Bureau van Dijk mit Struktur- und Finanzinformationen zu 275 Millionen Unternehmen weltweit.

nicht auf die Branchenzusammensetzung oder die Verteilung der Größenklassen zurückgehen.¹⁴ Eine detaillierte Erläuterung des Gewichtungsprozesses findet sich im Anhang unter Abschnitt F.II. Die Verteilung der Umfrageteilnehmer über Unternehmensformen, Sektoren, Rechtsformen und Größenklassen jeweils vor und nach dem Gewichtungsprozess wird darüber hinaus im Detail in Anhang F.IV. aufgezeigt.

Des Weiteren werden die Befragungsergebnisse für die Umfrageteilnehmer, welche zu den Top 500 Familienunternehmen zählen, gesondert ausgewertet. Zu den Top 500 Familienunternehmen zählen dabei die Unternehmen, welche laut einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung gemessen an Umsatz und Beschäftigungszahlen unter die 500 größten Familienunternehmen Deutschlands fallen.¹⁵ Für Vergleichszwecke werden ebenso die Ergebnisse einer Vergleichsgruppe, welche sich aus Nicht-Familienunternehmen mit ähnlicher Branchen- und Größenstruktur zusammensetzt, ausgewertet. Um eine solche Kontrollgruppe für die Gruppe der Top 500 Familienunternehmen aufbauen zu können, wurden im Vorfeld Nicht-Familienunternehmen mit ähnlicher Größenstruktur in der Orbis-Datenbank identifiziert, welche zusätzlich zu den Top 500 Familienunternehmen eingeladen wurden, an der Befragung teilzunehmen.

Insgesamt haben 74 der Top 500 Familienunternehmen an der Befragung teilgenommen. Für 41 dieser Unternehmen konnten unter der Kontrollgruppe beziehungsweise den Umfrageteilnehmern entsprechende Nicht-Familienunternehmen mit ähnlichen Merkmalen in Hinblick auf Branche und Größenklasse gemessen an der Anzahl an Mitarbeitenden gefunden werden. Die Zuordnung gewährleistet keine vollständige Übereinstimmung von Beschäftigtenzahl und Branche der Top 500 Familienunternehmen und der entsprechenden Kontrollgruppe. Sie konnte aufgrund der geringen Zahl von Unternehmen in dieser Größenklasse jedoch nicht weiter optimiert werden. Von einer Gewichtung der Ergebnisse wird aufgrund der geringen Fallzahl und der ähnlichen Branchen- und Größenstruktur der Unternehmensgruppen abgesehen. In Anhang F.III. wird die Zusammensetzung der Kontrollgruppe und der Top 500 Familienunternehmen über Branchen und Größenklassen im Detail aufgezeigt.

Bei der Auswertung der Ergebnisse liegt im nachfolgenden Bericht der Fokus auf allen 1.525 teilnehmenden Unternehmen. Da nur 82 Zwillingunternehmen (jeweils 41 in den Top 500 Familienunternehmen sowie in der Vergleichsgruppe) gefunden werden konnten, ist die

14 Dennoch kann der Gewichtungsprozess keine vollständige Vergleichbarkeit garantieren, da Unterschiede innerhalb der Klassen nicht korrigiert werden können, und für den Gewichtungsprozess eine kritische Anzahl an Unternehmen je Schicht erreicht werden muss. Dazu kommt, dass nicht alle Fragen von allen Unternehmen beantwortet wurden, der Gewichtungsprozess jedoch nicht für jede einzelne Frage wiederholt wird.

15 Die Liste der Top 500 Familienunternehmen umfasst Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 474 Mio. EUR bzw. mindestens 1.978 Beschäftigten im Jahre 2022, vgl. Gottschalk et al. (2023).

Aussagekraft dieser Ergebnisse begrenzt. Ergebnisse für die Top 500 und ihre Vergleichsgruppe werden deshalb nur vereinzelt erwähnt.

C. Unternehmensbefragung: Ergebnisse und Einordnung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Umfrage vorgestellt. Dabei wird zunächst auf die Bewertung des Investitionsstandortes Deutschland aus Sicht der Unternehmen eingegangen, ebenso werden Faktoren, welche das Investitionsverhalten im In- und Ausland beeinflussen, diskutiert. Folglich werden die Ergebnisse bezüglich (geplanter) Investitionsverlagerungen ins Ausland sowie die dahinterstehenden Motive beleuchtet. In einem dritten Teil werden anschließend die Ergebnisse zum aktuellen Ausmaß von Investitionen in KI präsentiert und eingeordnet.

Der Fragebogen der diesjährigen Umfrage findet sich in Anhang F.V.. Wichtig zu erwähnen ist, dass im Folgenden unter Investitionen stets Investitionen gemeint sind, die zur Schaffung neuer Standorte und Arbeitsplätze dienen.

I. Investitionsstandort Deutschland

Deutschlands Kapitalstock hat in den vergangenen 20 Jahren deutlich an Modernität eingebüßt (Michelsen und Junker 2023a). Dabei sind moderne Anlagen und Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung am Puls der Zeit unerlässlich für die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Der Großteil der Kapitalstockalterung beruht zwar auf versäumten öffentlichen Investitionen (Grömling et al. 2019). Auch die Entwicklung der unternehmerischen Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen ist jedoch seit Jahren wenig dynamisch und liegt im Jahr 2023 weiter unter dem Niveau von 2019, wie bereits in Abschnitt A.I. aufgezeigt wurde. Laut den ifo Investitionserwartungen, welche eine quantitative Einschätzung der Investitionstätigkeit im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr darstellen, dürften die Unternehmen auch im laufenden Jahr nur zurückhaltend investieren (Wollmershäuser et al. 2023).

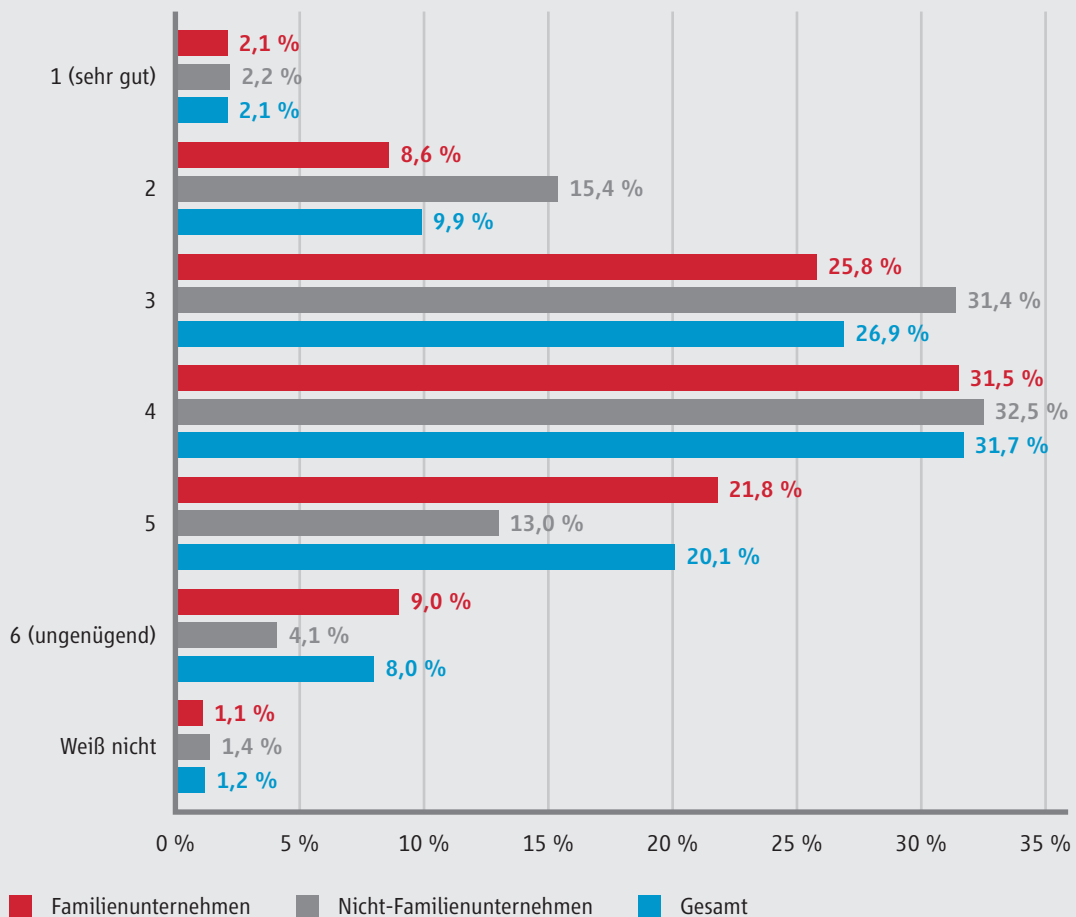
Anhand der vorliegenden Umfrageergebnisse lassen sich die derzeit drängendsten Investitionshemmnisse identifizieren. Diesen (sofern möglich) entgegenzuwirken sollte eine hohe wirtschaftspolitische Priorität haben. Denn besonders vor dem Hintergrund der bis zum Jahr 2045 zu erreichenden Treibhausgasneutralität, die insgesamt zusätzliche Investitionen zwischen 3 und 6 Billionen Euro erfordern dürfte (Gemeinschaftsdiagnose 2023b), ist eine deutliche Erhöhung der Investitionsbereitschaft der Unternehmen dringend notwendig.

1. Bewertung des Standortes

Gegen eine Steigerung der Investitionsbereitschaft spricht aktuell wohl die unternehmerische Bewertung des Standortes: Insgesamt bewerten die befragten Unternehmen Deutschland als Investitionsstandort im Durchschnitt mit einer Schulnote von 3,8 und damit als „ausreichend“.

Dabei fällt beim Betrachten der Abbildung 4 auf, dass Familienunternehmen mit einer Durchschnittsnote von 3,9 im Vergleich zu Nicht-Familienunternehmen (Note: 3,5) ein strengeres Urteil fällen. Zwar ist die meistvergebene Note über alle Unternehmen hinweg eine vier, jedoch beurteilen 49,0 Prozent der Nicht-Familienunternehmen den Standort mit der Note eins, zwei oder drei insgesamt als besser. Bei den Familienunternehmen trifft dies nur auf 36,5 Prozent zu. Somit bewerten mehr als 60 Prozent der deutschen Familienunternehmen Deutschland als Investitionsstandort mit den Noten ausreichend, mangelhaft und ungenügend. Der Anteil der Familienunternehmen, welche den Standort als ungenügend bewerten, ist dabei mit 9 Prozent mehr als doppelt so hoch als bei den Nicht-Familienunternehmen mit 4,1 Prozent.

Abbildung 4: Bewertung des Investitionsstandorts Deutschland

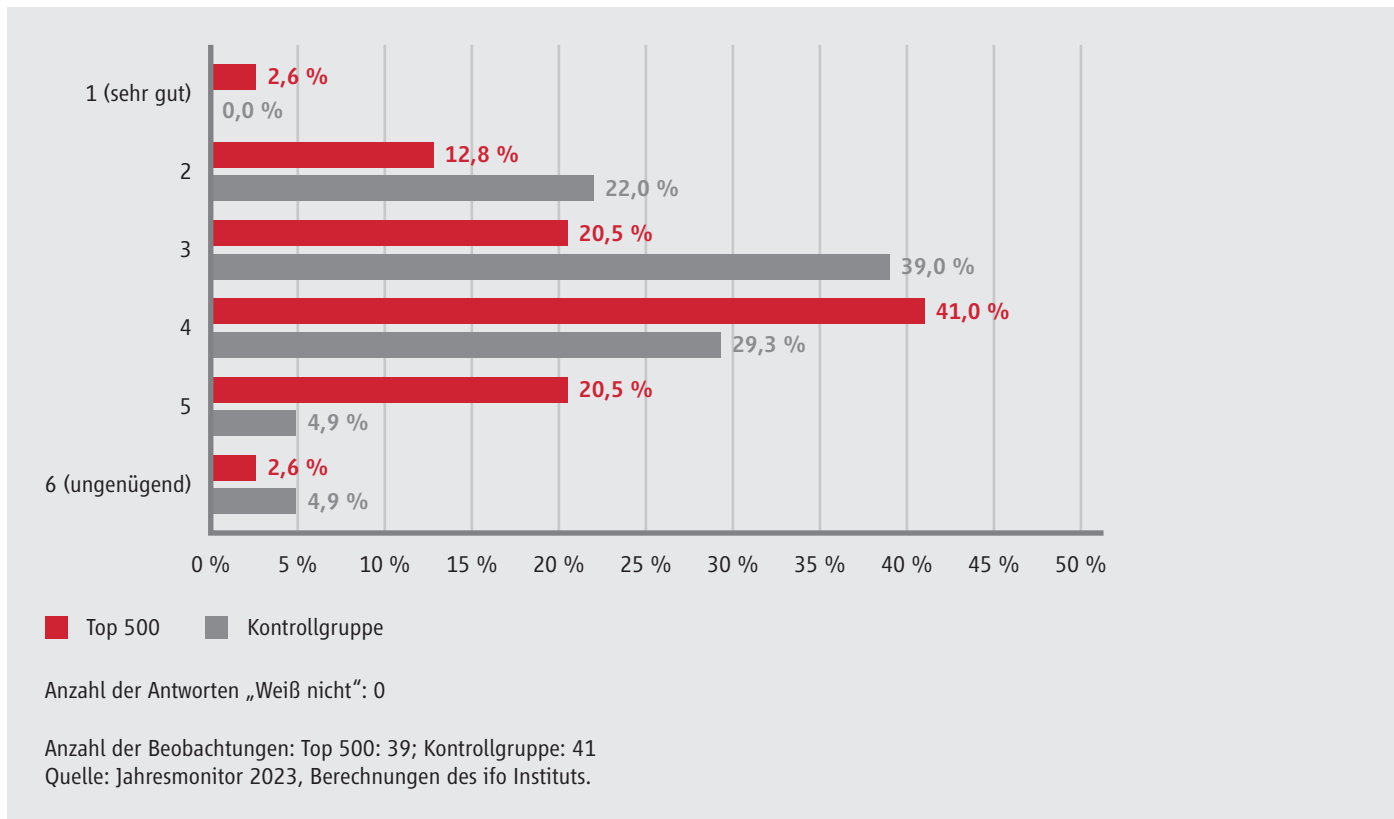


Anzahl der Beobachtungen: 1.485
 Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Besonders Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden bewerten die Bedingungen für Investitionen als schlecht: Mehr als 67 Prozent der Kleinstunternehmen vergeben die Noten vier, fünf und sechs. Disaggregiert nach Sektoren zeigen sich keine großen Unterschiede in der Standortbewertung. Die schlechteste Durchschnittsnote vergeben mit einer 4,0 die

Unternehmensdienstleiter, noch am besten bewerten die Unternehmen des Handels und Gastgewerbes mit einer 3,7 den Standort.

Abbildung 5: Bewertung des Investitionsstandorts Deutschland durch TOP 500 Familienunternehmen



Auffallend ist außerdem, dass die Top 500 Familienunternehmen den Standort Deutschland mit einer Durchschnittsnote von 3,7 schlechter bewerten als die Unternehmen ihrer Kontrollgruppe, wie aus Abbildung 5 hervorgeht.

Die schlechte Standortbewertung der Unternehmen wurde durch ein deutliches Abrutschen Deutschlands im Ranking des „Länderindex Familienunternehmen“ im Januar 2023 antizipiert: Während Deutschland im Index aus dem Jahr 2021 noch den 14. Platz belegte, rutschte es im Jahr 2023 um vier Plätze auf den 18. Rang ab. Damit belegt es nun nur noch den viertletzten Platz.¹⁶



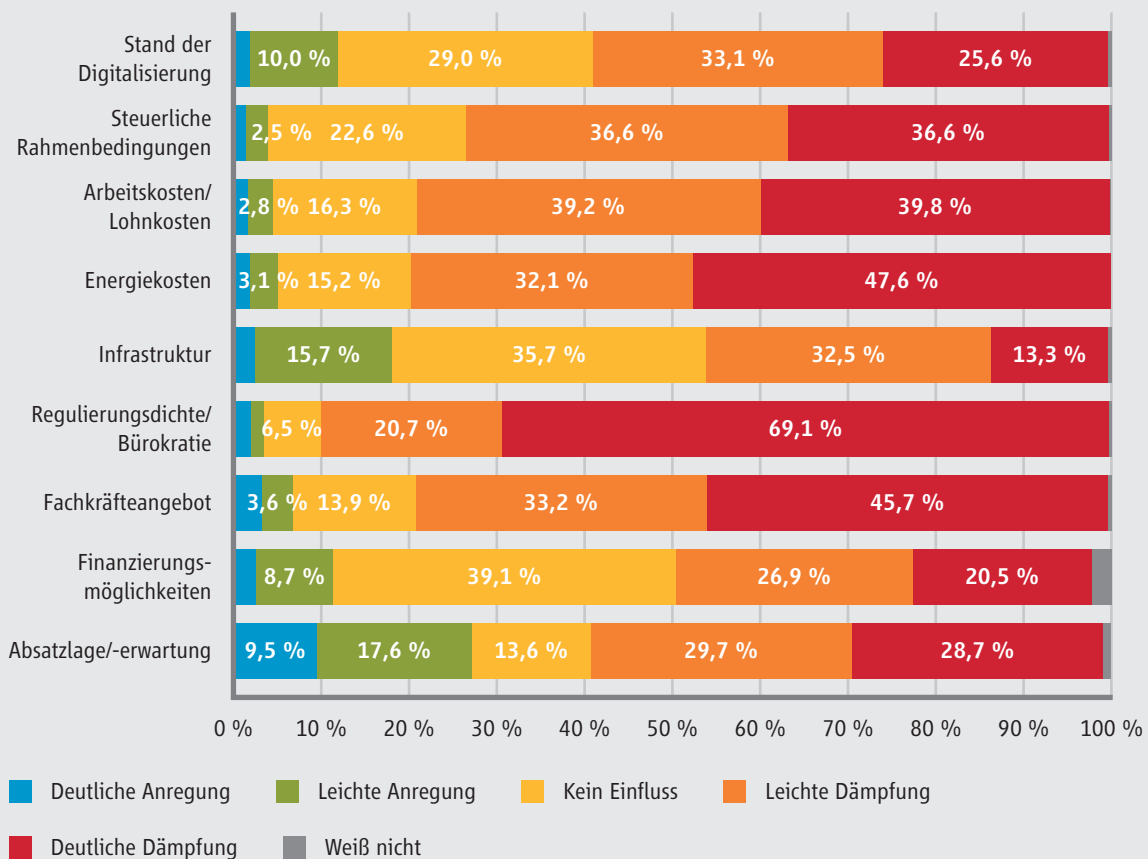
Studie „Länderindex Familienunternehmen, 9. Auflage“ (2023)

16 Vgl. Fischer et al. (2023).

2. Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit im Inland

Gefragt nach sowohl positiven wie auch negativen Faktoren, die ihre Investitionstätigkeit in Deutschland im laufenden Jahr beeinflussen, antworten die Unternehmen erstaunlich einheitlich. In Abbildung 6 ist ersichtlich, dass für alle befragten Unternehmen die deutsche Regulierungsdichte als größtes Investitionshindernis wahrgenommen wird. Die Familienunternehmen berichten von der Bürokratie dabei als hemmender als die Nicht-Familienunternehmen, wie aus Abbildung 7 hervorgeht: Insgesamt 90,9 Prozent der befragten Familienunternehmen sowie 85,6 Prozent der Nicht-Familienunternehmen berichten von einem leicht oder stark dämpfenden Einfluss. Bei den Familienunternehmen ist dabei der Anteil der Unternehmen, der die Regulierungslandschaft in Deutschland als deutlich dämpfend einschätzt, mit 71,0 Prozent besonders hoch (61,5 Prozent bei den Nicht-Familienunternehmen). Während alle Größenklassen an Unternehmen die Regulierungsdichte als größtes Investitionshemmnis einschätzen, nimmt ihr Anteil mit der Zahl an Mitarbeitenden zu. Von den verschiedenen Sektoren klagten die Unternehmen im Baugewerbe (85,8 Prozent) am wenigsten über die Regulierungsdichte, die Unternehmen im produzierenden Gewerbe am meisten (93,3 Prozent).

Abbildung 6: Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland

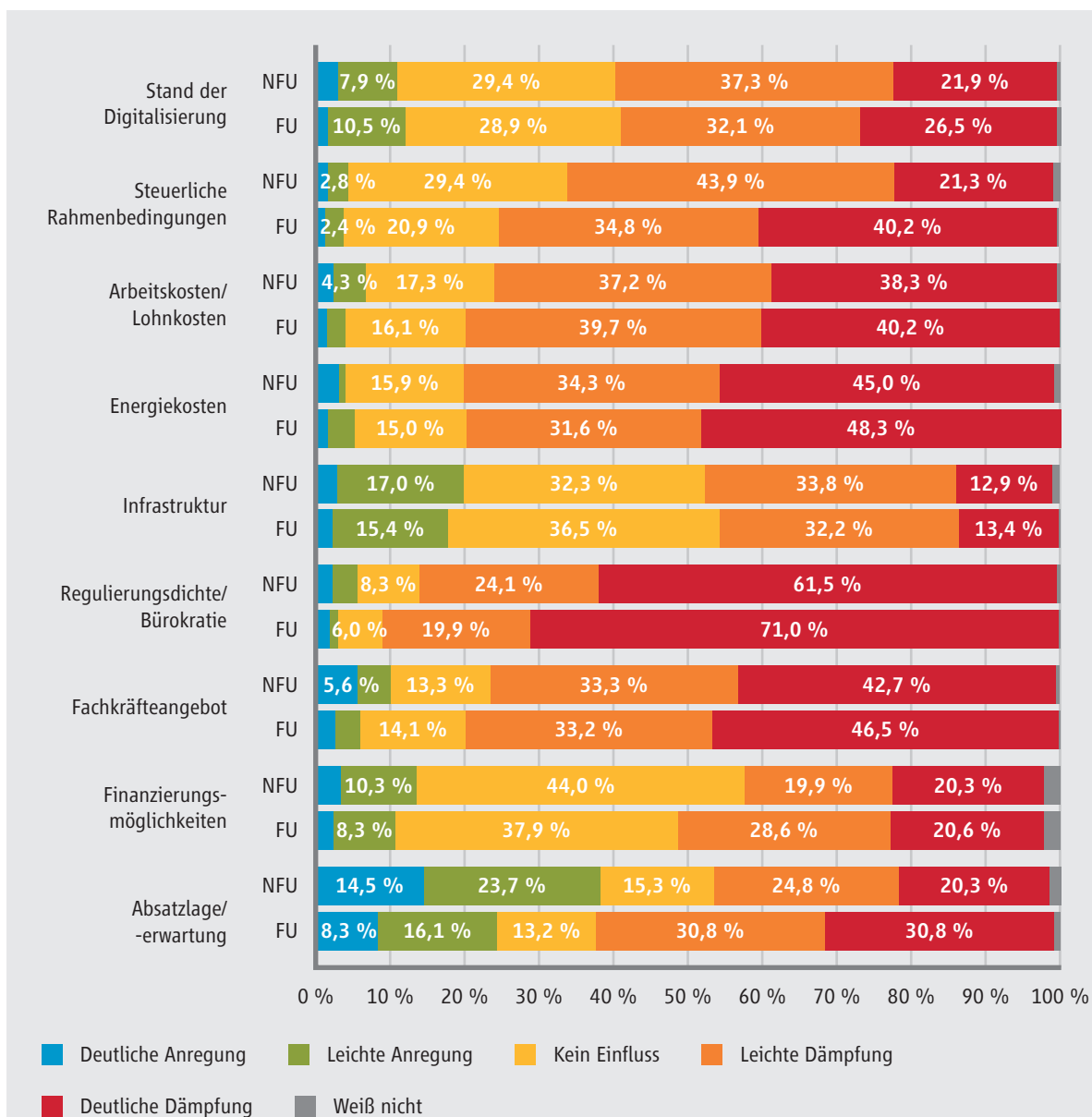


Anzahl der Beobachtungen: 1.516

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Mit einem Anteil von jeweils knapp 80 Prozent der Unternehmen werden auch die Energiekosten als sehr investitionshemmend genannt. Ebenso verhindern sowohl das Fachkräfteangebot als auch die Lohnkosten für vier von fünf Familienunternehmen eine stärkere Investitionstätigkeit. Für Nicht-Familienunternehmen sind diese beiden Faktoren nur geringfügig weniger investitionshemmend, wie Abbildung 7 illustriert.

Abbildung 7: Investitionsdämpfer nach Ansicht der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen



Anzahl der Beobachtungen: Familienunternehmen: 1.217; Nicht-Familienunternehmen: 299
 Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Die steuerlichen Rahmenbedingungen, welche für drei Viertel der Familienunternehmen als investitionsdämpfend wirken, haben für 29,4 Prozent der Nicht-Familienunternehmen keinerlei Einfluss auf die Investitionstätigkeit.

Ähnlich verhält es sich für die Finanzierungsmöglichkeiten. Während ihnen nur 40,2 Prozent der Nicht-Familienunternehmen eine dämpfende Wirkung zuschreiben, trifft dies auf knapp die Hälfte der Familienunternehmen zu. Auffallend ist der vergleichsweise hohe Anteil an Unternehmen, die nicht wissen, wie sich die Finanzierungsmöglichkeiten auf ihre Investitionen auswirken. Dies könnte auf eine hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Finanzierungsbedingungen infolge der Zinsschritte der Europäischen Zentralbank hindeuten.

Im Vergleich zu den Finanzierungsmöglichkeiten empfinden die Familienunternehmen die Infrastruktur als weniger investitionshemmend, bei ihrem Komplement verhält es sich umgekehrt. Der Stand der Digitalisierung hingegen wird von jeweils knapp 60 Prozent der Unternehmen als Hemmnis empfunden. Ebenso geben beide Unternehmensformen die Absatzlage – beziehungsweise erwartete Absatzlage – als den noch am meisten anregenden Faktor an: Während dies auf fast jedes vierte Familienunternehmen zutrifft, sind es bei den Nicht-Familienunternehmen beinahe 40 Prozent.

Tabelle 1: Mittelwerte verschiedener Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland nach Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen

Einflussfaktor/Unternehmensform	Familienunternehmen	Nicht-Familienunternehmen	Gesamt
Absatzlage/-erwartung	-0,60	-0,13	-0,51
Finanzierungsmöglichkeiten	-0,58	-0,45	-0,55
Fachkräfteangebot	-1,18	-1,04	-1,15
Regulierungsdichte/Bürokratie	-1,57	-1,40	-1,54
Infrastruktur	-0,39	-0,37	-0,39
Energiekosten	-1,21	-1,18	-1,21
Arbeitskosten/Lohnkosten	-1,15	-1,05	-1,13
Steuerliche Rahmenbedingungen	-1,10	-0,81	-1,05
Stand der Digitalisierung	-0,72	-0,67	-0,71

Saldo aus „Deutliche Dämpfung“ = -2, „Dämpfung“ = -1, „kein Einfluss“ = 0, „Anregung“ = 1, „Deutliche Anregung“ = 2

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 1 zeigt die Wirkung der verschiedenen Einflussfaktoren als Saldo, welche sich aus dem gewichteten Durchschnitt der Antworten berechnet und angibt, wie sich ein Faktor auf einer

Skala von 2 („besonders anregend“) bis -2 („besonders dämpfend“) auswirkt. Mit diesem Mittelwert als alternatives Maß für die Bewertung der Faktoren kann die Einschätzung über den Einfluss in jeweils nur einer Kennzahl festgehalten werden. Auffallend ist, dass alle Saldowerte negativ sind: Somit sehen die befragten Unternehmen im Durchschnitt derzeit keinerlei Faktoren, die sie zu Investitionen in Deutschland anregen. Zusammen mit dem insgesamt als ausreichend bewerteten Standort lassen die Salden auf ein aktuell stark eingetrübtes Investitionsklima in Deutschland schließen.

Eine anhaltende Trübung der inländischen Investitionsfreudigkeit lässt sich ebenso aus den aktuellen ifo Investitionserwartungen herauslesen (Wollmershäuser 2018). Neben den abgefragten Faktoren wie beispielsweise den hohen Energiepreisen dürfte auch die zuletzt schwache konjunkturellen Entwicklung, insbesondere aber die laut Economic Policy Uncertainty Index im europäischen Vergleich hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit eine Rolle für die deutliche Eintrübung spielen. Für die Investitionsplanung von Unternehmen ist es zentral, dass sie sich auf die Beständigkeit der Rahmenbedingungen verlassen können. Der entsprechend negative Zusammenhang von wirtschaftspolitischer Unsicherheit und Investitionstätigkeit ist empirisch (auch spezifisch für Deutschland¹⁷) vielfach nachgewiesen worden (Baker et al. 2016).

Tabelle 1 verdeutlicht erneut die besonders dämpfende Wirkung der Bürokratie, welche sowohl für Familienunternehmen wie auch für Nicht-Familienunternehmen jeweils den negativsten Saldowert aufweist. Während der am wenigsten dämpfende Faktor mit -0,13 für die Nicht-Familienunternehmen die Absatzlage/-erwartung ist, ist es für die Familienunternehmen die Infrastruktur, gefolgt von den Finanzierungsmöglichkeiten und der Absatzlage/-erwartung. Auch für die Nicht-Familienunternehmen wirken Infrastruktur und Finanzierungsmöglichkeiten vergleichsweise wenig dämpfend. Daraus lässt sich ableiten, dass die Unternehmen trotz des sich stark veränderten Zinsumfeldes keiner allzu großen Finanzierungsproblematik gegenüberstehen. Dies könnte darauf zurückgehen, dass viele Unternehmen, wie im Jahresmonitor 2017¹⁸ berichtet, besonders auf Eigenmittel zur Finanzierung ihrer Investitionen zurückgreifen. Dafür spricht auch, dass die Finanzierungsmöglichkeiten umso mehr einschränkend eingeschätzt werden, je kleiner ein Unternehmen ist.

Neben der bereits angesprochenen bürokratischen Last werden besonders die Energiekosten sowie das Fachkräfteangebot als stark investitionsdämpfend erwähnt. Fast genauso deutlich dämpfen im Mittel auch die Lohnkosten. Sowohl das Fachkräfteangebot wie auch die Lohnkosten werden dabei von den Familienunternehmen als beeinträchtigender eingeschätzt als dies auf Seiten der Nicht-Familienunternehmen der Fall ist.

17 Vgl. den Monatsbericht September 2001 der Deutschen Bundesbank.

18 Vgl. Rathje und Wohlrabe (2017).

Auch hier zeigt sich ein Unterschied nach Größenklassen, welche Tabelle 2 zusammenfasst: So wirkt das Fachkräfteangebot eher dämpfend, je kleiner das Unternehmen ist. Genauso verhält es sich für die steuerlichen Rahmenbedingungen. Bemerkenswerterweise schätzen allerdings sowohl die Unternehmen bis neun sowie die ab 250 Beschäftigten sowohl die Energiekosten, die Absatzlage/-erwartung wie auch die Bürokratie als stärker einschränkend ein als die Unternehmen der Größenklasse dazwischen.

Tabelle 2: Mittelwerte verschiedener Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit von Unternehmen in Deutschland nach Beschäftigtenzahlen (Größenklassen)

Einflussfaktor/Beschäftigtenzahl	0 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	≥ 250
Absatzlage/-erwartung	-0,67	-0,49	-0,42	-0,51
Finanzierungsmöglichkeiten	-0,83	-0,69	-0,51	-0,40
Fachkräfteangebot	-1,21	-1,27	-1,20	-1,05
Regulierungsdichte/Bürokratie	-1,58	-1,47	-1,48	-1,59
Infrastruktur	-0,54	-0,38	-0,29	-0,38
Energiekosten	-1,24	-1,19	-1,15	-1,24
Arbeitskosten/Lohnkosten	-1,14	-1,17	-1,09	-1,12
Steuerliche Rahmenbedingungen	-1,24	-1,05	-1,03	-0,99
Stand der Digitalisierung	-0,93	-0,65	-0,72	-0,66

Saldo aus „Deutliche Dämpfung“ = -2, „Dämpfung“ = -1, „kein Einfluss“ = 0, „Anregung“ = 1, „Deutliche Anregung“ = 2

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Sowohl der Zustand der deutschen Infrastruktur als auch das langsame Voranschreiten der Digitalisierung wird von Experten immer wieder bemängelt. Die befragten Unternehmen schätzen diese beiden Faktoren jedoch durchschnittlich als am wenigsten investitionsbremsend ein. Nach Größenklassen disaggregiert zeigt sich interessanterweise, dass die Unternehmen mit weniger als zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Infrastruktur, insbesondere aber auch den Stand der Digitalisierung, durchschnittlich als stärker dämpfend wahrnehmen, als dies für die Unternehmen mit einer höheren Beschäftigungsanzahl der Fall ist.

Bezüglich der aktuellen Einschätzung der Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland bietet sich ein Vergleich mit dem Stimmungsbild im Jahr 2017 an, weil sich die Antworten auf eine fast identische Frage aus dem entsprechenden Jahresmonitor ergaben. Während die Frage „Welche Faktoren beeinflussen (...) Ihre Investitionstätigkeit in Deutschland in positiver/negativer Richtung?“ im Wortlaut damals identisch war, wurden allerdings andere Faktoren abgefragt. Insgesamt zeigte sich im Jahr 2017 im Vergleich zu heute eine deutlich positivere Stimmung; keiner der Faktoren wurde als überwiegend dämpfend beschrieben.

Mit 31,9 Prozent bewerteten die Unternehmen die Lohnkosten damals als am meisten einschränkend, dicht gefolgt von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit 27 Prozent. Anders als in der aktuellen Befragung schätzten außerdem deutlich mehr Unternehmen viele Faktoren als „ohne Einfluss“ auf die Investitionstätigkeit ein.



*Studie „Investitionsverhalten
und dessen Einflussfaktoren
– Jahresmonitor der Stiftung
Familienunternehmen“ (2017)*

Wie bereits erwähnt dürfte die Verschiebung hin zu einem deutlich negativeren Investitionsklima in diesem Jahr insbesondere auf dem deutlich schwächeren konjunkturellen Umfeld sowie den stark veränderten Rahmenbedingungen wie beispielsweise den gestiegenen Energiekosten beruhen.

3. Verteilung des Investitionsvolumens auf In- und Ausland

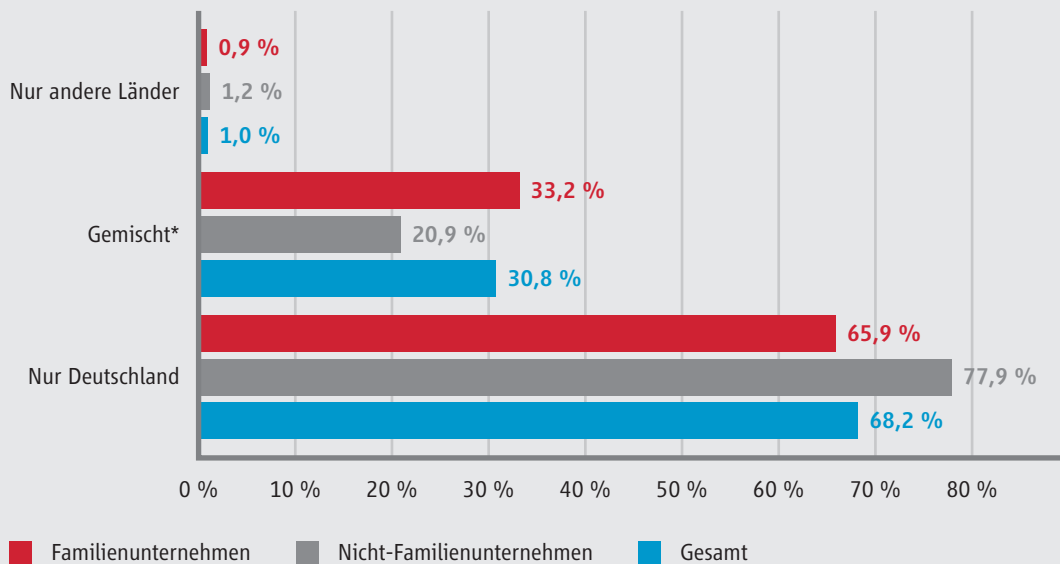
Trotz der insgesamt schlecht ausfallenden Bewertung des Standorts bleibt Deutschland für die Mehrheit der Unternehmen das Hauptziel ihrer Investitionstätigkeit. Insgesamt geben gut zwei Drittel der befragten Unternehmen an, im laufenden Jahr ausschließlich in Deutschland zu investieren, wie aus Abbildung 8 ersichtlich ist. Der Anteil an Unternehmen, der nur im Ausland investiert, ist mit 1,0 Prozent verschwindend gering. 30,8 Prozent der Unternehmen investieren dagegen sowohl in Deutschland wie auch im Ausland. Das Investitionsverhalten in Hinblick auf ihre Auslandsaktivitäten unterscheidet sich dabei je nach Unternehmensform. So diversifiziert mit 33,2 Prozent ein deutlich höherer Anteil der Familienunternehmen im Vergleich zu den Nicht-Familienunternehmen mit 20,9 Prozent ihre Investitionen über das In- und Ausland.

Investieren Unternehmen in Deutschland, so investieren sie durchschnittlich 86,3 Prozent ihres Investitionsvolumens hierzulande. Unternehmen, die sowohl im Inland als auch im Ausland investieren, haben mit 58,7 Prozent einen größeren Teil ihres Investitionsvolumens in Deutschland. Deutschland bleibt somit der bedeutendste Investitionsstandort der befragten Unternehmen.

Außerdem ergibt sich je nach Unternehmensform ein kleiner Unterschied in der geografischen Verteilung des Investitionsvolumens. Während der Anteil des in Deutschland eingesetzten Investitionsvolumens bei den Familienunternehmen leicht unter dem Anteil der Nicht-Familienunternehmen liegt (85,6 Prozent gegenüber 89,2 Prozent), investieren Nicht-Familienunternehmen, die sich nicht nur auf Investitionen innerhalb Deutschlands beschränken, im Schnitt einen leicht geringeren Anteil ihrer Gesamtinvestitionen in Deutschland (54,3 Prozent für Nicht-Familienunternehmen, 59,3 Prozent für Familienunternehmen). Dies deutet an, dass die ausländischen Investitionen von Nicht-Familienunternehmen durchschnittlich gemessen am jeweiligen gesamten Investitionsvolumen größer ausfallen dürften als die von Familienunternehmen. Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass Familienunternehmen zwar häufiger als Nicht-Familienunternehmen ihre Investitionen über Deutschland und das Ausland

verteilen, der Anteil ihrer Investitionen, der in diesem Zuge ins Ausland fließt, allerdings geringer ist als bei ihrem Komplement.

Abbildung 8: Investitionsziele der Unternehmen im Jahr 2023



*„Gemischt“ bezeichnet Unternehmen, die sowohl in Deutschland wie auch im Ausland investieren.
Anzahl der Beobachtungen: 1.437
Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Disaggregiert nach Sektoren sticht der mit 55,5 Prozent vergleichsweise geringe Anteil an Industrieunternehmen hervor, der ausschließlich in Deutschland investiert. Mit 43,8 Prozent ist dementsprechend auch der Anteil der Industrieunternehmen, die ihre Investitionen über Deutschland und das Ausland diversifizieren, am höchsten. Aufgrund der globalisierten Produktionsstruktur vieler Unternehmen im produzierenden Gewerbe sind diese Zahlen wenig überraschend. Im Baugewerbe investieren mit 89,0 Prozent anteilmäßig die meisten Unternehmen ausschließlich in Deutschland.

Abbildung 9 deutet außerdem deutliche Unterschiede zwischen den Investitionszielen der Unternehmen nach Größenklassen an. Während 89,7 Prozent der Unternehmen mit weniger als zehn sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nur in Deutschland investieren, sind es bei den Unternehmen ab 250 Beschäftigten nur noch 43,1 Prozent. Auch der Anteil der Unternehmen, der sowohl im In- wie auch im Ausland investiert, korreliert mit der Unternehmensgröße, allerdings positiv: Der Anteil der Unternehmen steigt von 8,2 Prozent bei den nach Größenklassen kleinsten Unternehmen auf 55,8 Prozent bei den größten Unternehmen (d. h. mit 250 Mitarbeitern oder mehr).

Spannend ist außerdem, dass der Mittelwert des Anteils des Investitionsvolumens aller großer Unternehmen ab 250 Beschäftigten, die in Deutschland investieren, bei 74,7 Prozent liegt. Bei diesen großen Unternehmen, die ihre Investitionen über das In- und Ausland verteilen, liegt er hingegen bei 56,7 Prozent. Bei den Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten liegt der Mittelwert des Anteils am Investitionsvolumen für Deutschland insgesamt zwar bei deutlich höheren 94,1 Prozent. Bei diesen Kleinstunternehmen, die zusätzlich zu Deutschland auch im Ausland investieren, liegt er mit 54,7 Prozent niedriger als bei den nach Beschäftigtenanzahl größten Unternehmen. Unter den Unternehmen, die ihre Investitionen über Deutschland und das Ausland streuen, legen also die Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten durchschnittlich einen größeren Anteil ihres Investitionsvolumens im Ausland an, als dies für große Unternehmen ab 250 Beschäftigten der Fall ist.

Abbildung 9: Investitionsziele der Unternehmen nach Beschäftigtenzahl (Größenklassen)

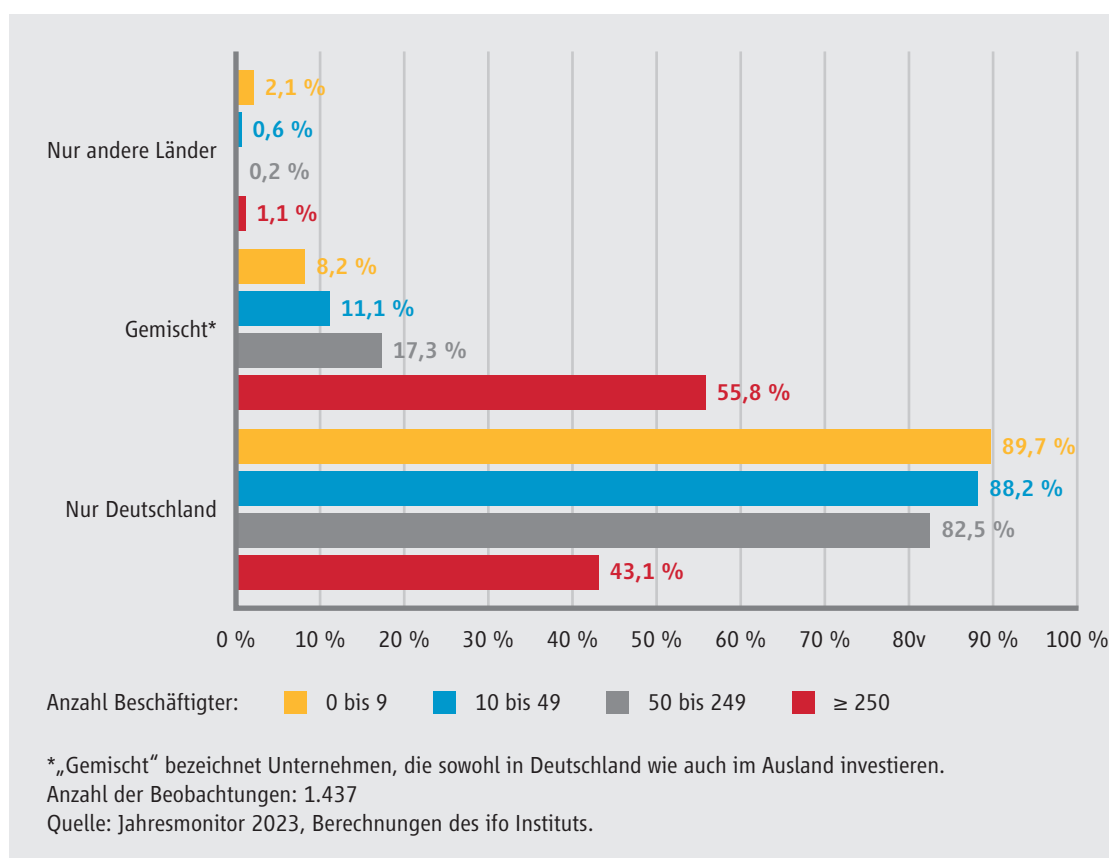


Tabelle 3 präsentiert die sich ergebenden Mittelwerte der Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen im laufenden Jahr, nun geordnet nach geografischer Investitionstätigkeit. Dabei zeigt sich, dass Unternehmen, die nur im Ausland investieren (welche jeweils ca. 1 Prozent aller befragten Unternehmen ausmachen, s. o.), die Faktoren in Deutschland ausnahmslos schlechter bewerten als Unternehmen, die (auch) in Deutschland investieren. Nach der Regulierungsdichte und dem Fachkräfteangebot bewerten die nur im

Ausland investierenden Unternehmen dabei auch die Absatzlage in Deutschland als mit am deutlichsten dämpfend. Unternehmen, die nur in Deutschland investieren, bewerten die Mehrzahl der Faktoren dagegen, verglichen mit den Antworten über die einfache Gesamtheit der Unternehmen aus Tabelle 3, als weniger dämpfend.

Tabelle 3: Mittelwerte der Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit nach geografischem Investitionsfokus

Einflussfaktor/Investitionsziel	Nur in Deutschland	Gemischt	Nur im Ausland	Weiß nicht
Absatzlage/-erwartung	-0,40	-0,66	-1,58	-0,64
Finanzierungsmöglichkeiten	-0,59	-0,44	-1,25	-0,66
Fachkräfteangebot	-1,15	-1,12	-1,70	-1,22
Regulierungsdichte/Bürokratie	-1,51	-1,57	-1,79	-1,62
Infrastruktur	-0,38	-0,40	-0,61	-0,23
Energiekosten	-1,17	-1,30	-1,48	-1,14
Arbeitskosten/Lohnkosten	-1,11	-1,13	-1,28	-1,21
Steuerliche Rahmenbedingungen	-1,04	-1,04	-1,52	-1,12
Stand der Digitalisierung	-0,67	-0,75	-1,51	-0,71

Saldo aus „Deutliche Dämpfung“ = -2, „Dämpfung“ = -1, „kein Einfluss“ = 0, „Anregung“ = 1, „Deutliche Anregung“ = 2

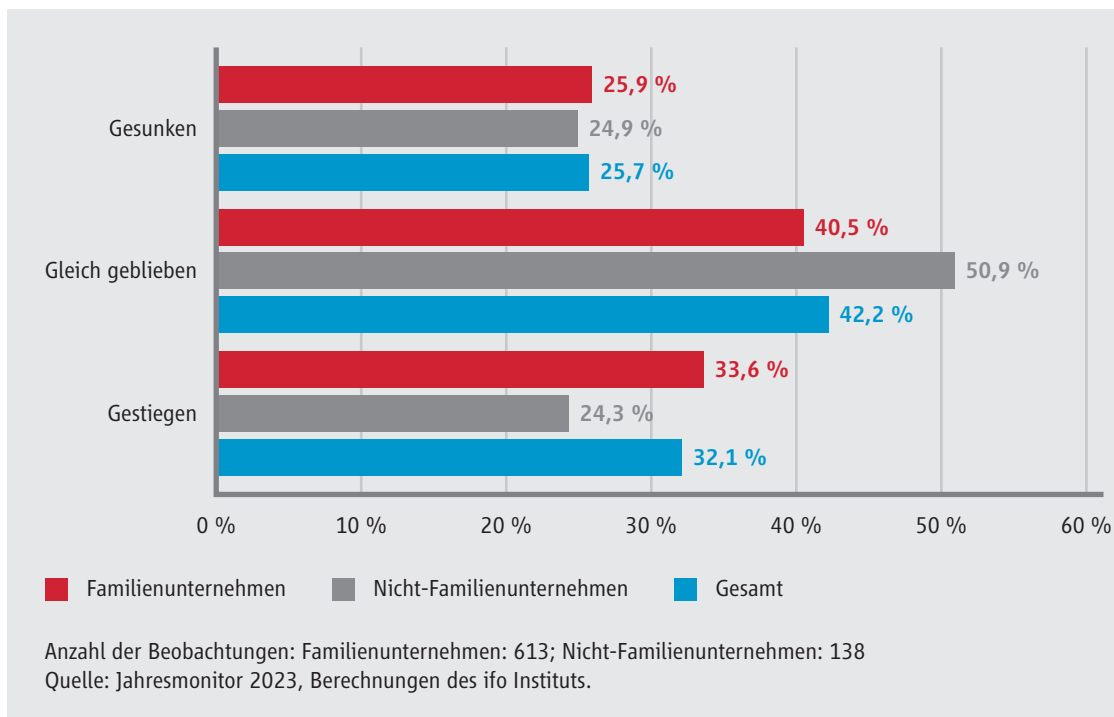
Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Um die vergangene wie auch die zukünftige Entwicklung des Anteils der Investitionen, der auf Deutschland entfällt, näher zu betrachten, werden sowohl die Antworten der Unternehmen, die nur in Deutschland investieren,¹⁹ wie auch die Antworten der Unternehmen, die mit „Weiß nicht“ rückmeldeten, abgezogen.

Für die Mehrheit der übrigen befragten Unternehmen ist der Anteil ihrer Investitionen in Deutschland in den letzten fünf Jahren konstant geblieben oder gestiegen, wie Abbildung 10 illustriert. Auch hier zeigen sich Unterschiede je nach Unternehmensform: Während ein Drittel der Familienunternehmen einen gestiegenen Anteil ihrer inländischen Investitionen angibt, trifft dies auf nur 24,3 Prozent der Nicht-Familienunternehmen zu. Dagegen geben mehr als die Hälfte der Nicht-Familienunternehmen keine Änderung ihres Investitionsanteils in Deutschland über die vergangenen fünf Jahre an. Bei den Unternehmen, die angeben, in diesem Zeitraum anteilmäßig weniger in Deutschland investiert zu haben, ist das Bild sehr einheitlich: Dies trifft auf jeweils circa jedes vierte Unternehmen zu.

¹⁹ Deren Anteil sollte stets 100 Prozent sein.

Abbildung 10: Änderung des Anteils der Investitionen innerhalb Deutschlands in den vergangenen 5 Jahren

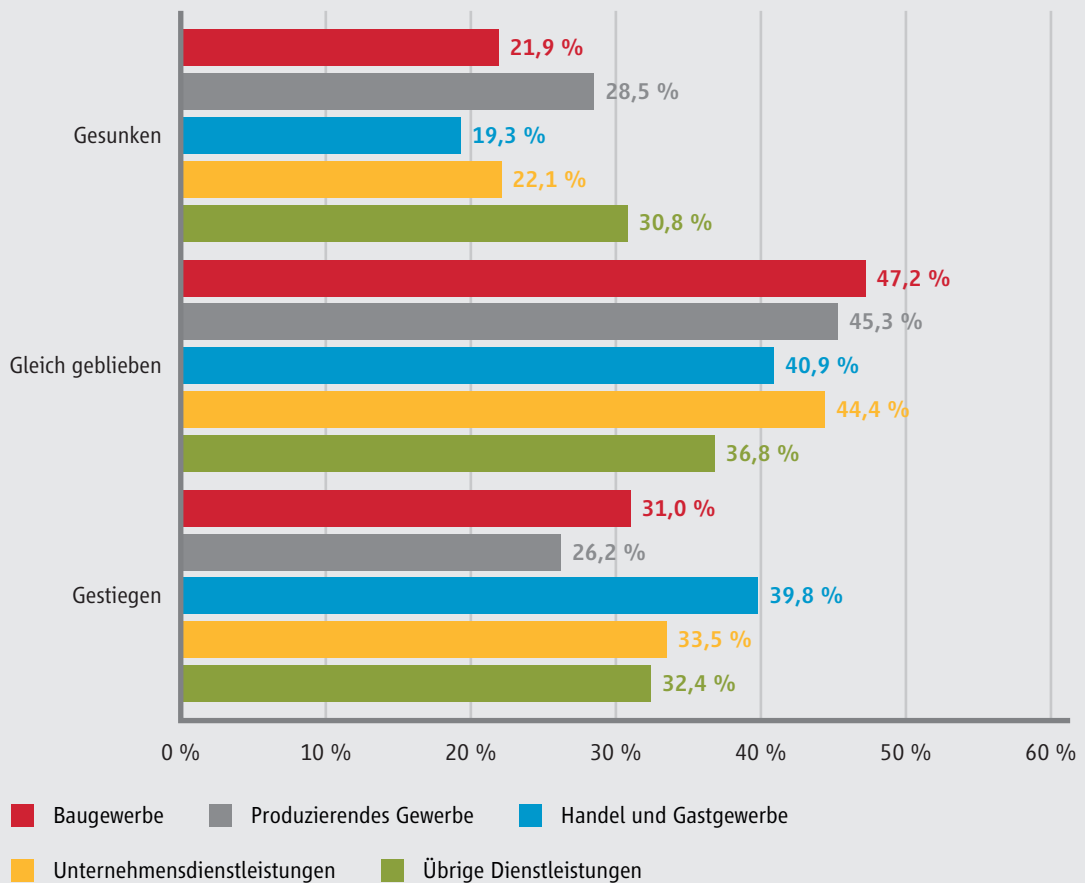


Während 39,8 Prozent der Unternehmen im Handel und Gastgewerbe für die letzten fünf Jahre einen gestiegenen Anteil ihrer Investitionen in Deutschland melden, geben dies nur 26,2 Prozent der Unternehmen der Industrie an, vergleiche Abbildung 11. Jeweils der größte Anteil der Unternehmen in jedem Sektor gibt einen gleichbleibenden Anteil ihrer Inlandsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen über die letzten fünf Jahre an. Mit 30,8 Prozent respektive 28,5 Prozent der jeweiligen Unternehmen haben den Antworten zufolge die übrigen Dienstleister sowie die Industrie ihren Investitionsanteil in Deutschland anteilmäßig am häufigsten verringert. Die Industrie ist dabei im Sektorenvergleich einzigartig: So liegt der Anteil der Industrieunternehmen, der über die vergangenen fünf Jahre den Anteil seiner Investitionen in Deutschland verringert, hat über dem Anteil, der seine Investitionen in Deutschland anteilmäßig ausgeweitet hat. In den übrigen Sektoren war jeweils der Anteil derer, die ihre Investitionen in Deutschland anteilmäßig ausweiteten, größer.

Mit 50,8 Prozent hat sich für die Mehrheit der Unternehmen mit unter zehn Beschäftigten der in Deutschland getätigte Investitionsanteil über die vergangenen fünf Jahre nicht geändert. Mehr als jedes dritte mittelgroße Unternehmen (sowohl die Unternehmen zwischen 10 und 49 Beschäftigten wie auch die Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten) konnten den Anteil ihrer inländischen Investitionen ausweiten. Während der Großteil der Unternehmen ab 250 Beschäftigten seinen Investitionsanteil in Deutschland über die vergangenen fünf Jahre

entweder ausgeweitet oder sogar gesteigert hat, geben auch 27,5 Prozent dieser Unternehmen an, dass ihr Anteil zurückgegangen ist.

Abbildung 11: Änderung des Anteils der Investitionen innerhalb Deutschlands in den vergangenen 5 Jahren nach Sektoren

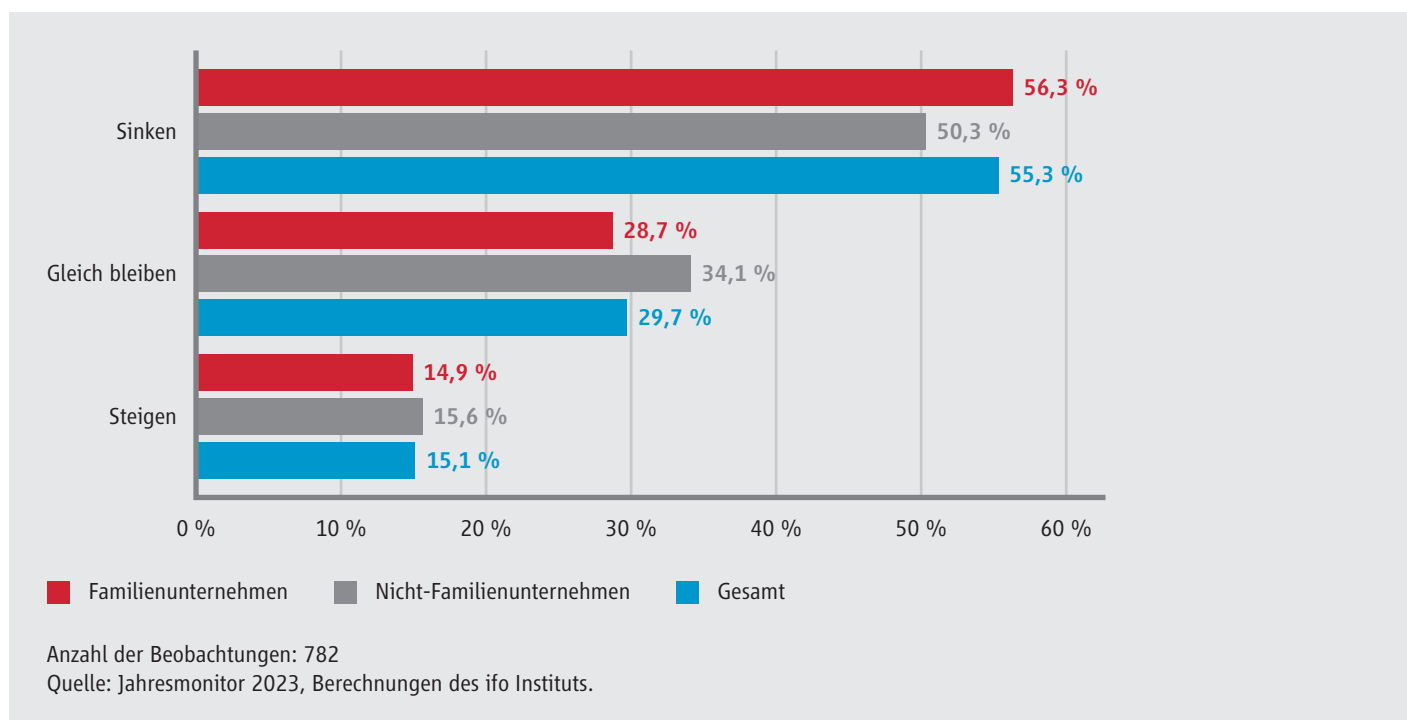


Anzahl der Beobachtungen: 751

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Für die Entwicklung der Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren zeigt sich unter den Unternehmen ein recht einheitliches Bild. Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen plant demnach, den Anteil ihrer ausländischen Investitionen zu erhöhen, wie Abbildung 12 zeigt. Mit 56,3 Prozent liegt der Anteil der Familienunternehmen, der ein Sinken des Anteils der Investitionen in Deutschland voraussieht, dabei geringfügig höher als bei den Nicht-Familienunternehmen mit 50,3 Prozent. Dagegen geht erneut ein größerer Anteil der Nicht-Familienunternehmen davon aus, dass ihr Anteil an Investitionen in Deutschland konstant bleibt. Insgesamt planen nur um die 15,1 Prozent der Unternehmen, anteilsmäßig mehr in Deutschland zu investieren.

Abbildung 12: Veränderung des Anteils der Investitionen innerhalb Deutschlands in den kommenden 5 Jahren

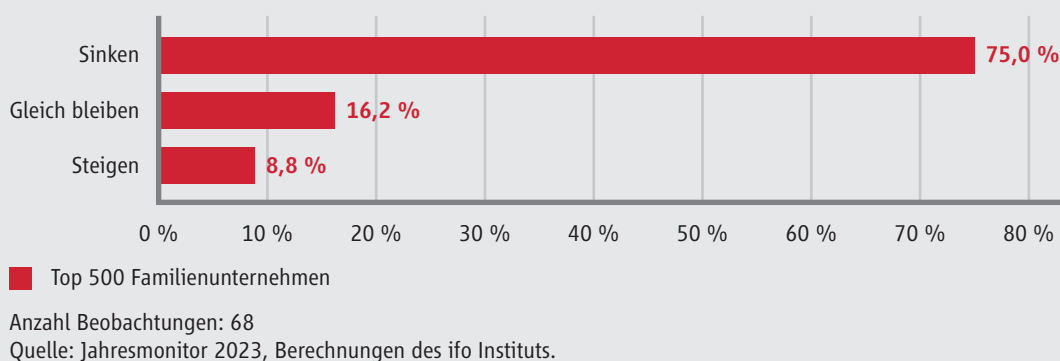


Dieses Bild bestätigt sich über Größenklassen und Sektoren hinweg. Bis auf die übrigen Dienstleister liegt der Anteil der Unternehmen, die mit einer Verringerung ihres Investitionsanteils in Deutschland rechnen, bei allen Sektoren bei über der Hälfte. Der Anteil der Unternehmen der Industrie, der mit einer Verringerung seines inländischen Investitionsanteils rechnet, liegt mit 57,7 Prozent noch im Mittelfeld. Als besonders schwach sehen hingegen die Unternehmensdienstleister ihre zukünftigen Investitionen in Deutschland, von denen 65,1 Prozent von einer Verringerung ihres Anteils an Investitionen in Deutschland ausgehen.

Während die Entwicklung über die letzten fünf Jahre von den Top 500 Familienunternehmen ähnlich der Gesamtentwicklung eingeschätzt wird, weicht das Bild über die zukünftige Entwicklung des Anteils ihrer Investitionen in Deutschland im Vergleich zur Einschätzung der Gesamtheit der befragten Unternehmen deutlich ab. Aus Abbildung 13 ergibt sich, dass nur 8,8 Prozent der befragten Top 500 Familienunternehmen in den kommenden Jahren ihren Investitionsanteil in Deutschland ausweiten möchten. Währenddessen rechnen 75,0 Prozent mit einem Rückgang des Anteils. Dazu muss erwähnt werden, dass unter den Top 500 Familienunternehmen mit 86,8 Prozent verglichen mit der Gesamtheit der Familienunternehmen mit 65,9 Prozent derzeit ein deutlich größerer Anteil sowohl in Deutschland als auch im Ausland investiert. Dagegen ist der Anteil der Top 500 Familienunternehmen, der nur in Deutschland investiert, deutlich geringer (11,8 Prozent). Auch der durchschnittliche Anteil, den Unternehmen, die sowohl im In- wie auch im Ausland investieren, in Deutschland investieren, liegt

mit 54,6 Prozent bei den Top 500 Familienunternehmen leicht unter dem Anteil, den die Gesamtheit der Familienunternehmen in Deutschland investiert.

Abbildung 13: Veränderung des Anteils der Investitionen der Top 500 Familienunternehmen innerhalb Deutschlands in den kommenden 5 Jahren



II. Investitionsstandorte im Ausland

Um den Auslandsanteil der Investitionstätigkeit der befragten Unternehmen genauer lokalisieren zu können, wurden die teilnehmenden Unternehmen nach ihren Hauptinvestitionszielen außerhalb Deutschlands gefragt. Um etwaige Verschiebungen in den ausländischen Investitionszielen abzubilden, wurde die Frage sowohl für das Jahr 2023 wie auch für die kommenden fünf Jahre gestellt. Als Antwort konnten jeweils maximal drei Länder in Rangfolge genannt werden. Die geografische Verteilung der Antworten sind in Abbildung 14 nach ihrer Häufigkeit dargestellt.

Unter den Ländern außerhalb Deutschlands, in welchen die befragten Unternehmen im laufenden Jahr hauptsächlich investieren, nehmen die USA mit 19,1 Prozent aller Nennungen mit Abstand den ersten Rang ein. Die zweithäufigste Erwähnung erhält Polen, wo 11,5 Prozent der Unternehmen investieren, noch deutlich vor China mit 7,1 Prozent. Von mehr als fünf Prozent der Unternehmen werden außerdem die europäischen Nachbarländer Schweiz, Niederlande, sowie Tschechien als bevorzugtes Ziel für Auslandsinvestitionen genannt.

Auch auf dem zweiten Rang der Investitionszielländer werden die USA mit 15,5 Prozent am häufigsten genannt. Dicht gefolgt von China als das Land, in welches aktuell der zweitgrößte Anteil der Auslandsinvestitionen fließen dürfte (13,8 Prozent aller Antworten). Den dritten Platz des zweiten Ranges belegt mit 9,3 Prozent Indien. Auch Polen punktet bei 6,7 Prozent aller Unternehmen erneut als zweitbeliebtestes Investitionsland.

Der dritte und letzte Rang der Liste der Länder, in die der größte Anteil der Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen im Jahr 2023 fließt, wird mit 12,9 Prozent von Indien angeführt. Darauf folgt China mit 8,5 Prozent aller Nennungen. Erneut werden auch die USA von 6,5 Prozent und Polen von 5,6 Prozent der Unternehmen genannt.

Auch für die kommenden fünf Jahre werden die USA als Hauptziel deutscher Unternehmensinvestitionen im Ausland genannt. Die meistgenannten Länder in der Rangfolge für die kommenden fünf Jahre sind in Abbildung 15 hervorgehoben. Mit 26,2 Prozent aller Angaben für den ersten Rang und dem deutlichen Abstand zum zweitplatzierten Polen (10,3 Prozent) dürften die USA in naher Zukunft nochmal deutlich mehr deutsche Investitionen anziehen. Zunächst dürfte angenommen werden, dass die USA als Investitionsstandort besonders von den lockenden Subventionen für klimafreundliche Investitionen im Rahmen des Inflation Reduction Act (IRA) profitieren. Außerdem dürften auch die im Vergleich zu Deutschland und anderen europäischen Ländern niedrigeren Energiekosten eine Rolle spielen.

Auch die Rangliste des Länderindex Familienunternehmen 2023²⁰ wird von den USA angeführt, neben der Energie wird dort die geringe Regulierungsdichte als starkes Plus aufgeführt. Allerdings wird von den Autoren auch vor den in den USA überdurchschnittlich hohen Inflations- und dem dadurch hohen Lohndruck gewarnt: Die Unternehmen, die die in Deutschland hohen Lohnkosten als stark dämpfend empfinden, sollten bei potenziellen Investitionsverlagerungen in die USA also nicht mit sinkenden Lohnkosten rechnen.

Der größte Unterschied zwischen der Rangfolge der beliebtesten Investitionsländer im laufenden Jahr und der Rangfolge für die kommenden fünf Jahre ist die Rolle Indiens: So wird das Land noch vor China am dritthäufigsten auf dem ersten Platz der zukünftigen Hauptinvestitionsländer genannt. Außerdem belegt es nach China und den USA auch den dritten Platz des zweiten Ranges und wird am häufigsten von allen Unternehmen auf dem dritten Rang erwähnt. Die Bedeutung Indiens als Ziel deutscher Unternehmensinvestitionen dürfte dementsprechend zulasten Chinas deutlich zunehmen. Während in China die politische Stabilität zunehmend als Risiko gesehen wird, schätzen deutsche Investoren laut „German Indian Business Outlook 2023“²¹ genau diese an Indien. Demnach sind außerdem die exzellent ausgebildeten Fachkräfte, sowie die vergleichsweise niedrigen Lohnkosten ausschlaggebende Faktoren für deutsche Unternehmensinvestitionen in Indien.

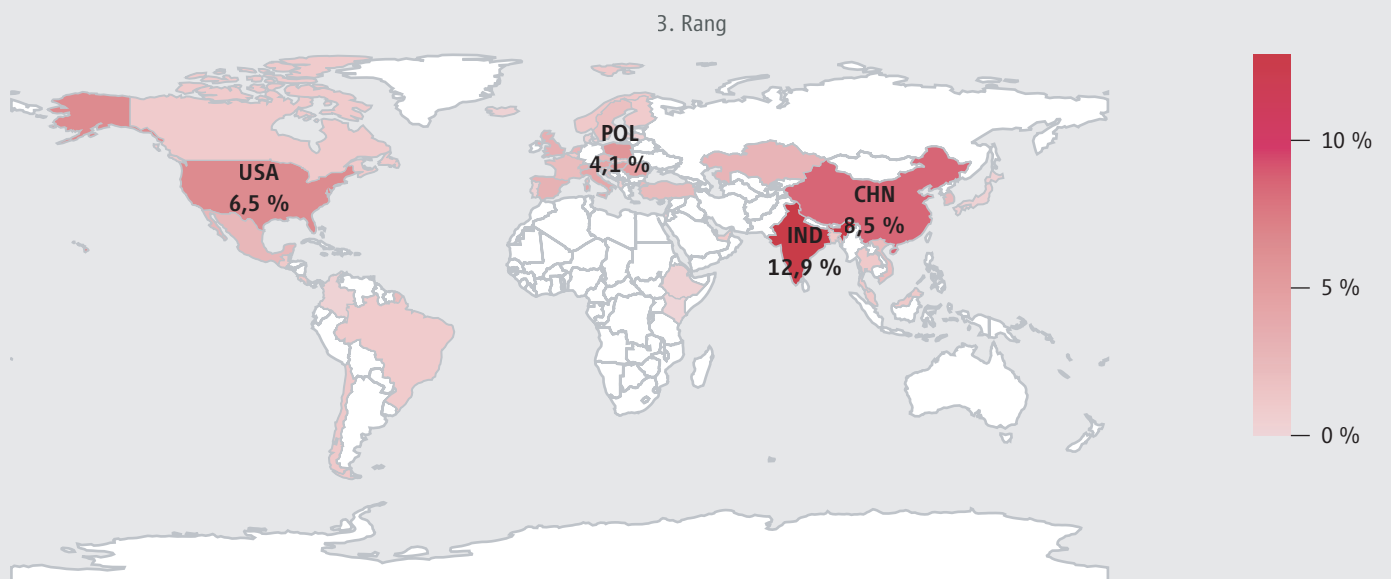
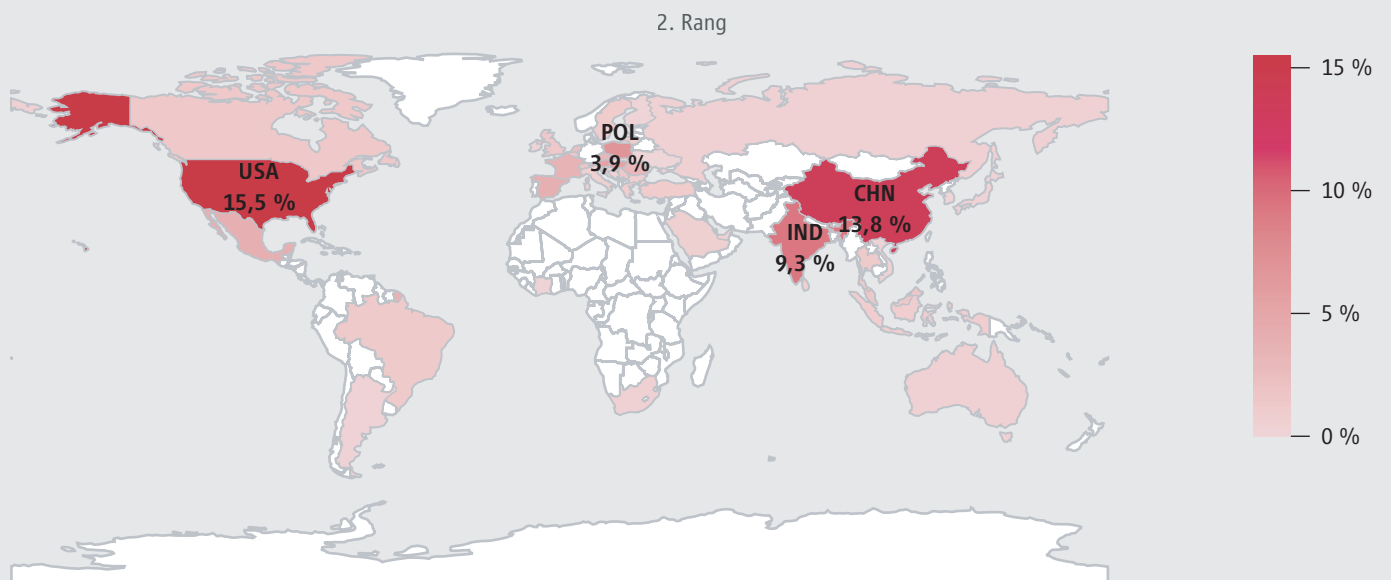
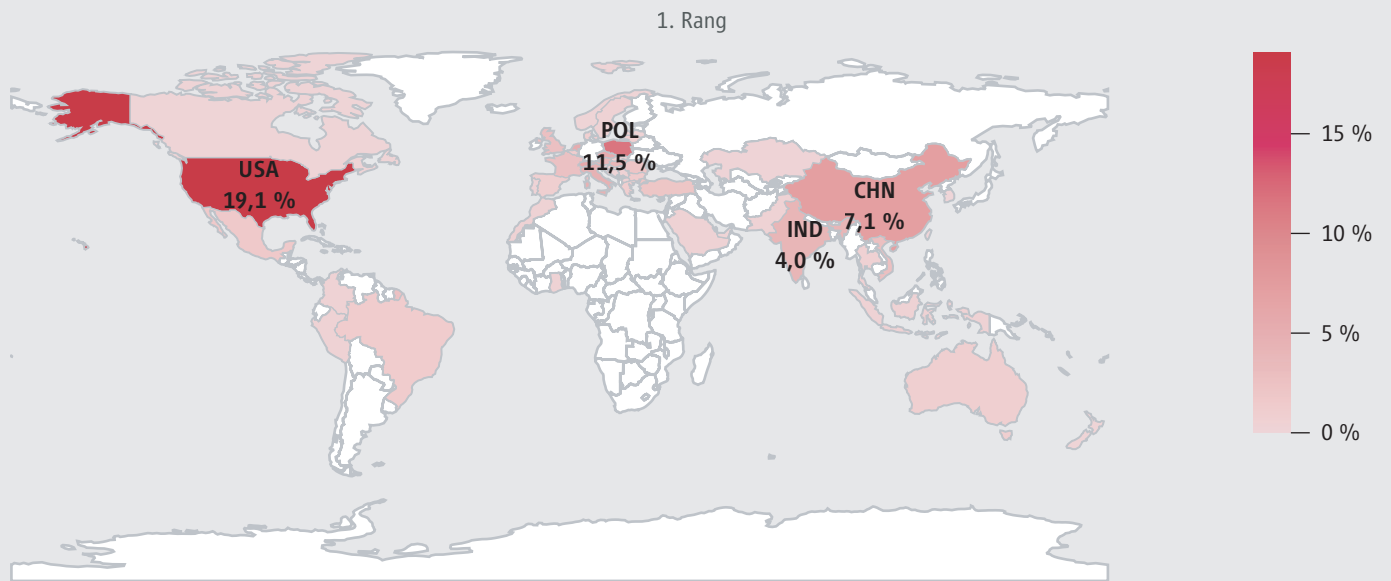


Studie „Länderindex
Familienunternehmen,
9. Auflage“ (2023)

20 Fischer et al. (2023).

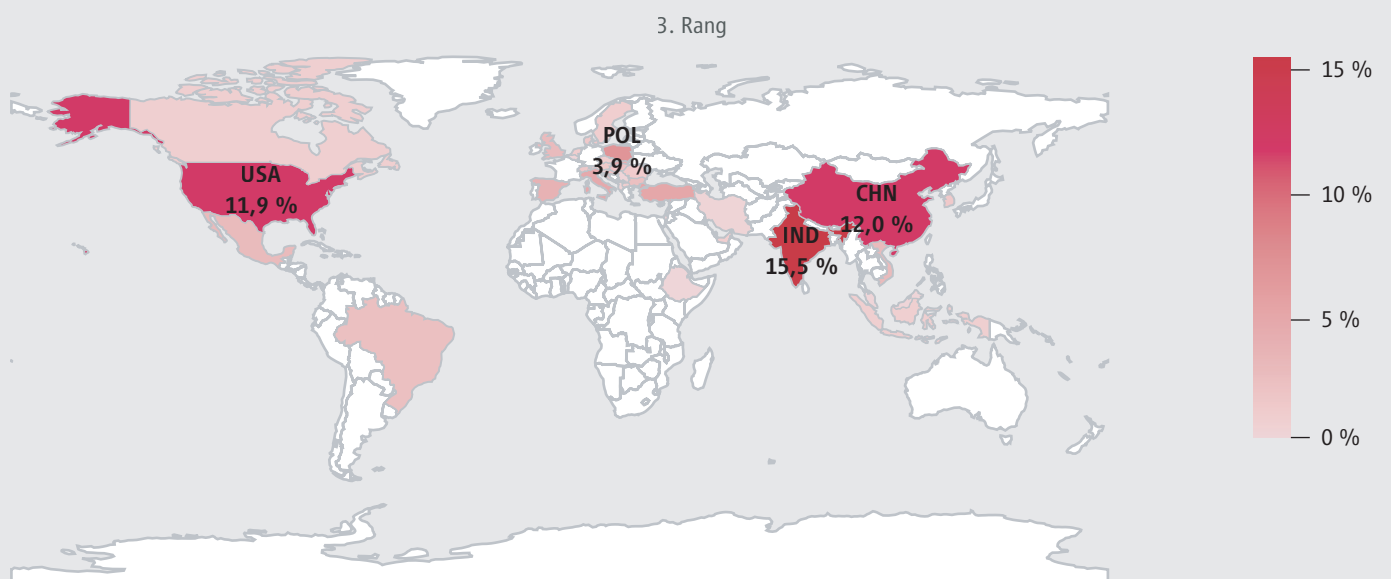
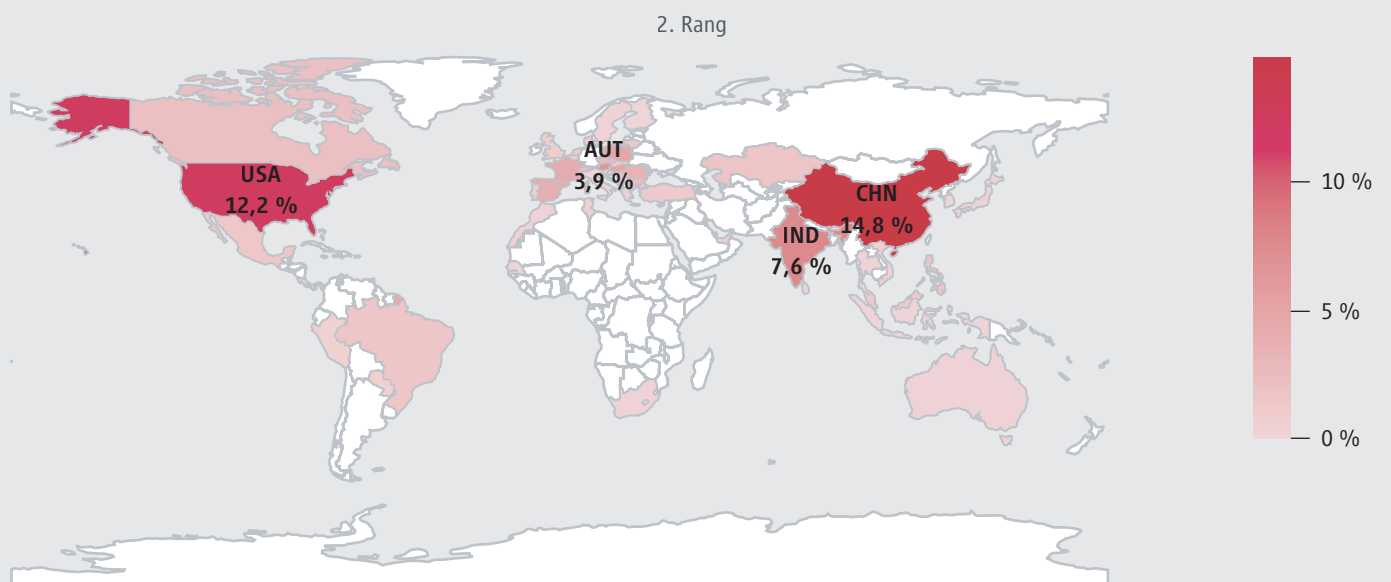
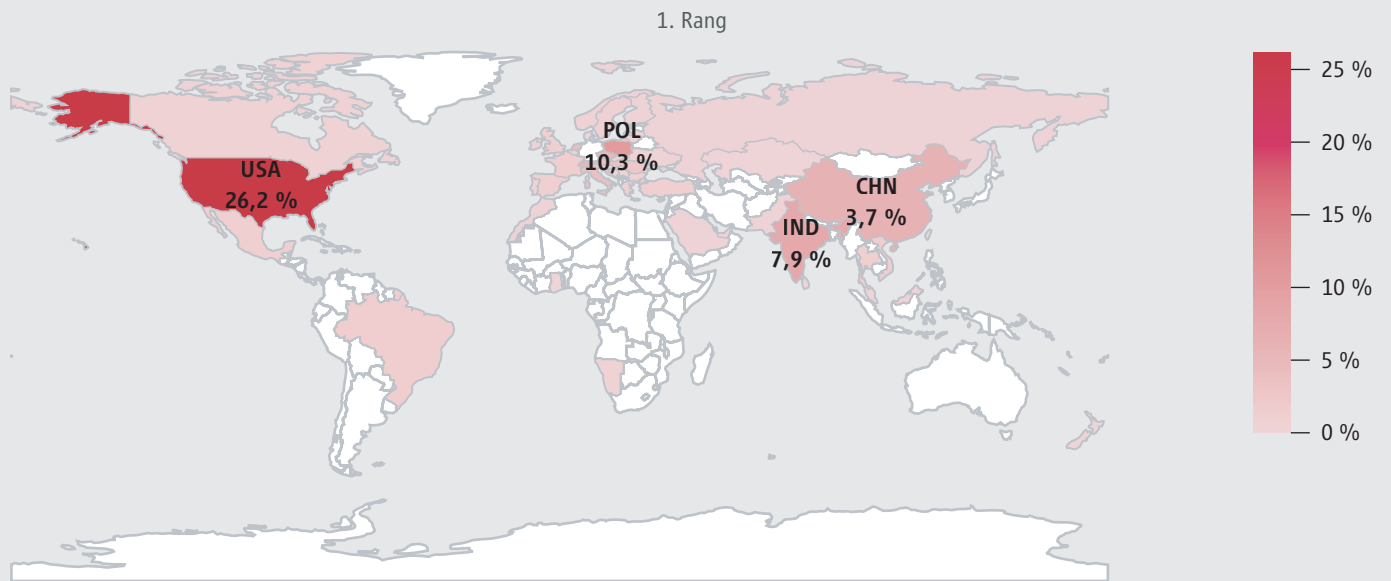
21 KPMG AG und Deutsch-Indische Handelskammer (2023).

Abbildung 14: Rangfolge der Zielländer für gegenwärtige Auslandsinvestitionen (2023) deutscher Unternehmen



Anzahl der Beobachtungen: 1. Rang: 315; 2. Rang: 221; 3. Rang: 133
Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

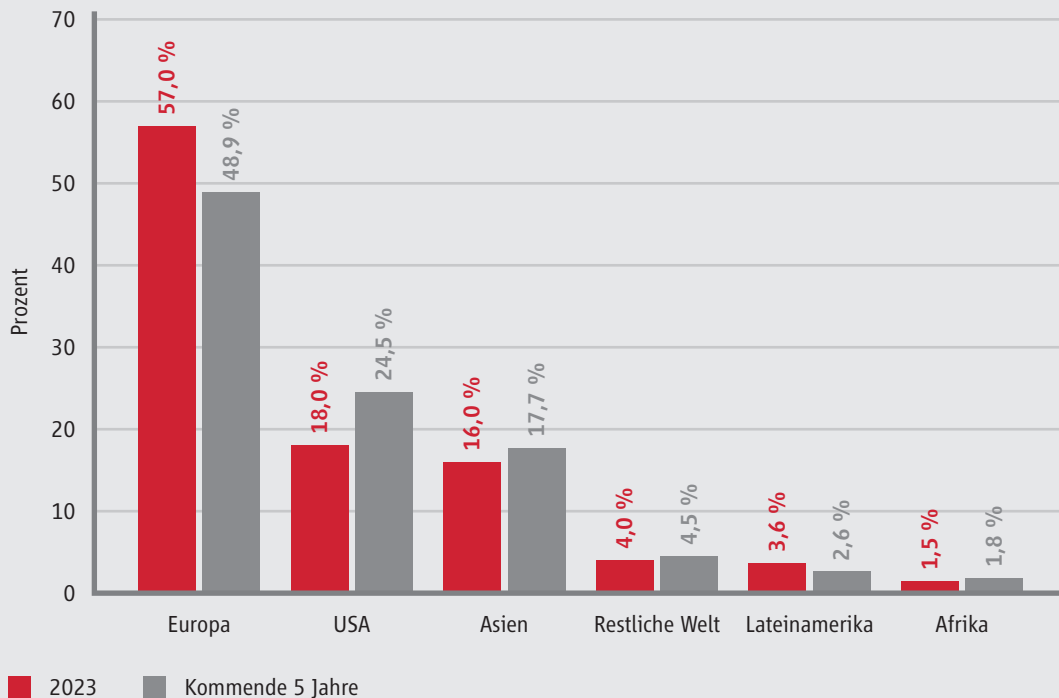
Abbildung 15: Rangfolge der Zielländer für Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen in den kommenden 5 Jahren



Anzahl der Beobachtungen: 1. Rang: 354; 2. Rang: 262; 3. Rang: 166
Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Interessant ist auch die häufige Nennung Polens als Hauptziel deutscher Auslandsinvestitionen. Das Land dürfte neben der Nähe zum heimischen Markt und Steuervergünstigungen im Rahmen des EU-regionalen-Konvergenzprogrammes besonders durch seine vielen qualifizierten Fachkräfte deutsche Unternehmen zu dortigen Investitionen bewegen.²²

Abbildung 16: Überblick zur Veränderung der Auslandsinvestitionen nach Regionen in den kommenden 5 Jahren



Anzahl der Beobachtungen „2023“: 329
 Anzahl der Beobachtungen „in den kommenden fünf Jahren“: 374
 Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Zusammengefasst nach Regionen zeigt Abbildung 16, dass sich für die kommenden fünf Jahre im Vergleich zum Jahr 2023 eine Verschiebung der Investitionstätigkeit zulasten von Standorten in Europa (ohne Deutschland) zugunsten der USA anbahnt. Auch Asien dürfte geringfügig als Investitionsstandort an Bedeutung gewinnen. Dabei ist abzuwarten, inwieweit Investitionen innerhalb dieser Region von China nach Indien verschoben werden. Insgesamt zeigt sich auch, dass deutsche Unternehmen nur sehr geringfügig im globalen Süden investieren. Während Investitionen nach Lateinamerika wohl über die kommenden Jahre abnehmen dürften, möchten in den kommenden fünf Jahren etwas mehr Unternehmen in Afrika investieren als dies aktuell der Fall ist.

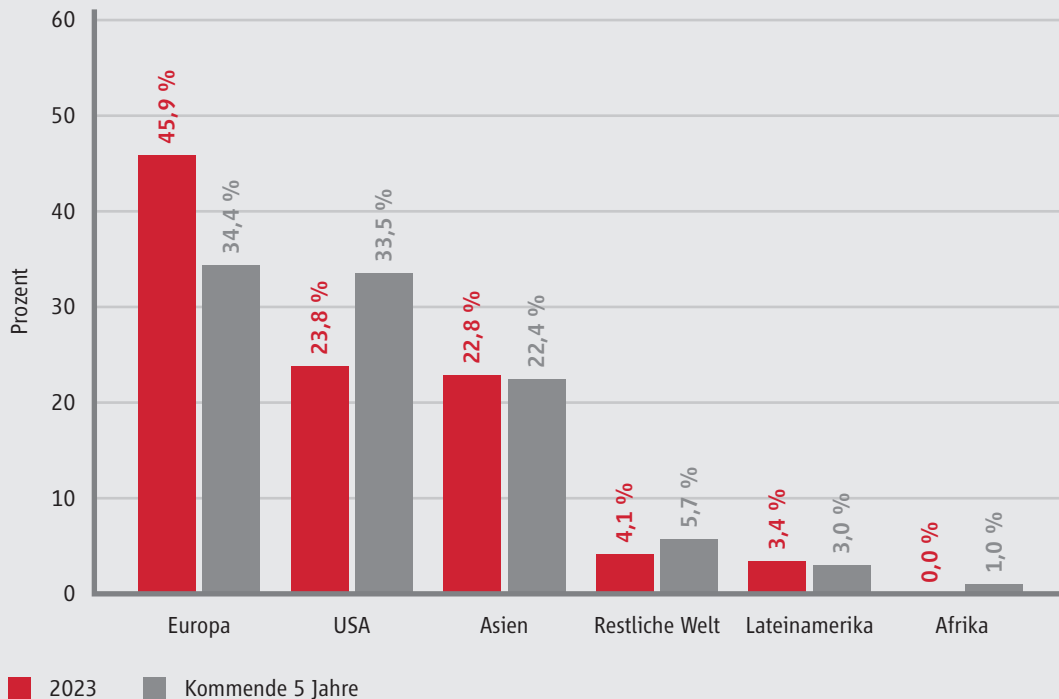
22 Tagesschau (2023a).

Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass mit 20,6 Prozent ein größerer Anteil der Top 500 Familienunternehmen die USA auf dem ersten Rang ihrer ausländischen Hauptinvestitionsstandorte nennt als dies bei der Gesamtheit der Familienunternehmen (17,9 Prozent) der Fall ist. Dagegen wird Polen, welches jeweils am zweithäufigsten genannt wird, von den Top 500 Familienunternehmen weniger erwähnt. Auch für die kommenden fünf Jahre sticht eine Besonderheit in der Gruppe der Top 500 Familienunternehmen hervor: So dürfte ein größerer Anteil der Top 500 Familienunternehmen in der nahen Zukunft in China investieren als dies unter den Familienunternehmen insgesamt der Fall sein wird. Dabei geben 11,9 Prozent der Top 500 Familienunternehmen China als Hauptinvestitionsziel an, bei den Familienunternehmen insgesamt sind es nur 5,6 Prozent.

Immer wieder wurde in den Medien zuletzt über eine drohende Deindustrialisierung Deutschlands debattiert. Zwar bleibt Deutschland für die Industrie mit 55,5 Prozent der Industrieunternehmen, die ausschließlich in Deutschland investieren, auch im laufenden Jahr der Hauptinvestitionsstandort. Jedoch möchten rund 44 Prozent der Industrieunternehmen, die ihre Investitionen über Deutschland und das Ausland verteilen, in den nächsten Jahren ihren Anteil an Investitionen in Deutschland reduzieren (vgl. Abschnitt C.I.3.).

Im Vergleich der ausländischen Investitionsregionen aktuell und in den kommenden fünf Jahren in Abbildung 17 fällt auf, dass diese Investitionsverlagerungen wohl nicht ins europäische Ausland geplant sind: Bedeutend weniger Industrieunternehmen möchten in den kommenden fünf Jahren in Europa investieren als im Jahr 2023 (-11,5 Prozentpunkte). Dies geht hauptsächlich zugunsten der USA, welche im Vergleich zum laufenden Jahr eine fast 10 Prozentpunkte höhere Anzahl an Nennungen für die kommenden fünf Jahre verzeichnen. Darüber hinaus soll in Afrika sowie der restlichen Welt über die nächsten Jahre ebenso geringfügig mehr investiert werden. Hingegen dürften die Investitionen nach Asien in geringem Umfang sinken. Der Zuwachs des Anteils der Unternehmen, die für die kommenden fünf Jahre Investitionen in den USA planen, fällt im verarbeitenden Gewerbe nochmals deutlich höher aus als für die Gesamtheit der Unternehmen.

Abbildung 17: Zielregionen des verarbeitenden Gewerbes bei Auslandsinvestitionen (2023 und in den kommenden 5 Jahren)



Anzahl der Beobachtungen „2023“: 103
 Anzahl der Beobachtungen „in den kommenden fünf Jahren“: 117
 Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

1. Potenzielle Verlagerung von Arbeitsplätzen

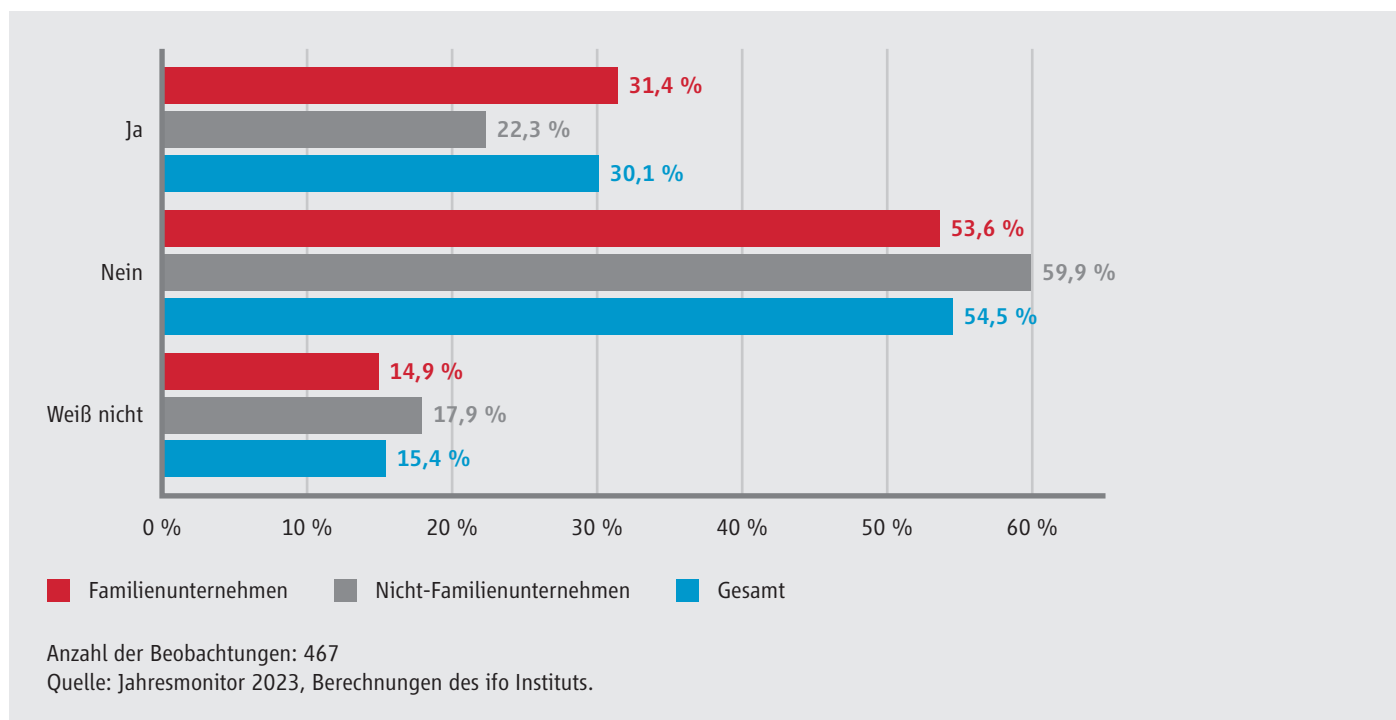
Im Zusammenhang mit den Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland ist es auch notwendig zu untersuchen, inwiefern sich die Standortwahl in einer möglichen Verlagerung von Arbeitsplätzen widerspiegelt.

Zwar beabsichtigt mit 54,5 Prozent die Mehrheit der Unternehmen unmittelbar keine Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland, wie aus Abbildung 18 hervorgeht. Allerdings liegt der Anteil der Unternehmen, welcher derzeit Arbeitsplatzverlagerungen plant, bei 30,1 Prozent. Beachtlich ist außerdem der mit 15,4 Prozent große Anteil an Unternehmen, der angibt, nicht zu wissen, ob im Zusammenhang mit ihren Auslandsinvestitionen auch Arbeitsplatzverlagerungen geplant sind.

Bevor die Ergebnisse weiter analysiert werden, muss festgehalten werden, dass die 30,1 Prozent der Unternehmen, die Arbeitsplatzverlagerungen planen, in absoluten Zahlen einer Anzahl von nur 140 Unternehmen entsprechen. Dementsprechend ist die Aussagekraft der weiteren Charakterisierung dieser Unternehmen beschränkt. Da der Unterschied zum Jahresmonitor 2017,

als eine weitaus deutlichere Mehrheit an Unternehmen Pläne für Arbeitsplatzverlagerungen verneint hatte, jedoch auffallend ist, werden die Unternehmen, die Arbeitsplatzverlagerungen planen, im Folgenden genauer betrachtet.

Abbildung 18: Planung der Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland



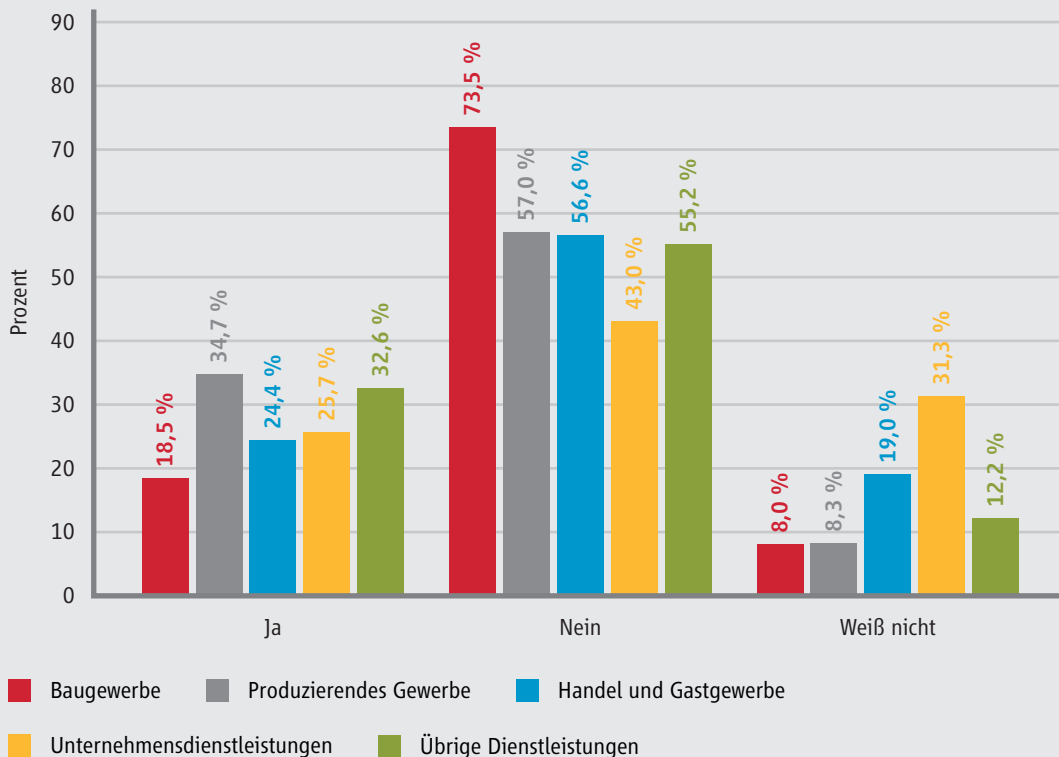
So zeigt sich beispielsweise, dass sich die Pläne zur Arbeitsplatzverlagerung zwischen den Familienunternehmen und ihrem Komplement unterscheiden. Mit 31,4 Prozent liegt der Anteil der Familienunternehmen mit der Absicht von Arbeitsplatzverlagerungen über dem Anteil der Nicht-Familienunternehmen (22,3 Prozent). Dementsprechend ist auch der Anteil der Nicht-Familienunternehmen, der keine Verschiebung von Arbeitsplätzen plant, höher als der der entsprechenden Familienunternehmen (59,9 Prozent gegenüber 53,6 Prozent).

Der größte Anteil an Unternehmen mit Plänen zur Arbeitsplatzverlagerung findet sich mit 34,7 Prozent im produzierenden Gewerbe, dicht gefolgt von den übrigen Dienstleistern mit 32,6 Prozent (vgl. Abbildung 19). Der kleinste Anteil findet sich mit 18,5 Prozent im Baugewerbe. Große Unsicherheit bezüglich möglicher Arbeitsplatzverlagerungen weisen die Unternehmensdienstleister auf, 31,3 Prozent der Unternehmen dieses Sektors geben an, nicht zu wissen, ob im Zusammenhang von Auslandsinvestitionen auch Arbeitsplatzverlagerungen geplant sind.



Studie „Investitionsverhalten und dessen Einflussfaktoren – Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“ (2017)

Abbildung 19: Planung der Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland nach Sektoren



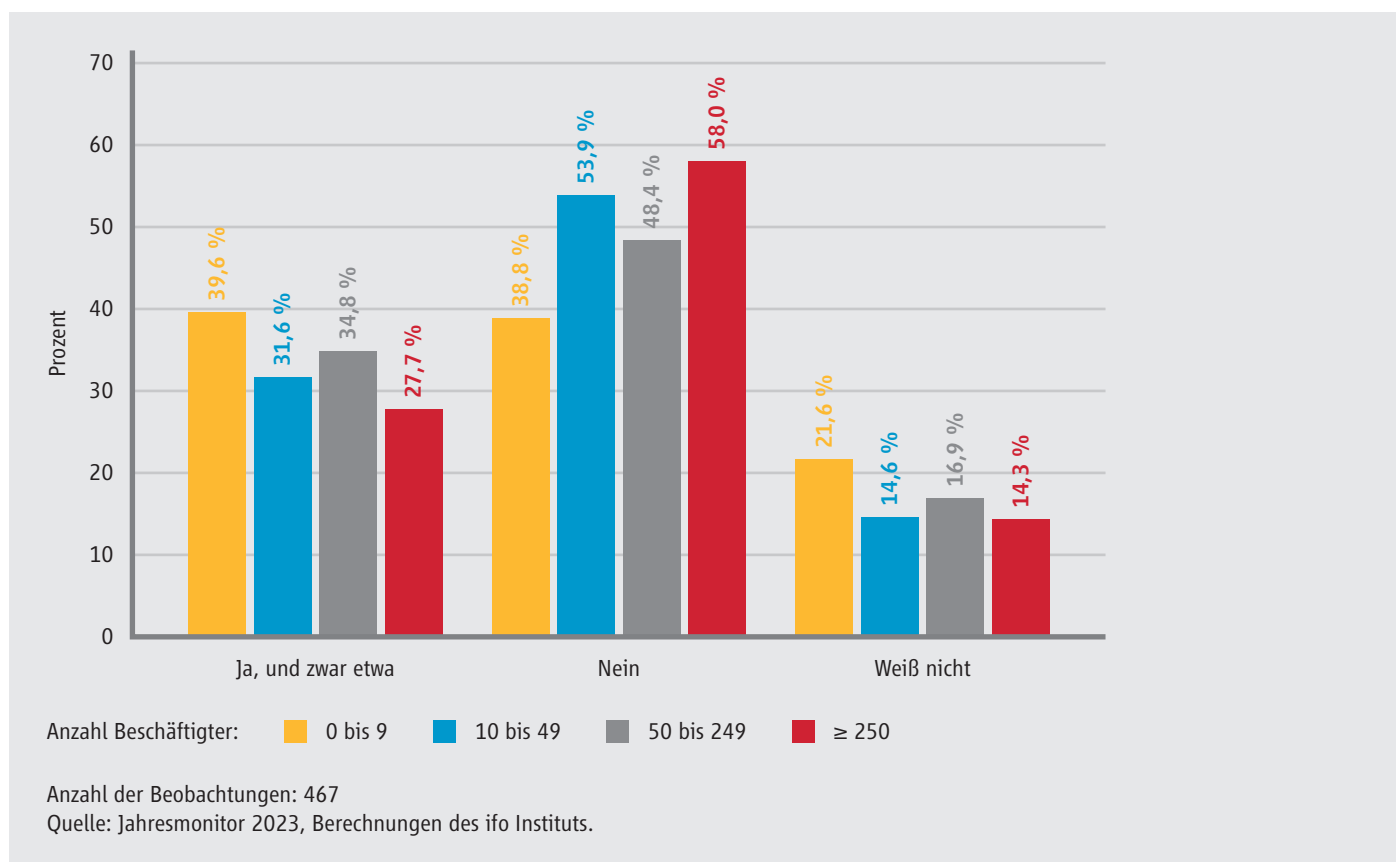
Anzahl der Beobachtungen: 467

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Beim Vergleich unter Größenklassen, dargestellt in Abbildung 20, fällt auf, dass besonders die kleinen Unternehmen mit einer Beschäftigtenanzahl von unter zehn mit 39,6 Prozent einen hohen Anteil an Unternehmen aufweisen, welche die Verlagerung von inländischen Arbeitsplätzen ins Ausland planen. Auch bei den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten liegt dieser Anteil mit 34,8 Prozent hoch. Bei den Unternehmen ab 250 Beschäftigten liegt der Anteil hingegen mit 27,7 Prozent über 10 Prozentpunkte tiefer. Außerdem verneinen 58 Prozent dieser großen Unternehmen klar etwaige Pläne für Arbeitsplatzverlagerungen.

Im Kontext der Arbeitsplatzverlagerung ist die Quantifizierung des Ausmaßes der inländisch wegfallenden Arbeitsplätze von besonderem Interesse. Daher wurden die Unternehmen, die die Planung der Verlagerung von Arbeitsplätzen bejahen, um eine Angabe über den betroffenen Anteil der inländischen Arbeitsplätze gebeten. Hieraus ergibt sich, dass die Unternehmen durchschnittlich mit einer Verlagerung von 23,4 Prozent ihrer aktuellen inländischen Arbeitsplätze rechnen. Die Spannweite der Angaben zum Anteil der geplanten Verlagerung inländischer Arbeitsplätze ins Ausland reicht dabei von 2 Prozent bis hin zu 100 Prozent.

Abbildung 20: Planung der Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland nach Beschäftigtenanzahl (Größenklassen)



Da die Unternehmen in einem statistischen Teil der Jahresmonitorumfrage auch jeweils zu ihrer aktuellen Anzahl inländischer Beschäftigter befragt werden, lässt sich das Ausmaß der geplanten Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland zusätzlich auch an der durchschnittlich geplanten Anzahl wegfallender Arbeitsplätze in Deutschland quantifizieren. Dafür wird jeweils der angegebene Anteil der zu verlagernden inländischen Arbeitsplätze mit den angegebenen inländischen Mitarbeitern in Relation gesetzt. Daraus ergibt sich, dass pro Unternehmen, welches die Verlagerung von Arbeitsplätzen plant, durchschnittlich 45 inländische Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden dürften. Auch hier soll noch einmal daran erinnert werden, dass die Aussagekraft dieser Ergebnisse aufgrund der geringen absoluten Anzahl an Unternehmen, die Arbeitsplatzverlagerungen planen, beschränkt sein dürfte.

Dennoch soll kurz auf die Ergebnisse eingegangen werden, denn das Ausmaß der Verlagerung von Arbeitsplätzen unterscheidet sich zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen: Die durchschnittliche Anzahl der betroffenen Arbeitsplätze bei den Familienunternehmen fällt deutlich geringer als bei den Nicht-Familienunternehmen aus (38 gegenüber 150 wegfallende Arbeitsplätze).

Die mit Abstand größte Anzahl an inländischen Arbeitsplätzen, denen eine Verlagerung ins Ausland droht, ist mit durchschnittlich 158,9 Plätzen pro Unternehmen im produzierenden Gewerbe zu finden. Auch bei den Unternehmensdienstleistern wird durchschnittlich die Verlagerung von über 100 Arbeitsplätzen ins Ausland geplant. Am wenigsten betroffen sind Arbeitsplätze im Handel und Gastgewerbe, hier werden durchschnittlich 14 Arbeitsplätze ins Ausland fallen.

2. Hauptgründe für Auslandsinvestitionen

Die Frage nach den Hauptgründen für Investitionen im Ausland erscheint besonders vor dem Hintergrund, dass viele Faktoren am Standort Deutschland von den befragten Unternehmen als investitionshemmend empfunden werden, als aufschlussreich.

Zwar steht mit 53,4 Prozent der Angaben für die Mehrheit der Unternehmen, welche Auslandsinvestitionen tätigen, die Erschließung neuer Märkte im Vordergrund. Dicht darauf wird allerdings von 44,9 Prozent der befragten Unternehmen die geringere staatliche Regulierung als Motivation für Investitionen im Ausland genannt. Nur knapp dahinter folgt die Senkung der Lohnkosten, welche für 44,5 Prozent der Unternehmen ein zentrales Motiv für Auslandsinvestitionen darstellt. Die Lohnkosten scheinen damit für Investitionen im Ausland deutlich ausschlaggebender zu sein als potenziell niedrigeren Energiekosten, welche fast jedes dritte Unternehmen als Grund angibt. Damit liegen die Energiekosten allerdings für die Unternehmen insgesamt noch vor den Fachkräften und steuerlichen Rahmenbedingungen, welche jeweils 27,8 Prozent beziehungsweise 24,2 Prozent aller Angaben ausmachen. Die Senkung sonstiger Kosten, sowie das Subventionsumfeld sind für die Unternehmen am wenigsten ausschlaggebend für Auslandsinvestitionen.

Vor dem Hintergrund der medialen Debatten über einen drohenden Subventionswettbewerb der USA und Europa aufgrund des IRAs erscheint der kleine Anteil an Unternehmen, der „attraktiveres Subventionsumfeld“ als Hauptgrund für Investitionen im Ausland angibt, gering. Es zeigt sich, dass die Energiepreise und Lohnkosten sowie Regulierungsintensität im Durchschnitt aller Unternehmen deutlich stärker für die ausländische Standortattraktivität wiegen als Subventionen. Besonders erstaunlich ist dies auch im Kontext der vielen Nennungen der USA als Hauptziel von Auslandsinvestitionen (vgl. Abschnitt C.II.). Da die USA im Länderindex Familienunternehmen 2023²³ aber gerade besonders gut bei den Energiekosten sowie der geringen staatlichen Regulierung abschneidet, dürfte ihre Beliebtheit als Investitionsziel somit besonders auf diesen beiden Faktoren beruhen.

23 Vgl. Fischer et al. (2023).

Tabelle 4: Hauptgründe für Investitionen im Ausland nach Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen

Hauptgrund/Unternehmensform	Familienunternehmen	Nicht-Familienunternehmen	Gesamt
Erschließung neuer Märkte	53,80	51,37	53,44
Weniger staatliche Regulierung	48,62	23,87	44,89
Senkung der Lohnkosten	43,85	48,26	44,52
Niedrigere Energiekosten	31,93	26,08	31,05
Fachkräfte/Arbeitskräfte	26,71	33,73	27,77
Günstigere steuerliche Rahmenbedingungen im Ausland	25,49	17,02	24,21
Senkung „sonstiger Kosten“	13,92	3,23	12,31
Attraktiveres Subventionsumfeld	9,91	21,61	11,67

Nennungen in Prozent der befragten Unternehmen
 Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Die Hauptgründe für Auslandsinvestitionen unterscheiden sich zwischen Familienunternehmen und ihrem Komplement deutlich. An erster Stelle steht zwar für beide die Erschließung neuer Märkte, die geringere staatliche Regulierung ist allerdings mit 48,6 Prozent für einen deutlich größeren Anteil der Familienunternehmen ausschlaggebend als für Nicht-Familienunternehmen. Bei Letzteren wird die Regulierungsintensität nur von 23,8 Prozent als Hauptgrund genannt. Bedeutendere Motivationsgründe für Investitionen im Ausland sind für die Nicht-Familienunternehmen hingegen die Senkung der Lohnkosten (genannt von 48,3 Prozent), sowie die im Ausland verfügbaren Fachkräfte (genannt von 33,7 Prozent). Noch vor den Regulierungskosten werden von mehr als jedem vierten Nicht-Familienunternehmen auch die niedrigeren Energiekosten als Hauptgrund für Investitionen im Ausland genannt.

Während die Senkung der Lohnkosten auch bei den Familienunternehmen an dritter Stelle steht, fallen niedrigere Energiekosten für die Familienunternehmen mit einem Anteil von 31,9 Prozent aller Angaben als Grund für Auslandsinvestitionen mehr ins Gewicht als die im Ausland verfügbaren Fachkräfte (26,7 Prozent). Besonders interessant ist auch die unterschiedliche Bewertung des ausländischen Subventionsumfeldes: Während es von 21,6 Prozent der Nicht-Familienunternehmen als Hauptgrund genannt wird, trifft dies nur auf 9,9 Prozent der Familienunternehmen zu. Während das Subventionsumfeld von Familienunternehmen dementsprechend unter allen Gründen am seltensten angegeben wird, sind für Nicht-Familienunternehmen die steuerlichen Rahmenbedingungen und die Senkung sonstiger Kosten weniger ausschlaggebend als das ausländische Subventionsumfeld.

Betrachtet nach Sektoren fällt auf, dass das Subventionsumfeld im Vergleich noch den höchsten Anteil an Nennungen von Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe erhält. Allerdings liegt auch für diese Unternehmen das Subventionsumfeld an letzter Stelle der Hauptgründe, die Unternehmen zu Investitionen im Ausland bewegen. Für die Unternehmen des produzierenden Gewerbes ist nach der Erschließung neuer Märkte stattdessen auch die Senkung der Lohnkosten ein zentrales Motiv für Auslandsinvestitionen. Genau dieselbe Haltung zu den Hauptinvestitionsmotiven zeigen die übrigen Dienstleister. Für den Handel und das Gastgewerbe sowie für die Unternehmensdienstleister stehen hingegen die geringere staatliche Regulierung an erster Stelle, erst danach folgen die Erschließung neuer Märkte sowie die Senkung der Lohnkosten. Von den Unternehmen des Baugewerbes wird hingegen als Hauptgrund für Investitionen im Ausland am häufigsten die günstigeren steuerlichen Rahmenbedingungen genannt, darauf folgt ebenso die Senkung der Lohnkosten.

Tabelle 5: Hauptgründe für Investitionen im Ausland nach Beschäftigtenzahlen (Größenklassen)

Hauptgrund/Beschäftigtenzahl	0 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	≥ 250
Erschließung neuer Märkte	22,21	39,87	51,94	60,06
Weniger staatliche Regulierung	69,41	48,32	52,80	39,38
Senkung der Lohnkosten	41,77	33,84	38,29	47,55
Niedrigere Energiekosten	43,47	35,05	24,25	30,01
Fachkräfte/Arbeitskräfte	16,42	27,38	20,69	30,81
Günstigere steuerliche Rahmenbedingungen im Ausland	30,26	44,80	24,79	20,44
Senkung „sonstiger Kosten“	12,08	13,94	10,92	12,39
Attraktiveres Subventionsumfeld	11,00	6,67	2,90	14,12

Nennungen in Prozent der befragten Unternehmen

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

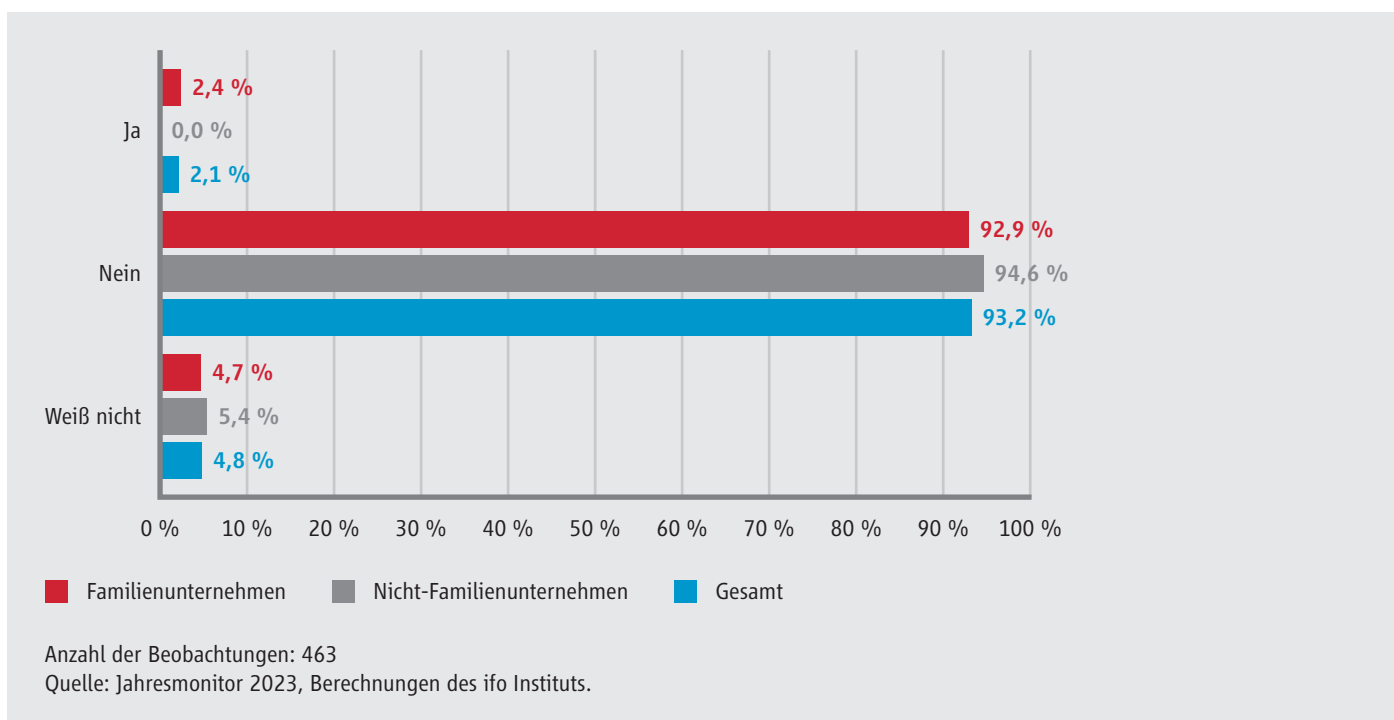
Nochmals ein differenziertes Bild zeigt sich bei der Betrachtung der Hauptgründe für Investitionen im Ausland nach Größenklassen, welche in Tabelle 5 aufgelistet sind: Bis auf die Unternehmen ab 250 Beschäftigten stellt eine geringere staatliche Regulierung im Ausland das Hauptmotiv für Investitionen außerhalb Deutschlands dar. Bei den Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten wird dies sogar von 69,4 Prozent der Unternehmen genannt und auch mehr als die Hälfte der Unternehmen mit zwischen 50 und 249 Beschäftigten nennt geringere Regulierung als Hauptmotivation für Auslandsinvestitionen. Bei den größten Unternehmen ab einer Anzahl von 250 Beschäftigten wird die Erschließung neuer Märkte mit 60,1 Prozent der Unternehmen am häufigsten genannt. Wichtiger als der Anreiz „weniger staatliche Regulierung“ ist für diese Unternehmen außerdem auch die Senkung der Lohnkosten, die von

47,6 Prozent der Unternehmen angeführt wird. Spannend ist außerdem, dass von den kleinsten Unternehmen die Verfügbarkeit von Fachkräften im Ausland selten als Investitionsmotiv genannt wird.

3. Pläne für Rückverlagerung von Investitionen nach Deutschland

Über Reshoring, die Rückverlagerung von Produktionsstätten aus Schwellenländern zurück in Industriestaaten, wurde in den vergangenen beiden Jahren zunächst im Rahmen der langfristigen Störungen globaler Lieferketten durch die Pandemie und den zeitweise stark gestiegenen Transportpreisen gesprochen. Immer wieder medienwirksam über Reshoring berichtet wird allerdings seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, welcher die starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von russischem Gas offenlegte. Die wachsenden Spannungen zwischen China und dem Westen hatten im Folgenden zu einer Diskussion über eine zu große Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China, sowohl als Zulieferer kritischer Rohstoffe und auch als Absatzmarkt deutscher Produkte, geführt.²⁴ Vor diesem Hintergrund hat beispielsweise die Bundesregierung in ihrer China-Strategie aus dem Juli 2023 festgehalten, ökonomische Abhängigkeiten gegenüber China in kritischen Bereichen verringern zu wollen – an der wirtschaftlichen Verflechtung mit China soll aber festgehalten werden.

Abbildung 21: Pläne zur Rückverlagerung von Investitionen nach Deutschland



24 Laut aktuellen Studien des Instituts für Weltwirtschaft sowie der Bertelsmann Stiftung, dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW), dem China-Institut Merics und dem BDI ist Deutschlands Wirtschaft in den meisten Branchen von China deutlich weniger abhängig als gemeinhin angenommen. Kritische Abhängigkeiten werden von den Autoren der zweiten Studie hauptsächlich bei einzelnen Großkonzernen bemängelt, vgl. Beer et al. (2023).

Die Umfrageergebnisse, illustriert in Abbildung 21, zeigen, dass das Rückverlagern von Investitionen nach Deutschland in den aktuellen Plänen der befragten Unternehmen kaum eine Rolle spielt. Insgesamt geben 93,2 Prozent der Unternehmen an, keine Investitionen nach Deutschland zurückverlagern zu wollen, nur 2,1 Prozent der Unternehmen verfügen über solche Pläne. Dabei ist erwähnenswert, dass bei den befragten Nicht-Familienunternehmen kein einziges eine Rückverlagerung von Investitionen plant. Bei den Familienunternehmen ist der Anteil mit 2,4 Prozent zwar verschwindend gering, die einzigen Unternehmen die derzeit Rückverlagerungen planen sind damit aber Familienunternehmen.

Diesen Ergebnissen zufolge scheint bei einer deutlichen Mehrheit der deutschen Unternehmen kein Rückholen von Investitionen aufgrund geopolitischer Risiken oder zur Erhöhung der Resilienz von Lieferketten stattzufinden. Damit folgen sie den Ratschlägen von Experten, welche davon ausgehen, dass Reshoring der deutschen Wirtschaft mehr schaden als nützen würde. So beschreibt eine Studie des ifo Instituts, dass Reshoring zu einer geringeren Produktivität der deutschen Wirtschaft und damit auch zu einer geringeren Wirtschaftsleistung führen dürfte (Dorn et al. 2022). Um sich gegen Abhängigkeiten oder andere Risiken abzusichern, sollten Unternehmen statt Reshoring auf Diversifikation setzen (Bunde 2023). So geben beispielsweise Unternehmen in einer Erhebung des ifo Instituts aus dem Jahr 2022 bereits an, ihren Vorleistungsbezug aus China zugunsten europäischer sowie anderer nicht-europäischer Länder zu verringern. Diese Strategie, die auch China + 1 Strategie genannt wird (Baur und Flach 2022), dürfte wohl in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen, das Rückverlagern von Investitionen nach Deutschland dürfte dagegen weiter ausbleiben.

III. Investitionen in Künstliche Intelligenz

In der Einführung der Studie in Abschnitt A.II. wurde KI anhand der entsprechenden Definition des Europäischen Parlaments (*KI ist die Fähigkeit einer Maschine, menschliche Fähigkeiten wie logisches Denken, Lernen, Planen und Kreativität zu imitieren [...]*) ausgelegt. Für die Umfrageteilnehmer wurde der KI-Begriff hingegen nicht definiert. Da die Auslegung von KI hinter den Antworten dementsprechend stark variieren dürfte, sind die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren. Sie erlauben aber ein umfangreiches Stimmungsbild der aktuellen Neigung der Unternehmen zur KI.

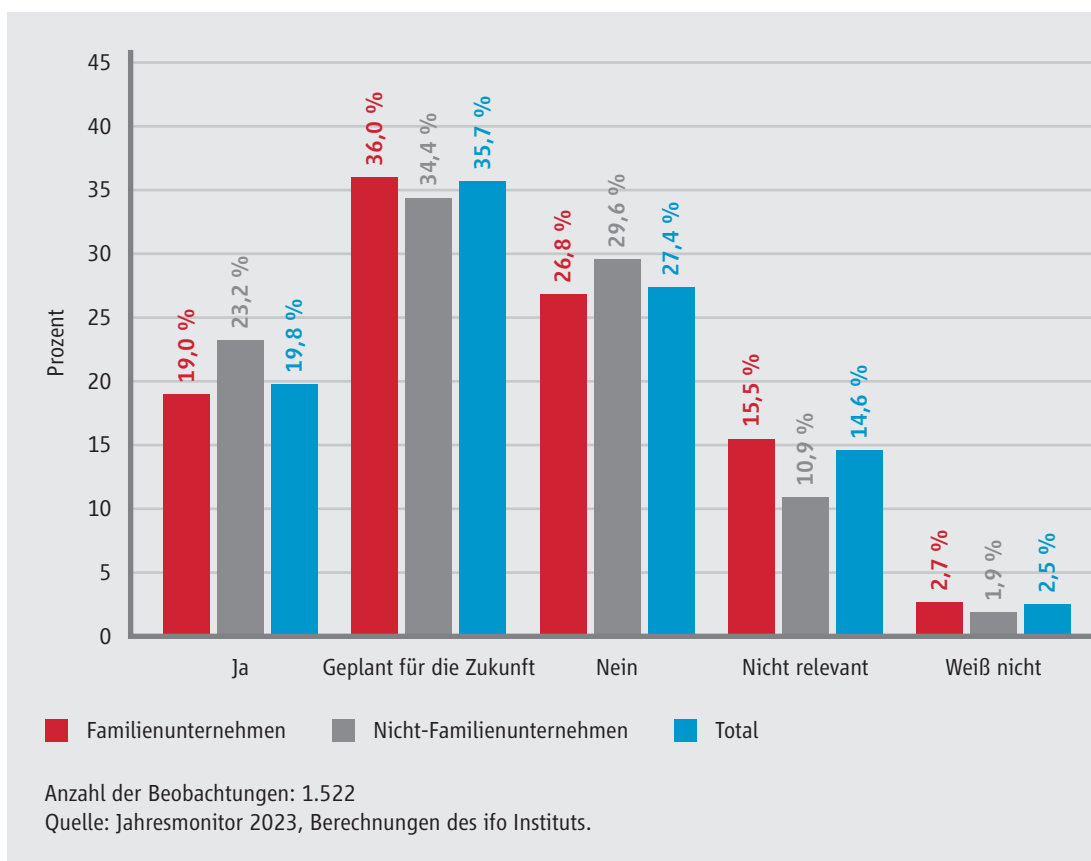
1. Nutzung von Künstlicher Intelligenz

Wie ebenso bereits in Abschnitt A.II. erwähnt, konnte sich der Anteil der KI-nutzenden Unternehmen laut Daten des Mannheimer Innovationspanels im Zeitraum von zwei Jahren, mit 5,8 Prozent im Jahr 2019 auf zehn Prozent im Jahr 2021, fast verdoppeln (Rammer 2022). Der im Rahmen dieser Studie erhobene Anteil von 19,8 Prozent KI-nutzender Unternehmen im Jahr 2023 deutet an, dass diese Dynamik beibehalten werden konnte: Über die vergangenen

zwei Jahre hätte sich damit der Anteil erneut beinahe verdoppelt. Das Potenzial, welches KI für betriebliche Innovationen sowie neue Geschäftsmodelle birgt, scheint somit jedes Jahr für mehr Unternehmen greifbarer zu werden.

Da den Ergebnissen zufolge knapp jedes fünfte Unternehmen KI bereits nutzt und weitere 35,7 Prozent der Unternehmen ihren Einsatz planen, ist der Einsatz von KI in mehr als der Hälfte aller Unternehmen bereits ein Thema. Abbildung 22 zeigt, dass dies sowohl für Familienunternehmen als auch für Nicht-Familienunternehmen gilt. In den Nicht-Familienunternehmen nutzen mit 23,2 Prozent bereits mehr Firmen KI als in den Familienunternehmen mit 19,0 Prozent, dementsprechend liegt aber der Anteil der Familienunternehmen, die einen Einsatz planen, leicht höher. Interessant ist, dass der Anteil der Familienunternehmen, der KI-Nutzung aufgrund fehlender Relevanz ausschließt, mit 15,5 Prozent höher liegt als der entsprechende Anteil bei den Nicht-Familienunternehmen.

Abbildung 22: Nutzung von KI



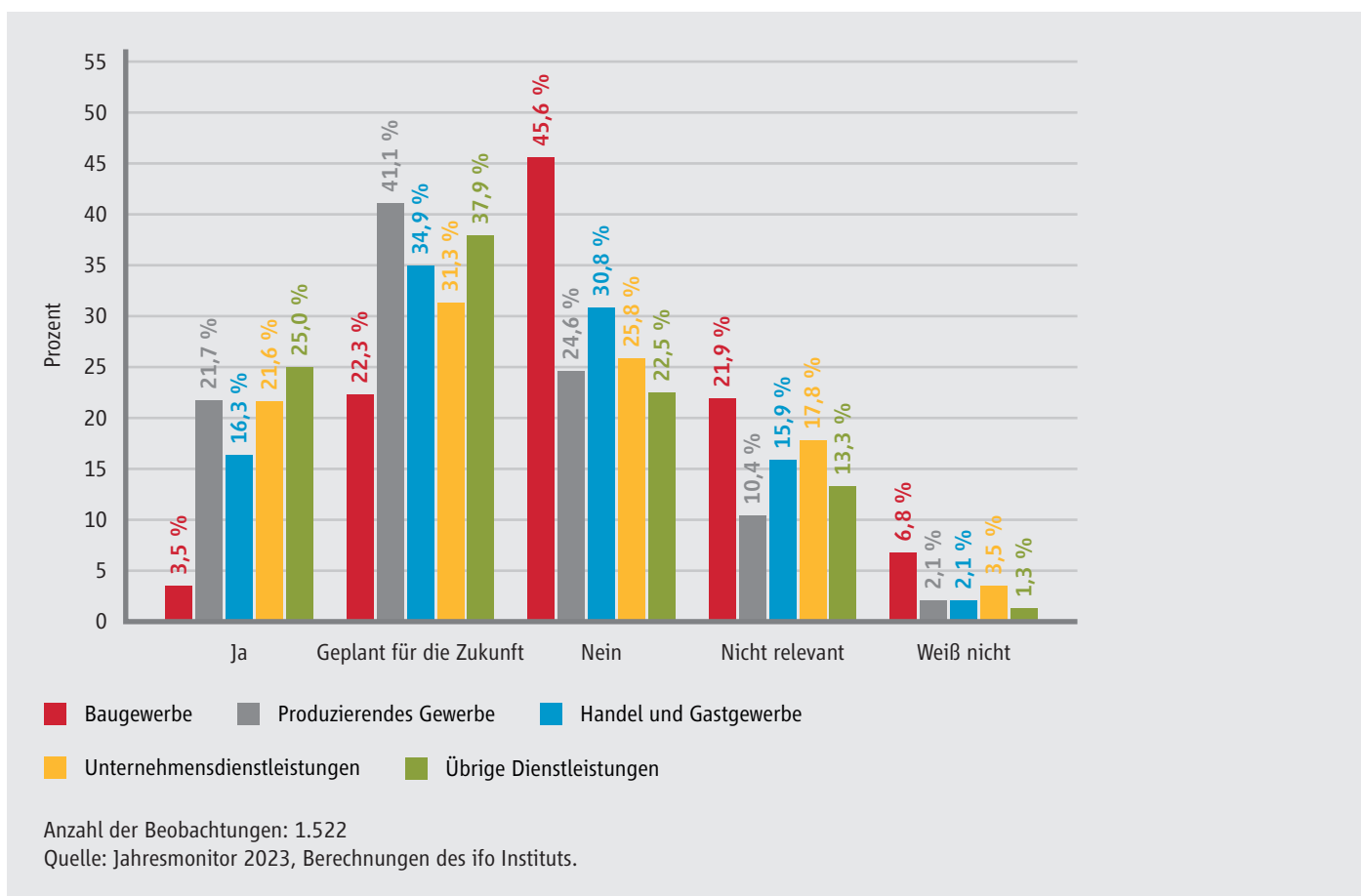
Insgesamt fällt auf, dass der Anteil der Unternehmen, die die aktuelle Nutzung von KI verneinen um mehr als zehn Prozentpunkte höher ausfällt als der Anteil derer, die keine Relevanz für KI in ihrem Unternehmen sehen. Dies trifft sowohl auf die Familienunternehmen wie auch auf ihr Komplement zu. Da in mehr als jedem vierten Unternehmen die KI-Nutzung trotz der

Antwortkategorie „nicht relevant“ verneint wird, scheint in vielen Unternehmen der potenzielle Einsatz von KI bis zum jetzigen Zeitpunkt entweder noch nie evaluiert oder zunächst ausgeschlossen worden zu sein. Ebenso ist es möglich, dass ein Teil der mit „Nein“ Antworten nicht genau über mögliche KI-Anwendungen in ihrem Unternehmen im Bilde ist, da die Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt sowohl personelle wie auch monetäre Ressourcen erfordert. Ebenso könnte der hohe Anteil der „Nein“-Antworten damit zusammenhängen, dass viele Unternehmen im Angesicht der zuletzt stark gestiegenen Energiekosten, der hohen Inflation sowie der lange anhaltenden Lieferengpässen viele Schwierigkeiten zu bewältigen hatten, so dass kaum Raum blieb, um an die Implementation neuer Technologien zu denken.

Im Vergleich über die Größenklassen der Unternehmen sticht heraus, dass der Anteil an Unternehmen, die keine Relevanz für einen KI-Einsatz sehen, bei den Unternehmen mit einer Anzahl an Beschäftigten zwischen null und neun mit 27,3 Prozent besonders hoch ist. Je größer die Anzahl an Beschäftigten, desto relevanter erscheint die Nutzung von KI. In der Gruppe von Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten finden sich bereits 30,1 Prozent KI-nutzende Firmen. Bei den Unternehmen, welche zwischen 50 und 249 Mitarbeitende beschäftigen, liegt der Anteil an KI-nutzenden Firmen dagegen nur knapp halb so hoch (14,7 Prozent). Ebenso scheint der Anteil der Unternehmen, die einen KI-Einsatz derzeit plant, mit der Anzahl an Beschäftigten zu korrelieren, während von den Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern mehr als 15 Prozent derzeit mit der Planung beschäftigt sind, sind es bei den Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden knapp 45 Prozent. Je höher die Anzahl der Beschäftigten, desto eher wird in Unternehmen dementsprechend bereits KI eingesetzt oder ein Einsatz geplant.

Disaggregiert nach Branchen bestätigen sich die Ergebnisse früherer Studien (Rammer et al. 2020): Der Anteil der Unternehmen im Baugewerbe, die KI einsetzen, ist mit 3,5 Prozent verschwindend gering. Darüber hinaus ist der Anteil der Unternehmen in diesem Sektor, die keine Relevanz für KI sehen mit 21,9 Prozent höher als in allen anderen Sektoren. Eine spannende Entwicklung deutet sich im produzierenden Gewerbe an: Bereits 21,7 Prozent der Unternehmen in diesem Sektor setzen auf KI, weitere 41,1 Prozent planen derzeit einen Einsatz. Obwohl bei den Unternehmensdienstleistern verglichen mit dem produzierenden Gewerbe ein beinahe identischer Anteil derzeit bereits KI nutzt, ist der Anteil an Firmen, welcher noch mit der Planung beschäftigt ist, mit 31,3 Prozent deutlich niedriger. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmensdienstleister, der keine Relevanz für KI-Anwendungen sieht, deutlich höher als in der Industrie. Spitzenreiter bei der KI-Nutzung ist die Gruppe der übrigen Dienstleister, von denen bereits jedes vierte Unternehmen KI nutzt, und weitere 37,9 Prozent den Einsatz planen.

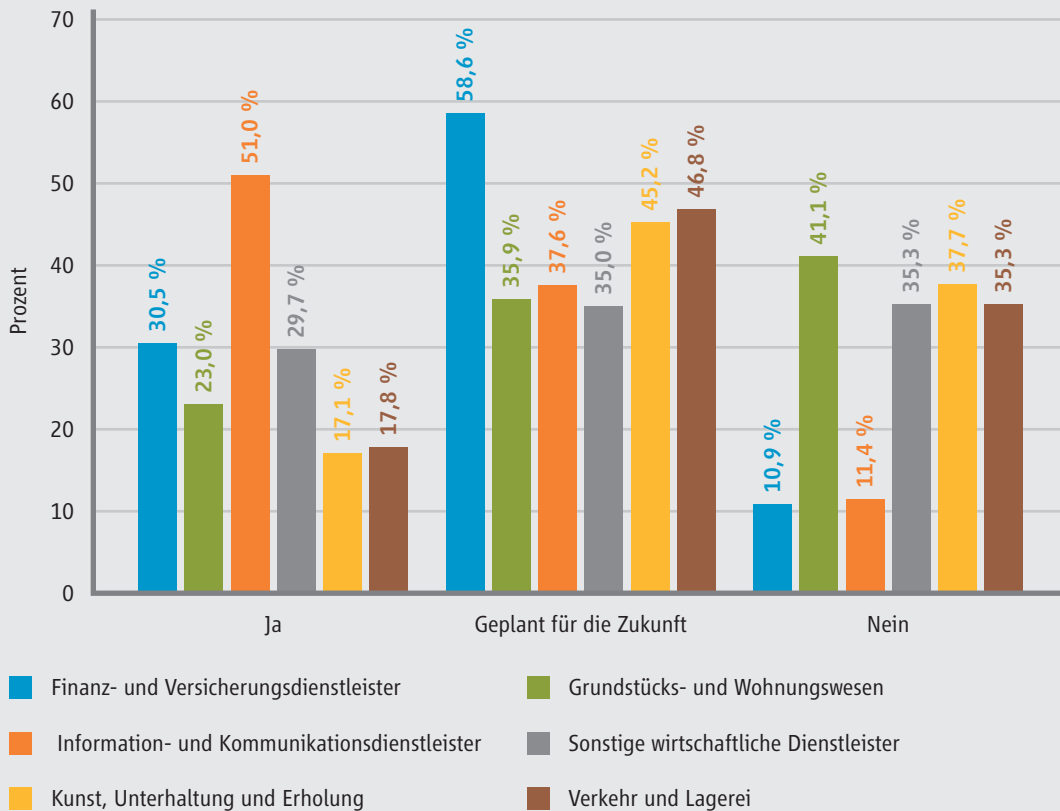
Abbildung 23: Nutzung von KI nach Sektoren



Diese Ergebnisse bestätigen ebenso, dass KI insbesondere in bereits digitalisierten Unternehmen zum Einsatz kommt (Engels 2023). Laut des Digitalisierungsindex 2022²⁵ sind die Unternehmen in der Informations- und Kommunikationstechnologie mit Abstand am stärksten digitalisiert. Auch in der Jahresmonitorumfrage stellen die Informations- und Kommunikationsdienstleister, welche Teil des Sektors übrigen Dienstleister sind, mit 51,0 Prozent den im Branchen- und Sektorvergleich mit Abstand größten Anteil an Unternehmen, die bereits KI nutzen, vergleiche Abbildung 24. Zusammen mit den Finanzdienstleistern, von denen 30,5 Prozent angeben, KI bereits anzuwenden und weitere 58,6 Prozent die Nutzung derzeit planen, erklären diese Branchen auch die Spitzenreiterrolle der übrigen Dienstleister bei der KI-Nutzung im Sektorvergleich. Auf zweiter Stelle im Digitalisierungsindex folgt im Sektorvergleich das produzierende Gewerbe, dahinter die Unternehmensdienstleister. Wenn auch nur mit geringfügigem Unterschied gilt diese Reihenfolge laut unseren Umfrageergebnissen auch für die durchschnittlichen KI-Nutzung der Sektoren, siehe Abbildung 23.

25 Büchel und Engels (2023).

Abbildung 24: Nutzung von KI der übrigen Dienstleister



Anzahl der Beobachtungen: 192

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Der Anteil der Investitionen in KI am Gesamtvolumen beträgt durchschnittlich 7,4 Prozent. Auffällig hier ist, dass obwohl mehr Nicht-Familienunternehmen in KI investieren, ihr durchschnittlich genannter Anteil an ihren Gesamtinvestitionen mit 6,6 Prozent einen Prozentpunkt unter dem Gesamtinvestitionsanteil der Familienunternehmen liegt. Interessant sind auch die jeweiligen Spannweiten der Antworten: Während sich bei den Familienunternehmen Angaben von knapp über null Prozent bis hin zu 80 Prozent finden, liegt der höchstgenannte Anteil am Gesamtvolumen bei den Nicht-Familienunternehmen bei 30,0 Prozent. Ebenso erwähnenswert ist der mit vier Prozent deutlich geringere Anteil der KI-Investitionen am Gesamtinvestitionsvolumen der Top 500 Familienunternehmen. Obwohl der Anteil der KI-Nutzer unter den Top 500 Familienunternehmen mit 47,3 Prozent beinahe 2,5 mal so groß ist wie bei den Familienunternehmen insgesamt mit 19,0 Prozent ist der Anteil, den KI-Investitionen an den Gesamtinvestitionen der Top 500 Familienunternehmen ausmachen somit deutlich geringer als bei der Gesamtheit der Familienunternehmen.

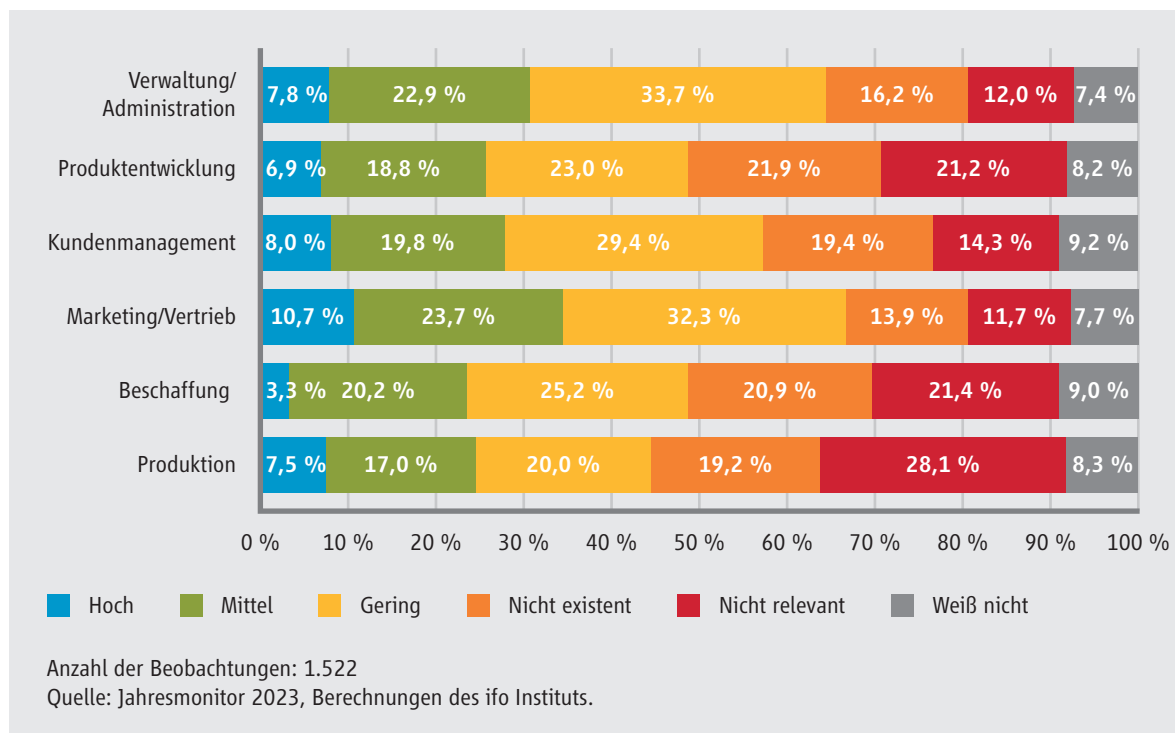
Passend zum hohen KI-Einsatz der Unternehmensdienstleister geben diese mit 10,7 Prozent auch den höchsten durchschnittlichen KI-Anteil an ihrem Investitionsvolumen an. Mit nur

3,7 Prozent des Investitionsvolumen investieren hingegen die Unternehmen im Baugewerbe den geringsten Anteil in KI. Auch der durchschnittliche Anteil am Investitionsvolumen der Industrieunternehmen in KI liegt mit 5,9 Prozent am unteren Ende des Sektorvergleichs.

2. Investitionsvolumen in Künstliche Intelligenz nach Funktionsbereichen

Gegeben des großen Anteils an Unternehmen, welcher aktuell die Implementation von KI in betriebliche Prozesse plant, dürfte der Anteil KI-nutzender Unternehmen bereits in naher Zukunft deutlich zunehmen. Auch vor diesem Hintergrund erscheint es besonders spannend, in welchen Unternehmensbereichen derzeit in größerem Umfang in KI investiert wird. Abbildung 25 deutet an, dass das Investitionsvolumen der Unternehmen in KI insgesamt in den Bereichen Marketing/Vertrieb und Verwaltung/Administration am höchsten ist. Da gleich darauf der Bereich Kundenmanagement folgt, ist anzunehmen, dass Unternehmen derzeit besonders in den Bereichen viel in KI investieren, in denen per Definition durchschnittlich viele Daten verarbeitet werden. Dass insgesamt in geringstem Umfang in KI in der Produktion investiert wird, dürfte daran liegen, dass viele der teilnehmenden Firmen nicht über eine Produktion verfügen, was bereits durch den mit 28,1 Prozent hohen Anteil der Unternehmen, der mit „nicht relevant“ antwortet, angedeutet wird.

Abbildung 25: Höhe des Investitionsvolumens in KI nach Funktionsbereichen



Unterschiede in den Schwerpunktbereichen von KI-Investitionen je nach Unternehmensform werden in Tabelle 6 verdeutlicht. Dabei wird der Umfang der Investitionen in den jeweiligen Bereich als Mittelwert zwischen den Unternehmen, die ihr Investitionsvolumen jeweils als hoch

(= 3), mittel (= 2) und gering (= 1) sowie als nicht existent (= 0) bezeichnen, angegeben. Insgesamt zeigt sich, dass die Familienunternehmen bis auf die Bereiche Produktion und Verwaltung jeweils einen größeren Investitionsumfang in KI als die Nicht-Familienunternehmen zurückspeiegeln.

Tabelle 6: Investitionsvolumen in KI je Funktionsbereich nach Unternehmensform

Bereich/Unternehmensform	Familienunternehmen	Nicht-Familienunternehmen	Gesamt
Produktion	1,13	1,42	1,20
Beschaffung	1,10	1,02	1,08
Marketing/Vertrieb	1,40	1,34	1,39
Kundenmanagement	1,24	1,10	1,21
Produktentwicklung	1,19	1,01	1,15
Verwaltung/Administration	1,27	1,30	1,28

Mittelwert aus „Hoch“ = 3, „Mittel“ = 2, „Gering“ = 1, „Nicht existent“ = 0

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Ebenso zeigen sich verschiedene Investitionsschwerpunkte je nach Branche, vergleiche Tabelle 7: Aus den entsprechenden Mittelwerten lässt sich außerdem eine erstaunlich hohe KI-Intensität in der Produktion des Handels und Gastgewerbes ausmachen. Auch in der Industrie wird ein überdurchschnittlich hohes Investitionsvolumen in KI in der Produktion angegeben. Spitzenreiter gemessen an der durchschnittlichen Höhe ihres Investitionsvolumens in KI sind die übrigen Dienstleister, mit einem Mittelwert von 1,1 investieren sie am wenigsten in der Produktion, mit einem Mittelwert von 1,5 durchschnittlich am häufigsten in der Verwaltung/Administration. Da unter anderem die Informations- und Kommunikationsdienstleister in diesen Sektor fallen, ist ihr bis auf die Produktion stets überdurchschnittlich hohes mittleres Investitionsvolumen nachvollziehbar. Das Baugewerbe weist hingegen bis auf den Verwaltungsbereich in allen Bereichen die geringste Höhe an KI-Investitionen auf. Über alle Unternehmensbereiche hinweg ist Marketing/Vertrieb der Bereich, in dem durchschnittlich das größte Investitionsvolumen in KI zu finden ist (vgl. Tabelle 7).

Für eine gesamtwirtschaftliche Produktivitätswirkung muss KI in Unternehmen in der gesamten Breite der deutschen Wirtschaft eingesetzt werden (Engels 2023). Wie die Ergebnisse des Jahresmonitors 2023 zeigen, sind die deutschen Unternehmen dabei auf dem richtigen Weg: In ausnahmslos allen Sektoren wird bereits KI eingesetzt. Im Folgenden soll kurz darauf eingegangen werden, welche Maßnahmen den Anteil KI-nutzender Unternehmen steigen lassen könnten.

Tabelle 7: Investitionsvolumen in KI je Funktionsbereich nach Sektor

Bereich/Sektor	Baugewerbe	Produzierendes Gewerbe	Handel und Gastgewerbe	Unternehmensdienstleistungen	Übrige Dienstleistungen
Produktion	0,70	1,26	1,38	1,02	1,11
Beschaffung	0,97	1,04	1,09	1,10	1,15
Marketing/Vertrieb	1,15	1,18	1,57	1,42	1,47
Kundenmanagement	1,07	1,00	1,34	1,20	1,41
Produktentwicklung	0,53	1,12	1,00	1,20	1,36
Verwaltung/Administration	1,30	1,05	1,31	1,35	1,50

Mittelwert aus „Hoch“ = 3, „Mittel“ = 2, „Gering“ = 1, „Nicht existent“ = 0
 Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Um das Voranschreiten des KI-Einsatzes fördern zu können, ist es von zentraler Bedeutung, die Risiken und Probleme zu identifizieren, die Unternehmen aktuell noch von der KI-Nutzung abhalten. In einer Umfrage der Bundesnetzagentur zur KI-Nutzung unter den Netzsektoren²⁶ geben die meisten Unternehmen den Fachkräftemangel als dringendstes unternehmensinternes Risiko in Verbindung mit einem KI-Einsatz an. Besonders bereits berufserfahrene Fachkräfte mit KI-Kenntnissen stehen auf dem Arbeitsmarkt kaum zur Verfügung. Um dem mittel- und langfristig entgegenzuwirken, müsste laut Experten in den kommenden Jahren umfassend in KI-Bildung, unter anderem in die Ausweitung KI-spezifischer Studiengänge oder auch in KI-Allianzen zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, investiert werden.²⁷

Als hohes unternehmensexternes Risiko wurde in der Befragung der Bundesnetzagentur besonders das Fehlen KI-spezifischer rechtlicher Rahmenbedingungen und die damit einhergehende fehlende Rechtssicherheit genannt. In diesem Kontext ist der im Juni 2023 vom EU-Parlament verabschiedete „AI-Act“ zu nennen. KI-Systeme sollen demnach je nach dem Risiko, das sie für ihre Nutzer darstellen, analysiert und eingestuft werden. Verschiedene Risikostufen sollen dann entweder mehr oder weniger Regulierung unterliegen.²⁸ Die Verabschiedung wird von Experten grundsätzlich begrüßt, allerdings wird insbesondere auch von Unternehmensseite vor Überregulierung, hohem administrativen Zusatzaufwand und allgemein negativen Einflüssen auf die Innovationen im Bereich KI gewarnt (LAION 2023). Da das Gesetz noch mit den Mitgliedsstaaten sowie der Kommission verhandelt werden muss und Übergangsfristen von bis zu zwei Jahren vorgesehen sind, dürfte die Verordnung erst im Jahr 2026 anwendbar

26 Bundesnetzagentur (2021).

27 Vgl. u. a. Weiss (2023).

28 Europäisches Parlament (2023b).

werden. Bis dahin wird von Experten gehofft, dass beispielsweise zentrale Anlaufstellen zur Beantwortung von Klassifizierungsunklarheiten geschaffen und Definitionen im Gesetzestext vereinheitlicht werden (AppliedAI 2023).

Da Daten den Treibstoff für KI-Anwendungen darstellen, ist auch die Rechtssicherheit von Unternehmen im Umgang mit großen Datenmengen vor dem Hintergrund der hohen europäischen Datenschutz-Standards ein zentrales Klärungserfordernis zur Steigerung der KI-Nutzung. Orientierung soll zukünftig durch das EU-Datengesetz (Data Act) garantiert werden, über welchen sich im Juni 2023 zwischen dem Europäischen Parlament sowie dem Europäischen Rat geeinigt wurde.²⁹ Das Gesetz soll die Nutzung sowie den Zugriff für nicht-personenbezogene, maschinell generierte Daten regeln und somit auch deren wirtschaftliche Nutzung fördern. Werden Daten eines Geräts derzeit mehrheitlich nur vom Hersteller gesammelt, soll der Data Act die freiwillige Weitergabe an Drittanbieter ermöglichen. Auch soll der Wechsel von Cloud-Diensten vereinfacht werden, um den Wettbewerb zu erhöhen. Industrieverbände warnen allerdings davor, dass der Schutz von Geschäftsgeheimnissen im Data Act nicht weit genug gehe, was zu restriktiveren Datenstrategien von Seiten der Unternehmen führen könnte (Tagesschau 2023).

Die erfolgreiche Implementierung von KI ist auch vom Digitalisierungsgrad eines Unternehmens abhängig (Engels 2023). Um die Anzahl an KI-Nutzern unter den deutschen Unternehmen weiter zu erhöhen, sollte dementsprechend an unternehmensexternen Faktoren, welche die Digitalisierung von Unternehmen fördern, geschraubt werden. Dazu zählt unter anderem die Verfügbarkeit von Internet mit hohen Bandbreiten, insbesondere der Glasfaserausbau sollte laut Bericht der Europäischen Kommission in Deutschland an Fahrt gewinnen (Europäische Kommission 2023).

²⁹ Am 9. November 2023 wurde der Verordnungstext zum Data Act durch das Europäische Parlament in erster Lesung verabschiedet und befindet sich in Erscheinung.

D. Diskussion

Die Ergebnisse des Jahresmonitors 2023 legen ein derzeit deutlich getrübtes Investitionsklima am Standort Deutschland nahe. Trotz der anhaltenden konjunkturellen Schwächephase weiteten die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen zwar bis zuletzt noch aus, vor dem Hintergrund der dringenden Transformation hin zu einer treibhausgasneutralen Produktion der deutschen Wirtschaft müssten allerdings deutlich größere Investitionsimpulse von Seiten der Unternehmen kommen.

Im Folgenden wird der von den Unternehmen am negativsten empfundene Einflussfaktor auf die Investitionstätigkeit – die Bürokratie – im Detail analysiert und Möglichkeiten für dessen Minderung aufgezeigt. In einem zweiten Teil wird darauf eingegangen, warum die USA in den Umfrageergebnissen so häufig als Hauptinvestitionsziel genannt werden. In diesem Kontext wird Deutschlands gesamtwirtschaftliche Produktivität genauer untersucht.

Bei der Benennung der aktuell stärksten Investitionshemmnisse sind sich die Unternehmen ungewohnt einig: Sie bemängeln vor allem die Bürokratie, den Fachkräftemangel sowie die hohen Lohnkosten. Auch die steuerlichen Rahmenbedingungen werden als deutlich dämpfend eingestuft. Bereits im Jahresmonitor 2017 wurden genau diese Faktoren als Investitionshemmnis oder als wichtiger Ansatzpunkt für Maßnahmen zur Investitionssteigerung genannt. Seitdem haben als Investitionshemmnis besonders die Energiekosten an Bedeutung gewonnen, welche sich erst aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine zum Investitionsdämpfer verwandelten. Auch der Fachkräftemangel, welcher aufgrund des fortschreitenden demografischen Wandels über die vergangenen sechs Jahre spürbarer geworden ist, wird nun von einem größeren Anteil der Unternehmen als noch im Jahr 2017 als investitionshemmend eingeschätzt.

I. Analyse der Bürokratiebelastung der Unternehmen

Wie bereits vor sechs Jahren festgestellt dürfte der Bürokratieabbau nach Ansicht der Unternehmen die größte Stellschraube zur Steigerung der Attraktivität des Investitionsstandortes Deutschland darstellen. Durch weniger Bürokratieerfüllungspflichten dürften in den Unternehmen zeitliche wie auch monetäre Ressourcen (ca. 3 Prozent ihres Umsatzes)³⁰ freigesetzt werden, die dementsprechend dann für wertschöpfungsgenerierende Tätigkeiten zur Verfügung stehen. Der Fixkostencharakter der Bürokratie führt außerdem bei kleineren Unternehmen aufgrund geringerer Produktionsmengen zu einer relativ höheren Belastung. Insbesondere messen kleinere und mittlere Unternehmen dem Abbau von bürokratischen Regelungen daher große Bedeutung zu.

30 DIHK und Sira Consulting (2020).

Seit nun zwei Jahrzehnten ist die Politik darum bemüht, der Bürokratiebelastung für Unternehmen entgegenzusteuern: Seit dem Jahr 2003³¹ wurden viele Maßnahmen ergriffen, die auf den Bürokratieabbau zielen. Entscheidende Neuerungen waren zum einen die Einsetzung des Normenkontrollrats im Jahr 2006, welcher seitdem Bürokratiekosten aus gesetzlich verankerte Informationspflichten³² und seit 2011 zusätzlich den Erfüllungsaufwand aller Gesetzes- und Verordnungsentwürfe abschätzt. Zum anderen wurde das Statistische Bundesamt mit der regelmäßigen Messung von Bürokratiekosten und Erfüllungsaufwand beauftragt. Die wichtigsten Meilensteine gingen allerdings besonders von den drei Bürokratieentlastungsgesetzen BEG I (2015), BEG II (2016) und BEG III (2019) aus, welche beispielsweise die elektronische Arbeitsunfähigkeitsmeldung oder den Wegfall der steuerrechtlichen Aufbewahrungspflicht von bis zu zehn Jahren für bestimmte Lieferscheine umfassen. Ein ebenso wichtiger Impuls war die im Jahr 2015 auf Bundesebene eingeführte One in, one out-Regel (OIOO-Regel).³³

Dass diese politischen Maßnahmen zumindest gegen eine weitere Ausdehnung der Bürokratie quantitativ Wirkung zeigen, lässt sich am Bürokratiekostenindex (BKI) ablesen: Über die zehn Jahre seit seiner Einführung im Jahr 2012 konnte er trotz zwischenzeitlicher Zunahmen wie beispielsweise aufgrund der Mindestlohn-Dokumentationspflichten im Jahr 2021 um drei Indexpunkte abnehmen. Seit Beginn des Jahres 2022 zeigt er allerdings eine steigende Tendenz. Wichtig zu erwähnen ist, dass der Index lediglich die gesetzlich induzierten Veränderungen fortschreibt, Kosteneffekte wie beispielsweise Preis- oder Lohnsteigerungen wurden über die Jahre auf dem Niveau von 2012 konstant gehalten.³⁴

Trotz der politischen Bemühungen und entgegen des leicht rückläufigen BKIs hat sich die empfundene Bürokratiebelastung der Unternehmen über die vergangenen Jahre nicht verringert, wie beispielsweise eine Umfrage des Instituts Allensbach³⁵ aus dem Herbst 2022 aufzeigt. Gefragt wie sich der Aufwand, der für Unternehmen im Austausch mit der öffentlichen Verwaltung entsteht seit dem Jahr 2015 entwickelt habe, berichten demnach 65 Prozent der Unternehmen, der Aufwand sei gestiegen.

31 Im Jahr 2003 wurde das Programm „Masterplan Bürokratieabbau“ eingeführt.

32 Informationspflichten sind nach §2 Abs. 2 NKR-Gesetz „aufgrund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln“.

33 One in, one out-Regel: Für jede neue Belastung muss innerhalb der laufenden Legislaturperiode in demselben Ressort eine Entlastung für die Unternehmen in gleichem Umfang vorgenommen werden, vgl. Röhl (2020).

34 Dementsprechend fällt der Vergleich der nominalen Bürokratiekosten über die Zeit anders aus: Während sie für das Jahr 2012 vom Statistischen Bundesamt noch mit 44,8 Mrd. EUR beziffert wurden, beliefen sie sich im Jahr 2018 auf 50 Mrd. EUR (Statistisches Bundesamt 2019). Berichten zufolge dürften sie sich die aktuellen jährlichen Kosten der Bürokratie für die Wirtschaft auf 65 Mrd. EUR belaufen, vgl. Breitling (2023).

35 BDI und Institut für Demoskopie Allensbacher (2022).

Die Lücke zwischen statistischer Belastungsabnahme und empfundener Belastungszunahme dürfte durch mehrere Faktoren bedingt sein: Zum einen deckt der BKI nur Bürden ab, die Unternehmen im Rahmen bundesrechtlicher Informationspflichten entstehen. Da neue Regelungen oder Gesetze neben Auskunfts- und Informationspflichten allerdings meist weitere Folgekosten in der Umsetzung nach sich ziehen, decken sie nur einen Bruchteil der tatsächlichen empfundenen Bürokratiekosten der Unternehmen ab. So zeigt eine Befragung im Rahmen einer Studie von Holz et al. (2019), dass beinahe ausnahmslos alle Unternehmen den Begriff „Bürokratie“ deutlich weiter fassen, als die vom Normenkontrollrat und Statistischen Bundesamt verwendeten Konzepte zur Kostenmessung reichen. So rechnen Unternehmen nicht nur Auskunfts- und Dokumentationspflichten („enger Bürokratiebegriff“), sondern die gesamten Erfüllungskosten neuer Gesetzesvorschriften („erweiterter Bürokratiebegriff“), sowie Regulierungen durch (nicht-staatliche) Verbände und andere Organisationen und anfallende Audits („weiter Bürokratiebegriff“) der Bürokratie zu.

Da der Erfüllungsaufwand³⁶ somit das umfassendere Maß zur Einschätzung der unternehmerischen Bürokratiebelastung darzustellen scheint, wird im Folgenden seine Entwicklung betrachtet. Die neuste vorliegende Zahl für den Erfüllungsaufwand der deutschen Wirtschaft bezieht sich auf den Berichtszeitraum 2021/2022. Im Vergleich zum vorherigen Berichtsjahr hat sich der laufende Erfüllungsaufwand in diesem Zeitraum von circa 4,2 Milliarden Euro auf ungefähr 10,6 Milliarden Euro gesteigert. Ursächlich dafür war, mit Mehrkosten in Höhe von 5,7 Milliarden Euro, hauptsächlich der unternehmerische Aufwand infolge der Steigerung des gesetzlichen Mindestlohns. Wie der Normenkontrollrat betont, handelt es sich dabei um den höchsten Anstieg seit 2013/2014 – dabei bleibt es selbst ungeachtet der Mindestlohnerhöhung (Normenkontrollrat 2022). So wurde in den vier vorhergehenden Jahren die Wirtschaft entweder im Saldo entlastet oder nur bis zu 100 Millionen Euro belastet. Auch fielen die entlastenden Regelungsvorhaben mit 120 Millionen Euro im Berichtszeitraum 2021/2022 im Vergleich zu durchschnittlich 750 Millionen Euro in den vorherigen Berichtsjahren nur gering aus. Mit Ausnahme des aktuellen Berichtszeitraums hatten sich über die vergangenen Jahre die Belastungen, die unter dem Begriff „erweiterte Bürokratie“ zusammengefasst werden können, dementsprechend kaum verstärkt.

Ein weiterer Punkt, weshalb die Unternehmen die Bürokratiebelastung jedoch als immer einschränkender empfinden, könnte darin begründet sein, dass sowohl BKI wie auch der Erfüllungsaufwand sich ausschließlich auf bundesrechtliche Vorgaben beziehen. Für EU-Verordnungen, landesrechtliche Vorschriften oder kommunale Regeln gibt es dementsprechend keinerlei Transparenz bezüglich ihrer Bürokratiekosten, auch ihr Erfüllungsaufwand wird nicht

36 Der Erfüllungsaufwand erfasst den gesamten Zeitaufwand sowie die Kosten, die eine neue Regelung für ihre Adressaten auslöst. Der Erfüllungsaufwand wird seit 2011 jährlich im Berichtszeitraum von Juli bis Juni für die Unternehmen geschätzt. Er wird nicht preisbereinigt erhoben.

quantifiziert und somit nicht überprüft (Röhl 2020). Die Umsetzung von EU-Richtlinien und Verordnungen waren außerdem bis zuletzt nicht von der OIOO-Regel erfasst. Da der Rechtsrahmen von Unternehmen allerdings wesentlich durch EU-Gesetze geprägt wird (BDI 2023), dürften sowohl der BKI wie auch der vom Statistischen Bundesamt berechnete Erfüllungsaufwand für Unternehmen in den letzten Berichtsperioden nur das untere Ende der Bürokratiebelastung abbilden. Zusätzlich unterscheiden sich aufgrund des Föderalismus beispielsweise landesrechtliche Vergabeverfahren teils deutlich voneinander.

Im Oktober 2021 hatte die EU-Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2022 die Anwendung einer OIOO-Regel zwar beschlossen. Eine Evaluierung des Erfolgs dieser Maßnahme ist bisher noch nicht erfolgt. Laut eines Papiers der Bundeskabinettsklausur Ende August 2023³⁷ ist die Bundesregierung dabei, bei den europäischen Partnern für eine „EU-Bürokratieentlastungsinitiative“ zu werben. Dafür schlägt sie unter anderem eine umfangreiche Quantifizierung von Kostenfolgen von EU-Recht sowie die Schaffung eines europäischen BKI vor. Auch setzt sie sich für die Abschaffung doppelter Berichtspflichten ein.

Um die Bürokratiebelastung der Unternehmen zu verringern, sollte die Politik zunächst ihren Bürokratiebegriff mit dem „erweiterten“ oder noch besser dem „weiten Bürokratiebegriff“ der Unternehmen in Einklang bringen. Anstatt ausschließlich die Informationspflichten zu reduzieren, sollten die Auswirkungen neuer Regelungen umfassender beachtet werden: Der Digitalcheck, dem sich neue Gesetzentwürfe und Verordnungen der Bundesregierung seit dem 1. April 2023 unterziehen müssen, ist ein erster Schritt in diese Richtung. Dabei wird geprüft, ob die digitale Umsetzung der Vorhaben mitgedacht wurde. Beispielsweise wird begutachtet, ob im Erarbeitungsprozess eines Gesetzesentwurfs berücksichtigt wurde, wie potenziell durch das Vorhaben neu anfallende Daten gespeichert und zwischen Verwaltungseinheiten kommuniziert werden sollen. Zusätzlich wird auch geprüft, inwieweit die von einem Vorhaben ausgehenden Prozesse für Unternehmen und Bürger im Zusammenspiel mit der Verwaltung einfach zu bewältigen sind (LTO 2023).

Dass die Digitalisierung der Verwaltung allgemein das größte Potenzial für den Bürokratieabbau bietet, stellt auch der Normenkontrollrat fest. Gleichzeitig diagnostiziert er Deutschland ein Umsetzungsproblem: So konnten bis zur fünfjährigen Umsetzungsfrist Ende des Jahres 2022 nur 33 von geplanten 575 Onlineleistungen im Rahmen des 2017 verabschiedeten Onlinezugangsgesetzes (OZG)³⁸ angeboten werden. Dennoch wird der Digitalisierung in Deutschland im EU-Digitalindex über die vergangenen fünf Jahre insgesamt ein relativ guter

37 Bürokratieentlastung in Zeiten wie diesen – Papier zu einer besseren Rechtsetzung und modernen Verwaltung in Europa. Für die Kabinettsklausur in Meseberg am 29./30. August 2023.

38 Das 2017 verabschiedete OZG verpflichtete Bund, Länder und Gemeinden bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten und diese miteinander zu verknüpfen.

Fortschritt bestätigt, im Jahr 2013 belegt es den 13. Platz des Rankings und liegt damit über dem EU-Durchschnitt. Im Teilranking der digitalen Dienste der Behörden schneidet Deutschland mit dem 18. Platz allerdings nur im hinteren Teilnehmerfeld ab.

Im Mai 2023 wurde das zweite OZG (OZG 2.0) auf den Weg gebracht. Unter anderem wird darin vorgesehen, Verwaltungsleistungen aller Ebenen für Unternehmen über die kommenden fünf Jahren zu digitalisieren. Neben einem deutschlandweit einheitlichen Organisationskonto sollen Unternehmen unter anderem auch zustimmen können, dass Behörden benötigte Nachweise bei anderen Behörden abrufen können, was Verwaltungs- und Genehmigungsprozesse deutlich beschleunigen dürfte. Zentrale Vorschläge des Normenkontrollrates zur Verbesserung und Beschleunigung des Aufbaus einer digitalen Verwaltungsplattform blieben im OZG 2.0 allerdings unbeachtet (Normenkontrollrat 2023). So wird die geforderte Festlegung einheitlicher Standards und Schnittstellen zwar an das Bundesinnenministerium delegiert, wie genau diese definiert werden sollen, bleibt allerdings offen. Auch Zuständigkeitsfragen im Gefüge von Bund, Ländern und Kommunen bei der Entwicklung zentraler Plattformkomponenten bleiben weiter ungewiss. Da der aktuelle Gesetzentwurf ausdrücklich keinen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen vorsieht, ist der Umsetzungsdruck für die öffentliche Verwaltung gering.

Von einer ausführlichen Umsetzung des OZG 2.0. und der darunter vorgesehenen Digitalisierung des Austauschs von Unternehmen mit der öffentlichen Verwaltung sowie der Modernisierung der Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten aller Ebenen dürfte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in Deutschland besonders profitieren. Damit es dazu kommt, sollte die Politik die konkreten Vorschläge des Normenkontrollrats in der Umsetzung des Gesetzes beherzigen: Zunächst sollte die Effektivität des Gesetzes gesteigert werden. In diesem Kontext zentral ist, dass am Festhalten des „Einer für Alle“ Prinzips (EFA)³⁹ als Herangehensweise gerüttelt wird, stattdessen sollte der Bund einheitliche Architektur- und Standardisierungsvorgaben machen und IT-Basisinfrastrukturkomponenten zur Verfügung stellen. So dürfte eine grundsätzliche Interoperabilität von IT-Systemen und Software garantiert werden. Zusätzlich sollte das OZG 2.0 Zuständigkeiten von Ländern, Kommunen und dem Bund in einer Gesamtstrategie klar definieren (Netpolitik 2023). Neben der Prozessoptimierung sollte auch die effiziente Umsetzung der geplanten Vorhaben im OZG 2.0 strikter thematisiert werden: Um die Verbindlichkeit zu betonen und das Vertrauen der Unternehmen und Privatpersonen in das Voranschreiten der Digitalisierung nicht zu verlieren sollte eine Umsetzungsfrist in das Gesetz aufgenommen werden. Der Einbau eines Rechtsanspruches auf digitale Leistungen dürfte einen weiteren klaren Umsetzungsanreiz setzen (Netpolitik 2023).

39 Das EFA sieht vor, dass ein Land eine digitale Verwaltungsleistung entwickelt und die Lösung dann anderen Ländern und Kommunen zur Nachnutzung bereitstellt (Netpolitik 2023).

Schlussendlich sollte im Rahmen des Bürokratiebelastungsabbaus auch die oft negative Wahrnehmung von Bürokratie durch die Politik gezielt angegangen werden: So finden Studien, dass die empfundene Bürokratiebelastung unter anderem von der Sinnhaftigkeit, der Einfachheit der Formulierung oder der Beständigkeit der Vorgaben abhängt. Um Unternehmen das Gefühl der Überforderung in Bezug auf bürokratische Pflichten zu nehmen, sollten Normen daher knapp, aber einfach formuliert sein. Ebenso sollte der Sinn von Normen und damit in abstrakter Weise auch der indirekte Eigennutzen der Unternehmen an Bürokratie (wie die Gewährleistung von Rechts- und Planungssicherheit durch zu befolgende Gesetze) im besten Fall erkennbar sein.

Für eine einfache, bürokratiearme Gestaltung neuer Regelungen und Gesetze dürfte es außerdem förderlich sein, Praxischecks bezüglich der Eignung bestimmter Vorschriften unter Einbeziehung der betroffenen Behörden, Unternehmen und weiteren betroffenen Akteuren einzuführen, bevor diese verabschiedet werden. Unternehmen können somit den Bürokratieabbauprozess aktiv begleiten, was zu einer positiveren Grundstimmung gegenüber Verwaltungsanforderungen führen könnte. Solch einen Praxischeck bezüglich der Errichtung und Nutzung von Photovoltaikanlagen hat beispielsweise das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz durchgeführt (BMWK 2023). In einem Eckpunktpapier der Bundesregierung für ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV), das Ende August veröffentlicht wurde, ist von einem zukünftig häufigen Einsatz dieses neuen Instruments zu lesen, was begrüßenswert erscheint.

Das Eckpunktpapier zum BEG IV (BMJ 2023) listet außerdem weitere 28 Maßnahmen auf, welche in den kommenden Jahren in Verbindung mit dem Wachstumschancengesetz für eine Bürokratiekostenentlastung in Höhe von 2,3 Milliarden Euro sorgen soll. Unter anderem wird vorgesehen, zulasten der Schriftformerfordernis in vielen Rechtsbereichen die elektronische Form zur Regel zu machen. Noch liegt kein Referentenentwurf für das BEG IV vor. Da das BEG III bereits vor vier Jahren verabschiedet wurde und seine letzten Punkte Anfang 2022 umgesetzt wurden, sollte das Inkrafttreten eines BEG IV, auch vor dem Hintergrund des zuletzt wieder ansteigenden BKIs, zügig vorangetrieben werden.

II. Betrachtung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft

Im vergangenen Jahr war durch das Inkrafttreten des IRA eine Abwanderungswelle deutscher Industrieunternehmen in die USA befürchtet worden. Während in diesem Kontext zunächst von vielen Experten vor einem EU-USA Subventionswettstreit gewarnt worden war,⁴⁰ zeigen nun auch die Ergebnisse des Jahresmonitors, dass Subventionen allein für die meisten Un-

40 Vgl. z. B. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023a).

ternehmen noch kein ausschlaggebender Grund für Investitionen im Ausland sind. Dies wird ebenso von einer Umfrage der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern bestätigt, wonach nur 17 Prozent der befragten Firmen zusätzliche Investitionen mit dem IRA begründen.⁴¹ Im Folgenden soll evaluiert werden, warum die USA unbeachtet des IRAs so häufig als Hauptinvestitionsziel genannt wird. Im Kontext der möglichen Gründe, die deutsche Unternehmen dort zu Investitionen veranlassen, könnten dementsprechend Ideen für Maßnahmen zur Steigerung der Investitionstätigkeit in Deutschland formuliert werden.

Wichtiger als Subventionen dürften im transatlantischen Wettstreit um Investitionen neben den Energiekosten, welche in Europa wohl auch noch in den kommenden Jahren deutlich höher sein dürften als in den USA, besonders die volkswirtschaftliche Produktivität sein. Diese ist auch der Grund, warum die USA bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine und dem IRA ein äußerst attraktiver Investitionsstandort waren: Seit dem Ende der Finanzkrise im Jahr 2011 sind die deutschen Direktinvestitionen in die USA abgesehen vom Jahr 2016 kontinuierlich angestiegen.

Das Arbeitskostenniveau im verarbeitenden Gewerbe liegt in den USA zwar über dem Niveau von Deutschland – und damit überdurchschnittlich hoch. Dennoch belegt die USA im internationalen Ranking der Produktivitätsniveaus den zweiten Platz (hinter Dänemark). Zwar ist auch die Produktivität in Deutschland trotz einer in den Jahren 2019 und 2020 rückläufigen Arbeitsproduktivität weiterhin hoch, dennoch reicht sie nur für den achten Platz dieses Rankings. Insgesamt lag die Produktivität der USA im Jahr 2021 damit um 37 Prozent höher als in Deutschland.

Um Länder anhand ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu messen, eignet sich ein Lohnstückkostenvergleich – der Vergleich von Arbeitskosten zu Produktivität. In dieser Kategorie nimmt Deutschland unter 28 Vergleichsländern den siebten Platz ein, weit vor den USA, welche den viertletzten Platz belegen. Somit sind die deutschen Produktionskosten im internationalen Vergleich sehr hoch, die der USA dagegen sehr gering (Schröder 2022). Während die hohen Arbeitskosten in den USA dementsprechend beinahe vollumfänglich durch eine überdurchschnittlich hohe Produktivität kompensiert werden können, ist dies für Deutschland nicht möglich. Obwohl die Lohnkosten in den USA ebenfalls sehr hoch sind, dürften Unternehmen aufgrund gleichzeitig höherer Produktivität also eher bereit sein, diese in den USA als in Deutschland zu bezahlen.

Da das Arbeitskostenniveau der deutschen Industrie wohl auch über die kommenden Jahre in Anbetracht des Fachkräftemangels sowie der Lohnsteigerungen durch die Inflation kaum

41 Deutsch-Amerikanische Handelskammern (2023).

sinken dürfte (was genauso für die USA gelten dürfte), müsste das verarbeitende Gewerbe in Deutschland seine Produktivität deutlich steigern, um ähnlich niedrige Produktionskosten wie die USA aufzuweisen zu können.

Eine Option, die Produktivität in der deutschen Industrie zu steigern, dürfte der Einsatz von KI – entweder in einer stärkeren Ausprägung oder in neuen Bereichen – bieten. So haben empirische Studien eine positive Auswirkung der Nutzung von KI auf die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe belegt (Wang et al. 2023).

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass KI bereits von 27,5 Prozent der Unternehmen genutzt wird. Dennoch dürfte das Potenzial des KI-Einsatzes noch deutlich größer sein. Neben einem potenziellen Effizienzgewinn dürfte auch besonders der demografische Wandel, der bereits in naher Zukunft einen arbeitseinsparenden Technikeinsatz notwendig machen dürfte, genug Motivation für eine rasche Ausweitung der KI-Nutzung in der deutschen Industrie sein.

Bereits im Jahr 2019 hatte eine Studie im Auftrag des BMWK geschätzt, dass der zunehmende KI-Einsatz von 2019 bis 2023 zu zusätzlicher Bruttowertschöpfung in Höhe von 31,8 Milliarden Euro (dies entsprach einem Drittel des zum damaligen Zeitpunkt prognostizierten Bruttowertschöpfungszuwachses der Industrie bis zum Jahr 2023) führen dürfte (PAiCE 2019). Die Steigerung der KI-Intensität in der Industrie dürfte demnach zukünftig noch ausschlaggebender für Wertschöpfungssteigerungen werden. Um den Einsatz von KI im verarbeitenden Gewerbe voranzutreiben, ist die Investition in zukünftige Fachkräfte in diesem Bereich besonders wichtig. Neben umfangreicheren Investitionen in die KI-Bildung sowohl im Schul- und Ausbildungssystem als auch durch Fortbildungen, müssen außerdem Allianzen zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen gebildet werden. Denn obwohl Deutschland international eine Spitzenposition in der KI-Forschung einnimmt (Brühl 2023), ist der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft schwach (PAiCE 2019).

Ebenso zentral ist es, die Aufgeschlossenheit der Unternehmen und ihren Mitarbeitern bezüglich KI zu fördern und Ängsten und Vorurteilen (bspw. in Bezug auf einen Jobverlust durch Automatisierung) entgegenzuwirken. Da kleine und mittelständische Unternehmen, welche laut den Umfrageergebnissen derzeit noch in einem kleineren Umfang als große Unternehmen in KI investieren, einen großen Anteil an der deutschen Industrie haben, empfiehlt es sich außerdem, eine KI-Förderung gezielt auf die Bedürfnisse dieser Unternehmen abzustimmen.

Ein weiterer Ansatz, um die Effizienz der deutschen Industrie zu erhöhen, liegt in einer grundlegenden Erneuerung ihres Kapitalstocks. In Deutschland wird Kapital in Form von Ausrüstungen wie Maschinen weit über seine vorhergesehene Nutzungsdauer eingesetzt. Die

dadurch entstehende Kostenersparnis wird allerdings mit einem Produktivitätsverlust bezahlt: Der positive Zusammenhang zwischen Modernität des Kapitalstocks und Produktivität ist empirisch belegt (Michelsen und Junker 2023b). Der zum Erreichen der Klimaschutzziele nötige Umbau der deutschen Industrieproduktion hin zur Treibhausgasneutralität sollte daher von den Unternehmen auch als Chance für eine grundlegende Modernisierung des Kapitalstocks und einer damit einhergehenden Produktionskostensenkung wahrgenommen werden.

Neben der Steigerung der Effizienz der deutschen Industrieunternehmen dürfte auch die bürokratische Belastung der Unternehmen in den USA geringer ausfallen. So dauern beispielsweise Genehmigungsprozesse in den USA wesentlich kürzer als in Deutschland. Vorschläge zum deutschen Bürokratieabbau finden sich ausführlich in Abschnitt D.I.

Im Standortvergleich fällt außerdem die seit knapp zwei Jahren große Divergenz in der wirtschaftspolitischen Unsicherheit auf: Während diese in Deutschland bis zuletzt deutlich über ihrem historischen Durchschnitt liegt, ist die gemessene Unsicherheit in den USA seit der Überwindung der Pandemie unauffällig.⁴²

Besonders die Umsetzung der Energiewende und der Klimapolitik dürfte ursächlich für die in Deutschland erhöhte Unsicherheit sein. Da die damit verbundene empfundene Unbeständigkeit der Rahmenbedingungen Investitionen hemmen dürfte, sollte von Seiten der Politik ein Gesamtkonzept für die Energie- und Klimapolitik entwickelt werden (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2023b).

42 Hier wurde die Entwicklung des nachrichtenbasierten Economic Policy Uncertainty Indexes seit dem Jahr 2020 verglichen, vgl. Baker et al. (2016).

E. Fazit

Für die vorliegende Studie wurde das Investitionsverhalten deutscher Unternehmen untersucht und ausgewertet. Den Ergebnissen zufolge bleibt Deutschland im Jahr 2023 Hauptinvestitionsstandort der deutschen Unternehmen, mit 68,2 Prozent investieren mehr als zwei Drittel der Unternehmen ausschließlich in Deutschland. Dennoch ist der Standort versetzungsgefährdet: In Schulnoten bewertet erreicht der Investitionsstandort in den Augen der Unternehmen eine Durchschnittsnote von 3,8.

Obwohl die Unternehmensinvestitionen über die vergangenen Jahre einen positiven Trend aufweisen, hat sich ihre Dynamik verglichen zum BIP langfristig abgeschwächt. Eine Ausnahme bilden die unternehmerischen Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen immaterielle Investitionen wie beispielsweise in KI zählen. Außerdem ist der deutsche Kapitalstock veraltet, was negative Effekte auf Deutschlands Produktivität nach sich zieht.

Unternehmen sind in Deutschland für ungefähr 60 Prozent aller Investitionen verantwortlich. Besonders vor dem Hintergrund der grünen Transformation, die eine Umstrukturierung des Kapitalstocks zum Erreichen der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 vorsieht, müssten sie aktuell bereits drastisch mehr investieren.

Gegen einen positiven Impuls der Unternehmensinvestitionen – auch in absehbarer Zeit – sprechen die laut Umfrageergebnissen derzeit mangelhaften Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland: Im Mittelwert über alle Unternehmen betrachtet wirkt nicht ein einziger der abgefragten Einflussfaktoren anregend auf die Investitionstätigkeit. Als am wenigsten dämpfend wird trotz der andauernden konjunkturellen Schwächephase die Absatzlage der Unternehmen bewertet. Vor den Energiekosten landet am anderen Ende des Rankings der Einflussfaktoren die Regulierungsdichte und Bürokratie: Knapp 90 Prozent der Unternehmen stufen die Bürokratiebelastung in Deutschland mit Abstand als am stärksten investitionsdämpfend ein.

Unter anderem aufgrund des schlechten Investitionsklimas gibt mehr als die Hälfte der Unternehmen, die sowohl in Deutschland wie auch im Ausland investieren, an, in den kommenden Jahren den Anteil deutscher Investitionen verringern zu wollen. Hauptinvestitionsziele im Ausland sind an erster Stelle die USA, gefolgt von Polen, China und Indien. Im Vergleich zum Jahr 2023 dürfte die Anzahl an Unternehmen, die im europäischen Ausland investieren, über die kommenden Jahre rückläufig sein. Außerdem dürfte Indien zulasten Chinas an Bedeutung für deutsche Auslandsinvestitionen gewinnen.

*Deutschlands
Produktivität ist
gefährdet*

*Bürokratiebelastung
dämpft Investitionen
am stärksten*

Die Ergebnisse zeigen auch, dass die Auslandsaktivitäten der Unternehmen maßgeblich von der Größenklasse abhängen. Prinzipiell nimmt der Anteil der Unternehmen mit internationalem Investitionsschwerpunkt zu, je größer das Unternehmen gemessen an den Beschäftigtenzahlen ist.

*Mögliche
Subventionen sind
nicht der Grund für
Investitionen im
Ausland*

Hauptmotive für Investitionen ins Ausland sind nicht Subventionen, sondern hauptsächlich die Erschließung neuer Märkte. Deutsche Unternehmen scheinen demzufolge Potenzial für Kapazitätserweiterungen derzeit hauptsächlich im Ausland zu sehen. Ebenso sind die geringeren Lohn- und Energiekosten sowie weniger Regulierung ausschlaggebende Motive.

Im Vergleich zum Jahresmonitor 2017 spielen mit fast einem Drittel aller Unternehmen deutlich mehr Unternehmen mit dem Gedanken, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen – sofern sie bereits Auslandsinvestitionen tätigen oder diese planen. Besonders engagiert sind dabei die Industrieunternehmen. Außerdem denken die deutschen Unternehmen weiter global: Reshoring von Investitionen findet den Ergebnissen zufolge nicht statt.

Gemäß dem kontinuierlich steigenden Trend der sonstigen Anlageinvestitionen stellt der Bericht eine – im Vergleich zu Zahlen, die 2021 erhoben wurden – starke Dynamik der KI-Nutzung der deutschen Unternehmen fest. Insbesondere große Unternehmen nutzen KI, im Branchenvergleich sind die übrigen Dienstleister die Spitzenreiter in der KI-Nutzung. Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass bereits in ausnahmslos allen Unternehmensbereichen in KI investiert wird.

*Investitionen
in bestehenden
Kapitalstock sind
notwendig*

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland dringend gesteigert werden sollte, um im internationalen Vergleich als Investitionsstandort nicht an Bedeutung zu verlieren. Insbesondere muss der Bürokratieabbau vorangetrieben werden und dringend in den bestehenden Kapitalstock investiert werden, um Produktivitätssteigerungen zu erreichen.

F. Anhang

I. Stichprobenziehung

Zur Gewinnung von neuen Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmern für die diesjährige Befragung wurde eine Stichprobe von Unternehmen aus der Orbis Datenbank gezogen, welche von Bureau van Dijk zur Verfügung gestellt wird. Aus einem Bestand von mehr als einer Million wirtschaftsaktiver Unternehmen mit Sitz in Deutschland wurden Unternehmen mit bestimmten Charakteristika identifiziert und gezielt angeschrieben.

Die Identifikation der Unternehmen erfolgte im März 2023 durch Ziehung einer geschichteten Stichprobe.⁴³ Hierfür wurden die wirtschaftsaktiven Unternehmen der Orbis Datenbank über die Größenklasse und die Wirtschaftsabschnitte in Schichten eingeordnet.

Die Branche eines Unternehmens wird auf Grundlage der standardisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) definiert (Destatis 2008). Für die Stichprobenziehung wurden die Unternehmen entsprechend des zugehörigen Wirtschaftsabschnittes in Gruppen eingeteilt. Grundsätzlich werden Unternehmen aus den folgenden Wirtschaftsabschnitten für die Stichprobenziehung berücksichtigt: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (B), verarbeitendes Gewerbe (C), Energieversorgung (D), Wasserversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (E), Baugewerbe (F), Handel, Instandhaltung von Reparatur von Fahrzeugen (G), Verkehr und Lagerei (H), Gastgewerbe (I), Information und Kommunikation (J), Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (M), Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (N), Kunst, Unterhaltung und Erholung (R) und Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (S) ausschließlich der Interessensvertretungen (Bereich 94).

Die Größenklasse berechnet sich aus den Beschäftigtenzahlen eines Unternehmens und entspricht der Einteilung des Statistischen Bundesamtes: Das Unternehmensregister-System unterscheidet zwischen Unternehmen mit null bis neun, zehn bis 49, 50 bis 249 und mehr als 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Destatis 2022).

In einem zweiten Schritt des Verfahrens wurde eine spezifizierte Anzahl an Unternehmen je Schicht zufällig ausgewählt und auf postalischem Weg eingeladen, an der Umfrage teilzunehmen. Insgesamt wurden durch dieses Verfahren etwa 12.000 Unternehmen identifiziert und in die Befragung einbezogen.

43 Die Methodik stellt sicher, dass Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche und Größenklassen in der Stichprobe enthalten sind.

II. Gewichtungskriterien

Da die Verteilung der befragten Unternehmen in der Stichprobe über die Größenklassen und die Branchen nicht exakt mit der Verteilung der deutschen Volkswirtschaft über ebenjene Merkmale übereinstimmt, werden Korrekturfaktoren zur Berechnung von repräsentativen Ergebnissen für die Stichprobe eingesetzt.

Die Soll-Werte für die Branchen und Größenklassen orientieren sich an den Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Branche und Größenklasse, welche durch das Unternehmensregister des Statistischen Bundesamtes publiziert werden (Destatis 2022). Unternehmen werden hierfür je nach Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in eine von vier Größenklassen eingeteilt (vgl. Anhang F.I.) und es wird die Summe über die Beschäftigten in den einzelnen Größenklassen ermittelt.

Darüber hinaus stehen die Werte untergliedert für jede Branche zur Verfügung, sodass der Anteil der Beschäftigten je Größenklasse für jede Branche berechnet werden kann und eine Gewichtung über die Variablen Branche und Beschäftigtenzahl ermöglicht wird.

Die Branche eines Unternehmens wird auf Grundlage der standardisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) definiert, wobei Wirtschaftsabschnitte aufgrund zu geringer Fallzahlen für einzelne Schichten für den Gewichtungsprozess wie folgt zusammengefasst wurden: Das produzierende Gewerbe enthält Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe (C) und dem Bergbau (B). Die Bereiche der Energie- und Wasserversorgung (D, E) werden zusammengefasst. Unternehmen aus dem Baugewerbe (F), aus dem Bereich Handel und Instandhaltung von Kfz (G) und aus dem Gastgewerbe (I) werden jeweils separat klassifiziert. Die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (M), die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (N), das Grundstücks- und Wohnungswesen (L), die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (K) werden ebenfalls einzeln erfasst. Unternehmen aus dem Informations- und Kommunikationswesen (J), dem Bereich von Kunst, Unterhaltung und Erholung (R), dem Verkehrswesen (H) und der sonstigen Dienstleistungen (S) werden unter der Kategorie übrige Dienstleistungen subsumiert.

Jedes teilnehmende Unternehmen der Stichprobe wird einer Klasse von Branche und Beschäftigtenzahl zugeordnet und geht so entsprechend dem volkswirtschaftlichen Gewicht dieser Klasse, welches durch die Sollwerte des Statistischen Bundesamtes bestimmt wird, in die Berechnung der Ergebnisse ein. Klassen, die gemessen an der volkswirtschaftlichen Bedeutung beziehungsweise der Beschäftigtenzahl tendenziell zu gering in der Unternehmensbefragung vertreten sind, werden durch die Korrekturfaktoren dementsprechend höher

gewichtet. Durch dieses Verfahren wird die Repräsentativität der Ergebnisse auf aggregierter Ebene sichergestellt.

Aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung der Familien- und Nicht-Familienunternehmen über Branchen und Größenklassen wird der Gewichtungprozess jeweils für die Gruppe der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen separat vorgenommen. Unternehmen, für die nach Einzelfallrecherche keine Informationen zur Branchenzugehörigkeit oder Größenklasse vorliegen oder keine Zuordnung in Familienunternehmen oder Nicht-Familienunternehmen möglich ist, wurden für den Gewichtungprozess nicht berücksichtigt. Schlussendlich gewährleistet der Gewichtungprozess für die Stichprobe eine ähnliche Zusammensetzung der Familienunternehmen im Vergleich zu den Nicht-Familienunternehmen in Hinblick auf Branchen und Größenklassen, sodass Ergebnisse zwischen den Unternehmensformen vergleichbar werden und Unterschiede nicht auf die Branchenzusammensetzung und die Verteilung der Größenklassen zurückgehen sollten. Nichtsdestoweniger kann der Gewichtungprozess keine vollständige Vergleichbarkeit herstellen, da Unterschiede innerhalb der Klassen nicht korrigiert werden können. Aufgrund von fehlenden Informationen des Statistischen Bundesamts zur Zusammensetzung von Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen über Größenklassen und Branchen kann der Gewichtungprozess außerdem nicht gewährleisten, dass die Verteilung über Größenklassen und Branchen innerhalb der Gruppe der Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen in der Befragung der tatsächlichen Verteilung in der deutschen Volkswirtschaft entspricht.

III. Top 500 Familienunternehmen und Kontrollgruppe

Zusätzlich zu den zufällig ausgewählten Unternehmen der Stichprobe wurden die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer aus dem letzten Jahr sowie die durch das Institut für Mittelstandsforschung identifizierten Top 500 Familienunternehmen – die gemessen an Umsatz und Beschäftigtenzahlen jeweils 500 größten deutschen Familienunternehmen – eingeladen, an der Befragung teilzunehmen.

Um eine entsprechende Vergleichsgruppe bestehend aus Nicht-Familienunternehmen mit ähnlicher Branchen- und Größenstruktur für die Top 500 Familienunternehmen aufbauen zu können, wurden im Vorfeld potenzielle Nicht-Familienunternehmen für die Kontrollgruppe identifiziert. Hierfür wurden aus der Orbis Datenbank Unternehmen mit geeigneten Merkmalen in Hinblick auf Größenklasse und Branche ausgewählt und anhand ihrer Gesellschafterstrukturen in Familien- und Nicht-Familienunternehmen klassifiziert. Auf diesem Wege konnten etwa 500 Nicht-Familienunternehmen für eine potenzielle Kontrollgruppe ausgewählt werden. Diese Unternehmen wurden ebenfalls eingeladen, an der Befragung teilzunehmen.



Studie „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen, 6. Auflage und Schwerpunkt „Ausbildungsengagement““ (2023), mit Top 500 Familienunternehmen

Insgesamt haben 74 der Top 500 Familienunternehmen an der Befragung teilgenommen. Für 41 dieser Unternehmen konnte unter den teilnehmenden Firmen ein entsprechendes Nicht-Familienunternehmen mit ähnlichen Merkmalen in Hinblick auf Branche und Größenklasse gefunden werden, sodass für die separate Auswertung 41 Zwillingsspärchen zur Verfügung stehen. Für 33 Unternehmen der Top 500 Familienunternehmen war keine Zuordnung zu einem Nicht-Familienunternehmen mit ähnlichen Eigenschaften (Größenklasse, Wirtschaftsabschnitt) möglich. Die Auswertung der Zwillingunternehmen gibt Aufschluss darüber, wie die größten Familien- und Nicht-Familienunternehmen den Investitionsstandort Deutschland sehen.

Für die Zuordnung der Nicht-Familienunternehmen der Kontrollgruppe zu den Top 500 Familienunternehmen wurden die teilnehmenden Unternehmen zunächst auf Grundlage der standardisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) in Wirtschaftsabschnitte (vgl. Anhang F.I.) und auf Basis der Beschäftigtenzahlen in Größenklassen⁴⁴ eingeteilt. Die Zuweisung eines Nicht-Familienunternehmens zu einem Unternehmen der Top 500 Familienunternehmen erfolgte im Rahmen einer manuellen Prüfung bei möglichst großer Überschneidung der Branchen- und Größenklassenmerkmale.

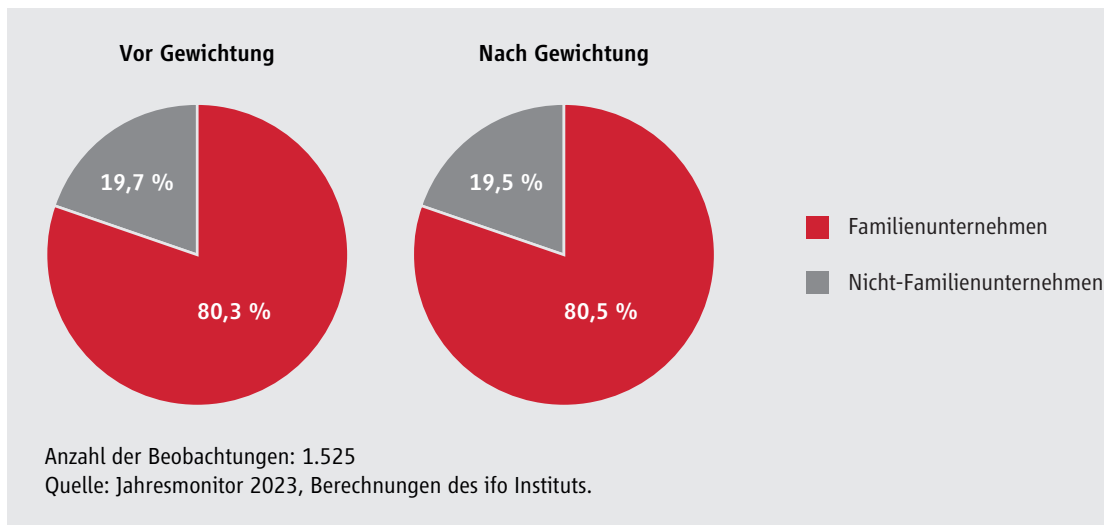
IV. Teilnehmende Unternehmen und Gewichtung

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen Überblick über die Verteilung der befragten Unternehmen über Unternehmensformen (Familienunternehmen versus Nicht-Familienunternehmen), Sektoren, Größenklassen und Rechtsformen jeweils vor und nach dem Gewichtungsprozess. Die Verteilung vor dem Gewichtungsprozess beschreibt die Verteilung der teilnehmenden Unternehmen an der Befragung. Jene nach dem Gewichtungsprozess kennzeichnet, in welchem Verhältnis unterschiedliche Sektoren und Größenklassen in die Berechnung der Gesamtergebnisse einfließen. Die Branchen- und Größenstruktur wird sowohl für die Stichprobe als auch für die Top 500 Familienunternehmen und die Vergleichsgruppe dargestellt.

Die Klassifizierung der Unternehmen in Familien- oder Nicht-Familienunternehmen basiert in dieser Untersuchung auf der Selbstidentifikation. Die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden im Rahmen der Befragung gebeten, sich der Klasse der Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen zuzuordnen. Eine kleine Gruppe der befragten Unternehmen hat im Rahmen der diesjährigen Befragung keine Angabe gemacht, ob das Unternehmen als Familienunternehmen oder Nicht-Familienunternehmen einzustufen ist. Die fehlenden Angaben wurden in Einzelfallrecherche aufgefüllt oder mit Angaben zur Unternehmensform aus den vorherigen Befragungen ergänzt.

44 Größenklassen: 0 bis 249 Beschäftigte, 250 bis 999 Beschäftigte, 1.000 bis 9.999 Beschäftigte, > 10.000 Beschäftigte.

Abbildung 26: Familienunternehmen versus Nicht-Familienunternehmen in der Stichprobe



Von den 1.525 antwortenden Unternehmen in der Stichprobe werden dementsprechend 80 Prozent der Unternehmen als Familienunternehmen eingestuft – dies entspricht 1.224 Unternehmen (vgl. Abbildung 26). Knapp 20 Prozent der Unternehmen in dieser Untersuchungsgruppe (insgesamt N = 301) werden der Klasse der Nicht-Familienunternehmen zugeordnet. Die Verteilung der Unternehmensformen wird durch den Gewichtungsprozess nur minimal verändert.

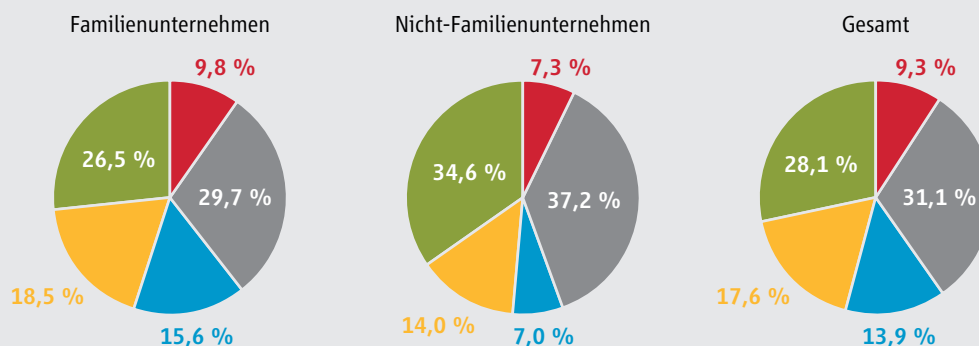
1. Sektoren

In Bezug auf die Verteilung der befragten Unternehmen in der Stichprobe über die Sektoren ergibt sich folgendes Bild (vgl. Abbildung 27): 31,1 Prozent der Unternehmen gehören nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) dem produzierenden Gewerbe an, welches sich aus dem verarbeitenden Gewerbe (C), dem Bergbau (B) und den Unternehmen aus dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung (D und E) zusammensetzt.

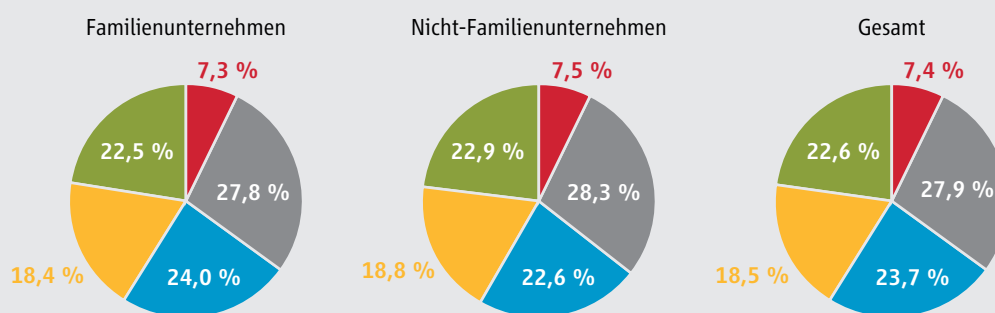
Der Anteil des produzierenden Gewerbes liegt mit 37,2 Prozent unter den Nicht-Familienunternehmen deutlich höher als in der Gruppe der Familienunternehmen mit 29,7 Prozent, was insbesondere auf den höheren Anteil an Nicht-Familienunternehmen aus dem Bereich Energie- und Wasserwirtschaft zurückzuführen ist.

Abbildung 27: Verteilung der teilnehmenden Unternehmen der Stichprobe über Sektoren vor und nach dem Gewichtungprozess

Vor Gewichtung:



Nach Gewichtung:



Anzahl der Beobachtungen: 1.525

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Die Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor stellen mit einem Anteil von 59,6 Prozent in der Stichprobe insgesamt die meisten Unternehmen in der Befragung, wobei hier zwischen dem Bereich der Unternehmensdienstleistungen⁴⁵, dem Handel (G) und Gastgewerbe (I) und den übrigen Dienstleistungen⁴⁶ differenziert werden soll. 13,9 Prozent der antwortenden Unternehmen gehören hierbei dem Handel und Gastgewerbe an, weitere 17,6 Prozent sind dem Bereich der Unternehmensdienstleistungen zugehörig und 28,1 Prozent werden den übrigen Dienstleistungen zugeordnet. Die Unterschiede in der Verteilung über die Branchen

45 Unternehmen aus den Wirtschaftsabschnitten M (freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen) und N (sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen) werden unter den Begriff Unternehmensdienstleistungen subsumiert.

46 Zu den übrigen Dienstleistungen zählen die folgenden Branchen nach WZ 2008 Klassifikation: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (K), Grundstücks- und Wohnungswesen (L), Informations- und Kommunikationswesen (J), Kunst, Unterhaltung und Erholung (R), Verkehr und Lagerei (H) sowie sonstige Dienstleistungen ausschließlich der Interessensvertretungen (S).

zwischen den Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen sind zum Teil deutlich: Während der Anteil von Unternehmen aus dem Handel und Gastgewerbe unter den Nicht-Familienunternehmen in der Stichprobe 7 Prozent beträgt, liegt der Anteil dieses Sektors unter den Familienunternehmen bei 15,6 Prozent. Im Gegensatz hierzu gehören mehr Nicht-Familienunternehmen dem Informations- und Kommunikationswesen, dem Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie der Wohnungswirtschaft an.

Zum Baugewerbe zählen insgesamt etwa 9 Prozent der Unternehmen in der Stichprobe. In der Gruppe der Familienunternehmen ist das Baugewerbe mit einem Anteil von rund 10 Prozent etwas stärker vertreten als bei den Nicht-Familienunternehmen mit etwa 7 Prozent.

Entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gemessen an den Beschäftigtenzahlen über Branchen und Größenklassen werden Unternehmen aus dem Handel im Rahmen des Gewichtungsprozesses aufgewertet, während Unternehmen aus dem Bereich der übrigen Dienstleistungen weniger stark gewichtet werden. Alle anderen Wirtschaftszweige entsprechen in etwa der ungewichteten Verteilung: So gehen das produzierende Gewerbe mit 27,9 Prozent, die übrigen Dienstleistungen mit 22,6 Prozent, der Handel und das Gastgewerbe mit 23,7 Prozent, die Unternehmensdienstleister mit 18,5 Prozent und das Baugewerbe mit 7,4 Prozent in das Gesamtergebnis ein. Insbesondere fallen die Antworten von Nicht-Familienunternehmen aus dem Handel im Zuge des Gewichtungsprozesses deutlich stärker ins Gewicht als Unternehmen aus dem Bereich der übrigen Dienstleistungen. In Hinblick auf das produzierende Gewerbe gleicht der Gewichtungsprozess die Verteilung der Familien- und Nicht-Familienunternehmen entsprechend der Sollwerte des Statistischen Bundesamtes an, im Zuge dessen werden Nicht-Familienunternehmen aus dem Bereich der Energie- und Wasserwirtschaft weniger stark gewichtet.

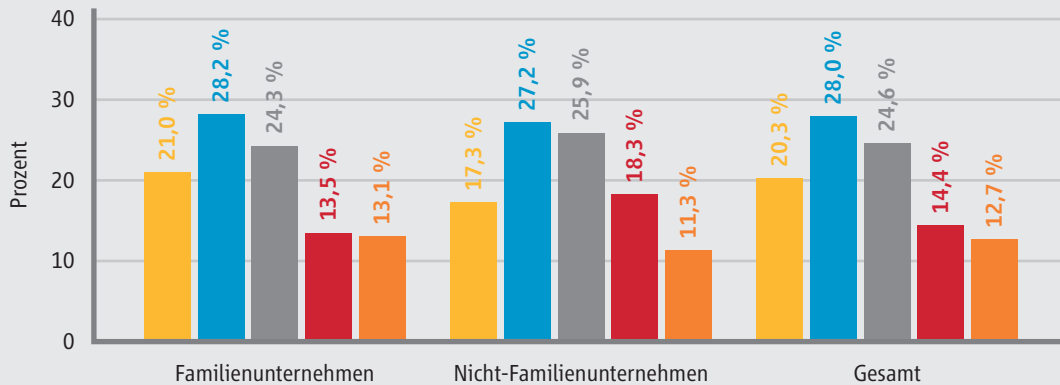
Unterschiede zwischen den Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen hinsichtlich der Verteilung über die definierten Sektoren sind nach dem Gewichtungsprozess kaum noch vorhanden, wie in Abbildung 27 ersichtlich wird, innerhalb der Sektoren können jedoch Unterschiede bestehen.⁴⁷

47 Das Verfahren korrigiert keine Unterschiede zwischen Familien- und Nicht-Familienunternehmen innerhalb der definierten Branchen aus dem Gewichtungsprozess. So ist der Anteil der Unternehmen aus dem Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (R), welcher unter die übrigen Dienstleistungen subsumiert wird, in der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen etwas höher als bei den Familienunternehmen. Aufgrund geringer Fallzahlen ist eine separate Gewichtung des Wirtschaftsabschnittes jedoch nicht angebracht.

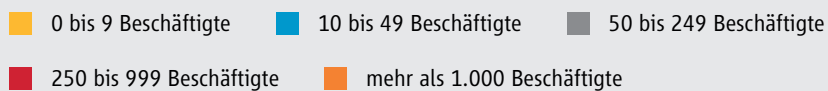
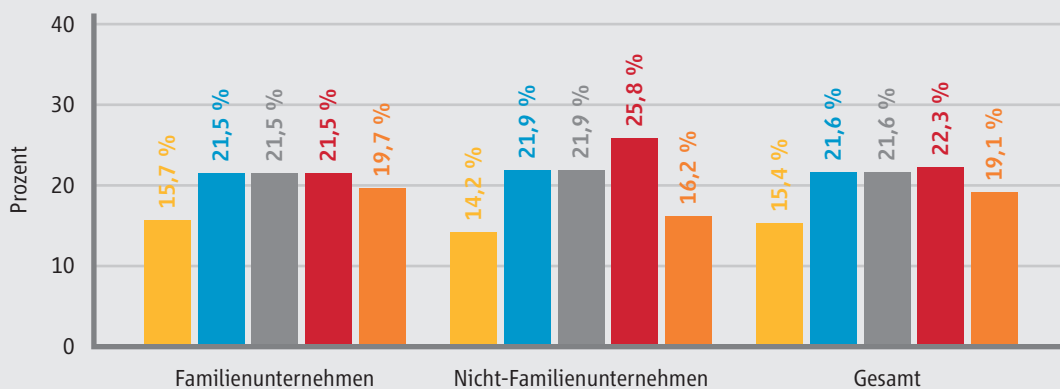
2. Größenklassen

Abbildung 28: Verteilung der teilnehmenden Unternehmen der Stichprobe über Größenklassen vor und nach dem Gewichtungprozess

Vor Gewichtung:



Nach Gewichtung:



Anzahl der Beobachtungen: 1.525

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 28 zeigt die Verteilung der Familienunternehmen, der Nicht-Familienunternehmen und der Gesamtheit der Umfrageteilnehmer in der Stichprobe nach Größenklassen gemessen an den Beschäftigtenzahlen vor und nach dem Gewichtungprozess. Fast die Hälfte der teilnehmenden Unternehmen haben weniger als 50 Beschäftigte. Dabei weisen 20,3 Prozent der Unternehmen weniger als zehn Beschäftigte auf, 28,0 Prozent der Unternehmen sind der Größenklasse von zehn bis 49 Beschäftigten zuzuordnen. Etwa ein Viertel der befragten Unternehmen in der Stichprobe beschäftigen 50 bis 249 Personen, 14,4 Prozent der Unternehmen weisen 250 bis 999 Beschäftigte aus und 12,7 Prozent beschäftigen mehr als 1.000 Mitarbeitende. Bei einer differenzierten Betrachtung zwischen Familienunternehmen und

Nicht-Familienunternehmen fällt auf, dass bei den Familienunternehmen sehr kleine Unternehmen (weniger als 10 Beschäftigte) mit 21,0 Prozent zahlreicher vertreten sind als bei den Nicht-Familienunternehmen (17,3 Prozent), wohingegen die Nicht-Familienunternehmen im Bereich zwischen 250 und 999 Beschäftigte mit 18,3 Prozent einen höheren Anteil aufweisen als die Familienunternehmen mit 13,5 Prozent.

Insgesamt ist die Beteiligung von großen Unternehmen gemessen an der volkswirtschaftlichen Bedeutung und den Beschäftigtenzahlen allerdings zu gering, sodass die Antworten derjenigen Unternehmen potenziell stärker gewichtet werden, je größer deren Beschäftigtenzahl ist. Die Gruppe der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten wird demnach deutlich aufgewertet und fließt in der Konsequenz stärker in die Berechnung der Gesamtergebnisse ein, während beispielsweise Unternehmen mit null bis neun Beschäftigten entsprechend der volkswirtschaftlichen Bedeutung ein geringeres Gewicht erhalten.

Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen in Hinblick auf die Größenklassen, werden im Zuge des Gewichtungprozesses weitgehend ausgeglichen.

3. Rechtsformen

Die Verteilung der teilnehmenden Unternehmen in der Stichprobe über die Rechtsformen wird in Abbildung 29 dargestellt. Grundsätzlich werden die Unternehmen entsprechend ihrer Rechtsform in Einzelunternehmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften unterteilt. Im Detail gelten beispielsweise die Aktiengesellschaften (z. B. AG), die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH und Limited) und die Kommanditgesellschaften auf Aktien (z. B. KGaA, GmbH & Co. KGaA, AG & Co. KGaA) als Kapitalgesellschaft. Die offene Handelsgesellschaft (OHG) und die Kommanditgesellschaften (z. B. KG, AG & Co. KG, UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG, KG & Co. KG, GbR & Co. KG sowie die Sonderform der GmbH & Co. KG) werden unter anderem als Personengesellschaften bezeichnet.

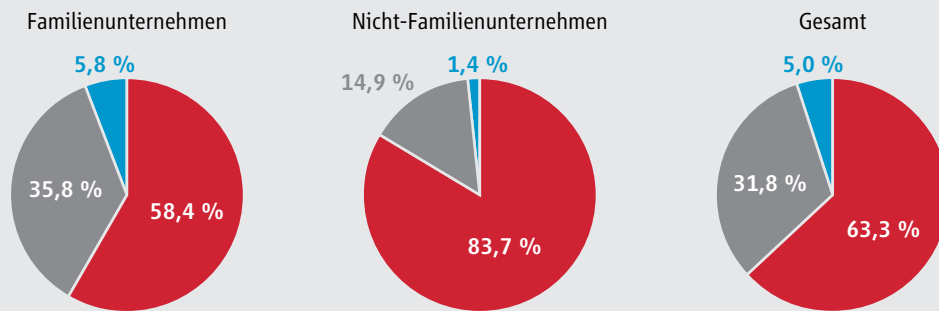
Insgesamt sind 63,3 Prozent der antwortenden Unternehmen als Kapitalgesellschaften zu bezeichnen, 31,8 Prozent der Unternehmen werden der Gruppe der Personengesellschaften zugeordnet und bei 5,0 Prozent der Unternehmen in der Stichprobe handelt es sich um Einzelunternehmen.

Der Anteil der Kapitalgesellschaften bei den Nicht-Familienunternehmen ist mit 83,7 Prozent deutlich höher als bei den Familienunternehmen mit 58,4 Prozent. Im Gegensatz dazu gehören deutlich mehr Familienunternehmen den Personengesellschaften und Einzelunternehmen an. Diese Konstellation bleibt auch nach der Gewichtung bestehen: Personengesellschaften und Einzelunternehmen sind unter den Familienunternehmen deutlich häufiger vorzufinden

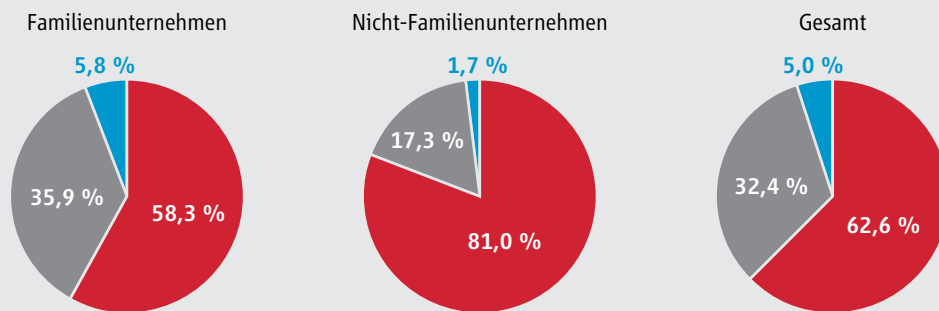
als bei den Nicht-Familienunternehmen, während die Kapitalgesellschaften bei den Nicht-Familienunternehmen einen sehr großen Anteil ausmachen.

Abbildung 29: Veränderung der Verteilung der Unternehmen in der Stichprobe nach Rechtsform vor und nach dem Gewichtungsprozess

Vor Gewichtung:



Nach Gewichtung:



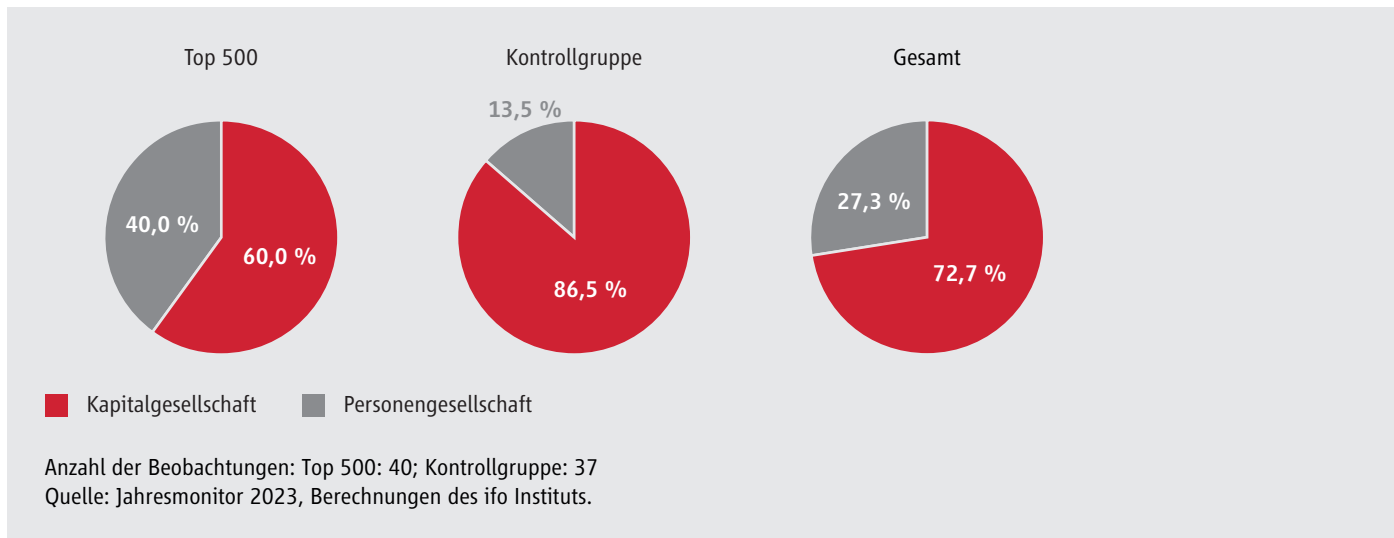
■ Kapitalgesellschaft ■ Personengesellschaft ■ Einzelunternehmen

Anzahl der Beobachtungen: 1.505

Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

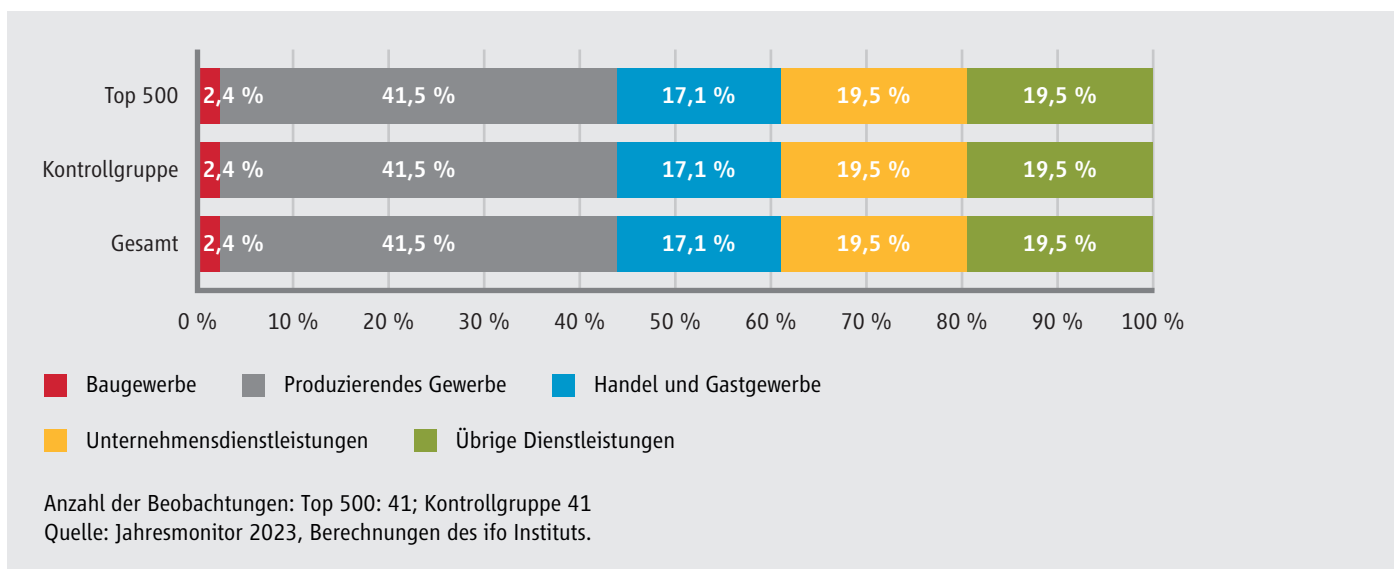
Interessant ist darüber hinaus die Verteilung der Rechtsformen in der Gruppe der Unternehmen, welche den Top 500 Familienunternehmen angehören und der entsprechenden Kontrollgruppe bestehend aus Nicht-Familienunternehmen derselben Branchen- und Größenstruktur (vgl. Abbildung 30). Während der Anteil der Kapitalgesellschaften in der Kontrollgruppe der Nicht-Familienunternehmen bei über 86,5 Prozent liegt, findet sich unter den zugeordneten Top 500 Familienunternehmen nur in 60,0 Prozent der Unternehmen die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft und in 40,0 Prozent der Fälle die Rechtsform einer Personengesellschaft.

Abbildung 30: Verteilung der Top 500 Familienunternehmen und der Kontrollgruppe nach Rechtsformen



In Hinblick auf die Größenstruktur der teilnehmenden Top 500 Familienunternehmen und der entsprechenden Kontrollgruppe ergeben sich geringe Unterschiede, hinsichtlich der Branchenzugehörigkeit überhaupt keine. Dies begründet sich mit der möglichst passgenauen Zuordnung der jeweiligen Zwillingsspärchen aus den teilnehmenden Top 500 und der entsprechenden Kontrollgruppe der Nicht-Familienunternehmen.

Abbildung 31: Verteilung der Top 500 Familienunternehmen und der Kontrollgruppe über Sektoren



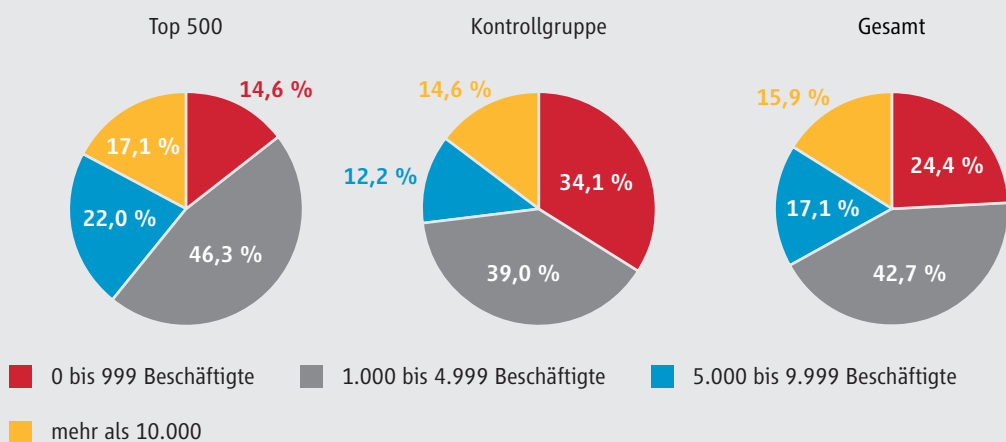
Jeweils etwa 41,5 Prozent der Top 500 Familienunternehmen und der Kontrollgruppe in der Befragung sind dem produzierenden Gewerbe zuzurechnen, jeweils 19,5 Prozent der

Unternehmen in beiden Gruppen zählen zu den Unternehmensdienstleistungen sowie zu den übrigen Dienstleistungen und rund 17,1 Prozent der befragten Unternehmen werden dem Handel und Gastgewerbe zugerechnet (vgl. Abbildung 31). Nur 2,4 Prozent der Unternehmen gehören dem Baugewerbe an.

In Hinblick auf die Verteilung der Größenklasse ergeben sich zwischen den Top 500 Familienunternehmen und der Kontrollgruppe leichte Unterschiede (vgl. Abbildung 32). Für die Kategorie der Unternehmen mit mehr als 10.000 Beschäftigten stimmt die Anzahl der Unternehmen in der Kontrollgruppe (sechs Unternehmen) nahezu mit der Referenzgruppe überein (sieben Unternehmen). Für die weiteren Kategorien verbleiben geringe Differenzen. Die größten Abweichungen bestehen in der Größenklasse unter 1.000 Beschäftigten. Hier gibt es mit 14 Unternehmen in der Kontrollgruppe fast doppelt so viele Teilnehmende wie bei den TOP 500 Familienunternehmen (sechs Unternehmen). In der Größenklasse 1.000 bis 4.999 Beschäftigte sind es mit 19 Unternehmen mehr Top 500 Firmen als in der Kontrollgruppe mit 16 Unternehmen. Die Anzahl der zu vergleichenden Unternehmen von 5.000 bis unter 10.000 Beschäftigten zeigen mit neun bei den Top 500 und fünf in der Kontrollgruppe ebenfalls leichte Abweichungen.

In Hinblick auf die Zusammensetzung der Top 500 Familienunternehmen und der Vergleichsgruppe kann festgehalten werden, dass die Gruppen angesichts der Branche nahezu vollständig übereinstimmen und die Größenklasse trotz leichter Abweichungen einen soliden Vergleich ermöglicht.

Abbildung 32: Verteilung der Top 500 Familienunternehmen und der Kontrollgruppe über Größenklassen



Anzahl der Beobachtungen: Top 500: 41; Kontrollgruppe: 41
 Quelle: Jahresmonitor 2023, Berechnungen des ifo Instituts.

V. Fragebogen

ifo Institut - Zentrum für Makroökonomik und Befragungen
Rücksendung bitte bis zum 30.08.2023

Postfach 860460
81631 München
Fax: 089 9224-1508 oder 089 9224-1463

176993 - 12

ifo INSTITUT

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.
Rückfragen bitte an:
Fr. von Maltzan
Tel.: 089 9224-1265
unternehmensmonitor@ifo.de

Investitionsstandort Deutschland

Bitte beachten Sie, dass es bei der Befragung um Investitionsprojekte geht, die zur Schaffung neuer Standorte und neuer Arbeitsplätze führen; Portfolio- und M&A-Investitionen sollen hier nicht berücksichtigt werden.

1) Wie bewerten Sie Deutschland als Investitionsstandort für Ihr Unternehmen in Schulnoten von 1-6?

1 (sehr gut) 2 3 4 5 6 (ungenügend) Weiß nicht

2) Welche Faktoren beeinflussen 2023 Ihre Investitionstätigkeit in Deutschland in positiver/negativer Richtung?

Einflussfaktoren:	Deutliche Anregung	Leichte Anregung	Kein Einfluss	Leichte Dämpfung	Deutliche Dämpfung	Weiß nicht
Absatzlage/-erwartung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzierungsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachkräfteangebot	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Regulierungsdichte/Bürokratie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Infrastruktur	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Energiekosten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Arbeitskosten/Lohnkosten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steuerliche Rahmenbedingungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stand der Digitalisierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3a) Nutzen Sie künstliche Intelligenz (KI) in Ihrem Unternehmen oder planen dies in Zukunft?

Ja Geplant für die Zukunft Nein Nicht relevant Weiß nicht

→ Bei „Nein“ oder „Nicht relevant“ weiter mit Frage 4a

3b) Welchen Anteil macht Ihre Investition in KI am gesamten Investitionsvolumen Ihres Unternehmens aus?

Anteil in %: _____ (Schätzwert) Weiß nicht

3c) Wie hoch ist das Investitionsvolumen in KI in 2023 in folgenden Bereichen?

	Hoch	Mittel	Gering	Nicht existent	Nicht relevant	Weiß nicht
Produktion	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschaffung (Logistik/Lieferketten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Marketing/Sales	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Customermanagement	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Produktentwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Verwaltung/Administration	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4a) Wie verteilen sich Ihre Investitionen auf Deutschland und andere Länder in 2023? (in Prozent, Summe 100 %)

Deutschland: _____% Andere Länder: _____% Weiß nicht

4b) Wie hat sich der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland verändert bzw. wird sich voraussichtlich entwickeln?

Der Anteil unserer Investitionen in Deutschland...	gestiegen/steigen	gleich geblieben/gleich bleiben	gesunken/sinken	Wir investieren ausschließlich in Deutschland	Weiß nicht
...ist in den letzten fünf Jahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
...wird in den nächsten Jahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

→ Wenn Sie ausschließlich in Deutschland investieren und auch in den nächsten fünf Jahren keine Auslandsinvestitionen planen, bitte weiter zum Block mit den Statistischen Informationen.

5a) In welchen Ländern außerhalb Deutschlands werden Sie in 2023 und voraussichtlich in den nächsten 5 Jahren hauptsächlich investieren? (Maximal 3 Nennungen, nach Rangfolge)

In 2023:	1.	2.	3.	Weiß nicht <input type="checkbox"/>
In den nächsten 5 Jahren:	1.	2.	3.	<input type="checkbox"/>

5b) Planen Sie in diesem Zusammenhang, bestehende Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern?

Ja, und zwar etwa _____ % der inländischen Arbeitsplätze Nein Weiß nicht

6) Was sind die Hauptgründe für Ihre Investitionen im Ausland? (Max. 3 Nennungen)

Niedrigere Energiekosten Senkung der Lohnkosten

Attraktiveres Subventionsumfeld Senkung „sonstiger Kosten“

Erschließung neuer Märkte Günstigere steuerliche Rahmenbedingungen im Ausland

Mehr Fachkräfte/Arbeitskräfte Weniger staatliche Regulierung (bessere Regulierungsbedingungen im Ausland)

Sonstige: _____

7) Planen Sie bestehende Auslands-Investitionen nach Deutschland zurück zu verlagern?

Ja Nein Weiß nicht

Statistische Informationen für das Jahr 2022

Umsatz und Beschäftigte

Beschäftigte im Inland (in Köpfen): _____ Umsatz im Inland (in Mio. €): _____

Beschäftigte im Ausland (in Köpfen): _____ Umsatz im Ausland (in Mio. €): _____

Wie viele Personen sind in folgenden Positionen tätig?	Männer	Frauen
Gesellschafter(innen)/Eigentümer(innen)	_____	_____
Geschäftsleitung/Vorstand	_____	_____
Aufsichtsgremium/Beirat (sofern vorhanden)	_____	_____

Bezeichnen Sie Ihr Unternehmen als Familienunternehmen? Ja Nein

Bei Familienunternehmen bitte ankreuzen bzw. ausfüllen:	Ja	Nein
Sind Familienmitglieder in der Geschäftsleitung aktiv?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ist im Familienunternehmen ein Aufsichtsgremium vorhanden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sind Familienmitglieder in Aufsichtsgremien aktiv?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gibt es Nachfolger aus der Familie für die Geschäftsleitung?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gibt es Nachfolger aus der Familie für die Aufsichtsgremien?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In welcher Generation wird das Unternehmen derzeit geführt?	_____	
Wie viele Familienmitglieder sind Eigentümer des Unternehmens?	_____	

Ausgefüllt am: _____ (Datum)

176993 - 12

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Mittelwerte verschiedener Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland nach Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen.....	18
Tabelle 2:	Mittelwerte verschiedener Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit von Unternehmen in Deutschland nach Beschäftigtenzahlen (Größenklassen).....	20
Tabelle 3:	Mittelwerte der Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit nach geografischem Investitionsfokus.....	24
Tabelle 4:	Hauptgründe für Investitionen im Ausland nach Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen.....	39
Tabelle 5:	Hauptgründe für Investitionen im Ausland nach Beschäftigtenzahlen (Größenklassen).....	40
Tabelle 6:	Investitionsvolumen in KI je Funktionsbereich nach Unternehmensform	48
Tabelle 7:	Investitionsvolumen in KI je Funktionsbereich nach Sektor	49

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Unternehmensinvestitionen nach Anlagegütern	2
Abbildung 2:	Unternehmensinvestitionsquoten nach Anlagegütern	3
Abbildung 3:	Investitionszwecke der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe.....	4
Abbildung 4:	Bewertung des Investitionsstandorts Deutschland	14
Abbildung 5:	Bewertung des Investitionsstandorts Deutschland durch TOP 500 Familienunternehmen	15
Abbildung 6:	Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit in Deutschland.....	16
Abbildung 7:	Investitionsdämpfer nach Ansicht der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen.....	17
Abbildung 8:	Investitionsziele der Unternehmen im Jahr 2023	22
Abbildung 9:	Investitionsziele der Unternehmen nach Beschäftigtenzahl (Größenklassen).....	23
Abbildung 10:	Änderung des Anteils der Investitionen innerhalb Deutschlands in den vergangenen 5 Jahren	25
Abbildung 11:	Änderung des Anteils der Investitionen innerhalb Deutschlands in den vergangenen 5 Jahren nach Sektoren	26
Abbildung 12:	Veränderung des Anteils der Investitionen innerhalb Deutschlands in den kommenden 5 Jahren	27
Abbildung 13:	Veränderung des Anteils der Investitionen der Top 500 Familienunternehmen innerhalb Deutschlands in den kommenden 5 Jahren	28
Abbildung 14:	Rangfolge der Zielländer für gegenwärtige Auslandsinvestitionen (2023) deutscher Unternehmen	30
Abbildung 15:	Rangfolge der Zielländer für Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen in den kommenden 5 Jahren	31
Abbildung 16:	Überblick zur Veränderung der Auslandsinvestitionen nach Regionen in den kommenden 5 Jahren	32
Abbildung 17:	Zielregionen des verarbeitenden Gewerbes bei Auslandsinvestitionen (2023 und in den kommenden 5 Jahren)	34
Abbildung 18:	Planung der Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland.....	35
Abbildung 19:	Planung der Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland nach Sektoren.....	36

Abbildung 20:	Planung der Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland nach Beschäftigtenanzahl (Größenklassen)	37
Abbildung 21:	Pläne zur Rückverlagerung von Investitionen nach Deutschland	41
Abbildung 22:	Nutzung von KI	43
Abbildung 23:	Nutzung von KI nach Sektoren.....	45
Abbildung 24:	Nutzung von KI der übrigen Dienstleister.....	46
Abbildung 25:	Höhe des Investitionsvolumens in KI nach Funktionsbereichen	47
Abbildung 26:	Familienunternehmen versus Nicht-Familienunternehmen in der Stichprobe	67
Abbildung 27:	Verteilung der teilnehmenden Unternehmen der Stichprobe über Sektoren vor und nach dem Gewichtungsprozess	68
Abbildung 28:	Verteilung der teilnehmenden Unternehmen der Stichprobe über Größenklassen vor und nach dem Gewichtungsprozess	70
Abbildung 29:	Veränderung der Verteilung der Unternehmen in der Stichprobe nach Rechtsform vor und nach dem Gewichtungsprozess	72
Abbildung 30:	Verteilung der Top 500 Familienunternehmen und der Kontrollgruppe nach Rechtsformen.....	73
Abbildung 31:	Verteilung der Top 500 Familienunternehmen und der Kontrollgruppe über Sektoren	73
Abbildung 32:	Verteilung der Top 500 Familienunternehmen und der Kontrollgruppe über Größenklassen.....	74

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKI	Bürokratiekostenindex
BEG	Bürokratieentlastungsgesetz (I bis IV)
EfA	„Einer für Alle“ Prinzip
FU	Familienunternehmen
NFU	Nicht-Familienunternehmen
KI	Künstliche Intelligenz
IRA	Inflation Reduction Act
OIOO-Regel	One in, one out-Regel
OZG	Onlinezugangsgesetz

Literaturverzeichnis

- Gottschalk, S., Hauer, A., Ahrens, J.-P. (2023), Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen, 6. Auflage. Stiftung Familienunternehmen.
- Abdelkafi, N., Raasch, C., Roth, A. (2019), Multi-sided platforms. *Electron Markets* 29, S. 553-559. URL: <https://doi.org/10.1007/s12525-019-00385-4>.
- Agrawal, A., Gans, J., Goldfarb, A. (2018), Prediction machines: the simple economics of artificial intelligence. Harvard Business Press.
- Autor, D., Bessen, J. E., Brynjolfsson, E., Cebrian, M., Deming, D. J., Frank, M. R., Rahwan, I. (2019), Toward understanding the impact of artificial intelligence on labor. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 116(14), S. 631-6539.
- AppliedAI (2023), Threat to Innovation? Survey of European Startups on the EU AI Act. URL: <https://www.appliedai.de/en/hub-en/bedrohung-f%C3%BCr-die-innovationskraft-umfrage-unter-europ%C3%A4ischen-start-ups-zum-eu-ai-act>, zuletzt abgerufen am 09.11.2023.
- Baker, S. R., Bloom, N., Davis, S. J. (2016), Measuring economic policy uncertainty. *The quarterly journal of economics*, 131(4), S. 1593-1636.
- Baur, A., Flach, L. (2022), Die Globalisierung als Sündenbock? Internationale Lieferketten in der Corona-Pandemie, *ifo Schnelldienst* 75(4), S. 56-65.
- BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2023), Bürokratie bleibt Schlüsselthema für die deutsche Industrie. URL: <https://bdi.eu/artikel/news/buerokratieabbau-bleibt-schluesselthema-fuer-die-deutsche-industrie>, zuletzt abgerufen am 24.10.2023.
- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. und Institut für Demoskopie Allensbacher (2022), Ergebnisse einer Unternehmensbefragung: Moderner Staat?.
- Beer, S., Jungbluth, C., Matthes, J., Sebastian, J., Schaff, F., Strack, F., Zenglein, M. (2023), Gewinne deutscher Investoren in China – eine erste empirische Bestandsaufnahme. Bertelsmann Stiftung, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), China-Institut Merics und BDI.
- BMJ – Bundesministerium der Justiz (2023), Eckpunkte der Bundesregierung für ein weiteres Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV). URL: https://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/Eckpunkte/Eckpunkte_BuerokratieentlastungsG.html, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.

- BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023), BMWK baut mit neuem Praxis-Check-Verfahren konkrete unnötige Bürokratie ab. URL: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Gesetz/20230816-ueberblickspapier-instrument-praxischeck.pdf?__blob=publicationFile&v=6, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- Breitling, A. (2023), Womit keiner rechnet, in: Zeit online. URL: <https://www.zeit.de/2023/38/buerokratieabbau-wirtschaft-statistisches-bundesamt>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- Brühl, V. (2023), Künstliche Intelligenz – Wo stehen wir in Deutschland? Wirtschaftsdienst, 103(8), S. 521-524.
- Bunde, N., (2023), Wege zu mehr Resilienz in globalen Lieferketten. Bauwirtschaft: Droht ein Absturz in der Baubranche? ifo Schnelldienst 76(1), S. 54-57.
- Bundesbank (2001), Unsicherheit, Handlungsfreiheit und Investitionsverhalten – ein empirischer Befund für Deutschland, in: Monatsbericht September, S. 71-87.
- Bundesnetzagentur (2021), Künstliche Intelligenz in den Netzsektoren – Bericht über den Marktdialog der Bundesnetzagentur. URL: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Digitales/KI/KI-Bericht-Marktdialog.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- Büchel, J., Engels, B. (2023), Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland – Digitalisierungsindex 2022. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.
- Cockburn, I. M., Henderson, R., Stern, S. (2019), The impact of artificial intelligence on innovation: An exploratory analysis. The economics of artificial intelligence, S. 115-148. University of Chicago Press.
- Damioli, G., Van Roy, V., Vertesy, D. (2021), The impact of artificial intelligence on labor productivity. Eurasian Business Review, 11, S. 1-25.
- Destatis (2008), Klassifikation der Wirtschaftszweige.
- Destatis (2022), Unternehmensregister – Rechtliche Einheiten und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsabschnitten im Berichtsjahr 2021. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Unternehmensregister/Tabellen/unternehmen-beschaeftigtengroessenklassen-wz08.html>, zuletzt abgerufen am 09.11.2023.
- Deutsche Industrie- und Handelskammer und Sira Consulting (2020), Bürokratiebelastung für Unternehmen bremsen – Eine Studie am Beispiel Gastgewerbe. URL: <https://www.dihk.de/resource/blob/18690/d9172ef787eef2f6d984a8754051675a/studie-buerokratieabbau-data.pdf>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.

- Deutsch-Amerikanische Handelskammern (2023), German American Business Outlook 2023. URL: <https://ahk-usa.net/gabo>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- Dorn, F., Flach, L., Fuest, C., Scheckenhofer, L. (2022), Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell. Studie für die vbw Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V..
- Engels, B. (2023), Künstliche Intelligenz in der deutschen Wirtschaft: Ohne Digitalisierung und Daten geht nichts. *Wirtschaftsdienst*, 103(8), S. 525-529.
- Europäisches Parlament (2023a), Was ist künstliche Intelligenz und wie wird sie genutzt? URL: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20200827STO85804/was-ist-kunstliche-intelligenz-und-wie-wird-sie-genutzt>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- Europäisches Parlament (2023b), KI-Gesetz: erste Regulierung der künstlichen Intelligenz. URL: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20230601STO93804/ki-gesetz-erste-regulierung-der-kunstlichen-intelligenz>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- Europäische Kommission (2023), Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2022, Deutschland.
- Fischer L., Gundert H., Heinemann, F., Kraus, M., Weck S. (2023), *Länderindex Familienunternehmen*, 9. Auflage. Stiftung Familienunternehmen.
- Gentsch, P. (2019), *Künstliche Intelligenz für Sales, Marketing und Service. Mit AI und Bots zu einem Algorithmic Business*. Springer Gabler.
- Grömling, M., Hüther, M., Jung, M. (2019). Verzehrt Deutschland seinen staatlichen Kapitalstock? *Wirtschaftsdienst*, 99(1), S. 25-31.
- Höltzsch, R. (2023), Nichts wie weg aus Deutschland? Dem Investitionsstandort helfen weder Gesundheitsbeter noch Klageweiber, in: *Neue Zürcher Zeitung*. URL: <https://www.nzz.ch/meinung/nichts-wie-weg-aus-deutschland-wie-investoren-zu-halten-waeren-ld.1749905>, zuletzt abgerufen am 23.10.2023.
- Holz, M., Schlepphorst, S., Brink, S., Icks, A., Welter, F. (2019), *Bürokratiewahrnehmung von Unternehmen*. IfM-Materialien Nr. 274.
- Keim D., Sattler K.-U. (2020), *Von Daten zu KI – Intelligentes Datenmanagement als Basis für Data Science und den Einsatz Lernender Systeme*. Whitepaper aus der Plattform *Lernende Systeme*.
- KPMG AG und Deutsch-Indische Handelskammer (2023), *German Indian Business Outlook 2023*, URL: <https://indien.ahk.de/news/news-details/german-indian-business-outlook-2023-25-of-german-companies-plan-to-use-india-as-an-rd-location-by-2028>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.

- LAION (2023), A Call to protect open-source AI in Europe. URL: <https://laion.ai/notes/letter-to-the-eu-parliament/>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- LTO – Legal Tribune Online (2023), Gesetzesvorhaben müssen jetzt zum „Digitalcheck“. URL: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/digitalcheck-gesetze-bundesregierung-abbau-buerokratie/>, zuletzt abgerufen am 09.11.2023.
- McKinsey (2021), Net-Zero Deutschland – Chancen und Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2045. URL: https://www.mckinsey.de/~media/mckinsey/locations/europe%20and%20middle%20east/deutschland/news/presse/2021/2021-09-10%20net-zero%20deutschland/210910_mckinsey_net-zero%20deutschland.pdf, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- Michelsen, K., Junker, S. (2023a), Alternder Kapitalstock: Wettbewerbsfähigkeit steht auf der Kippe. vfa MacroScope Pharma 5/23.
- Michelsen, K., Junker, S. (2023b), Produktivität: Deutschlands Industrie rutscht ins internationale Mittelmaß. vfa MacroScope Pharma 6/23.
- Netzpolitik (2023), Normenkontrollrat kritisiert fehlende „Trendumkehr“. URL: <https://netzpolitik.org/2023/ozg-2-0-normenkontrollrat-kritisiert-fehlende-trendumkehr/>, zuletzt abgerufen am 09.11.2023.
- Normenkontrollrat (2022), Bürokratieabbau in der Zeitenwende – Jahresbericht 2022.
- Normenkontrollrat (2023), OZG-Änderungsgesetz gibt neue Impulse, reicht aber nicht für eine Trendumkehr. URL: <https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/2023-05-24-nkr-stellungnahme-zum-ozg.html>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- NewVantage Partners (2022), Data and AI Leadership Executive Survey 2022. URL: https://www.newvantage.com/_files/ugd/e5361a_2f859f3457f24cff9b2f8a2bf54f82b7.pdf, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2023), OECD International Direct Investment Statistics 2022. OECD Publishing.
- Olk, J. (2023), Kaum neue Investitionen: Deutschland gefährdet seine wirtschaftliche Substanz, in: Handelsblatt. URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/standort-debatte-kaum-neue-investitionen-deutschland-gefaehrdet-seine-wirtschaftliche-substanz/29244846.html>, zuletzt abgerufen am 24.10.2023.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023a), Inflation im Kern hoch – Angebotskräfte jetzt stärken, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2023, München.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023b), Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023, Halle an der Saale.

- PAiCE (2019), Potenziale Künstlicher Intelligenz im Produzierenden Gewerbe. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Begleitforschung zum Technologieprogramm PAiCE. iit-Institut für Innovation und Technik in der VDI / VDE Innovation + Technik GmbH.
- Ransbotham, S., Candelon, F., Kiron, D., LaFountain, B., Khodabandeh, S. (2021), The cultural benefits of artificial intelligence in the Enterprise. MIT Sloan Management Review and Boston Consulting Group.
- Rammer, C., Bertschek, I., Schuck, B., Demary, V., Goecke, H. (2020), Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der deutschen Wirtschaft. Stand der KI-Nutzung im Jahr 2019. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
- Rammer, C. (2020), Auf Künstliche Intelligenz kommt es an. Beitrag von KI zur Innovationsleistung und Performance der deutschen Wirtschaft. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
- Rammer, C. (2022), Kompetenzen und Kooperationen zu Künstlicher Intelligenz – Ergebnisse einer Befragung von KI-aktiven Unternehmen in Deutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.
- Rammer, C., Fernández, G. P., Czarnitzki, D. (2022), Artificial intelligence and industrial innovation: Evidence from German firm-level data. *Research Policy*, 51(7), ZEW.
- Rathje, A.-C., Wohlrabe, K. (2017), Investitionsverhalten und dessen Einflussfaktoren. Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen.
- Röhl, K. H. (2020). Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung: Wer macht was in EU, Bund und Ländern? *IW-Policy Paper*, No. 1/2020.
- Rusche, C. (2023), Deindustrialisierung. Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen. *IW-Kurzbericht*, Nr. 43.
- Statistisches Bundesamt (2019), Datenaktualisierung der Bürokratiekosten und des Erfüllungsaufwands 2018.
- Schröder, C. (2022). Lohnstückkosten im internationalen Vergleich: Kostenwettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in Zeiten multipler Krisen. *IW-Trends-Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung*, 49(3), S. 45-66.
- Tagesschau (2023a), Warum deutsche Firmen gerne in Polen investieren. URL: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/polen-investitionen-standort-bosch-100.html>, letzter Abruf am 20.10.2023.
- Tagesschau (2023b), Neue Regeln zur Daten-Weitergabe von Geräten. URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/data-act-100.html>, zuletzt abgerufen am 09.11.2023.

- Wang, K. L., Sun, T. T., Xu, R. Y. (2023), The impact of artificial intelligence on total factor productivity: empirical evidence from China's manufacturing enterprises. *Economic Change and Restructuring*, 56(2), S. 1113-1146.
- Weiss, G. (2023), KI als Schulfach, in: *Süddeutsche Zeitung*. URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/samstagsessay-ki-als-schulfach-1.4573491>, zuletzt abgerufen am 20.10.2023.
- Wollmershäuser, T., Ederer, S., Fell, M., Fourne, F., Lay, M., Lehmann, R., Link, S., Möhrle, S., Rathje, A.-Ch., Sauer, R., Schasching, M., Scheiblecker, M., Zarges, L. (2023), ifo Konjunkturprognose Sommer 2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahmt noch, *ifo Schnelldienst*, 76, Sonderausgabe Juni, S. 29-30.
- Wollmershäuser, T. (2018), Die ifo Investitionserwartungen – ein neuer Frühindikator für die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen. *Ifo Schnelldienst*, 71(23), S. 32-35.



Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50
D-80538 München

Telefon + 49 (0) 89 / 12 76 400 02

Telefax + 49 (0) 89 / 12 76 400 09

E-Mail info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

Preis: 19,90 €

ISBN: 978-3-948850-45-6